

Einzelplan 04

Innenministerium

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	4
Kap. 04 01 Ministerium	5
Kap. 04 02 Sport	22
Kap. 04 03 Vermessungswesen und Geoinformation	26
Kap. 04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	34
Kap. 04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	50
Kap. 04 10 Polizei	60
Kap. 04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	87
Einnahmen und Ausgaben 2014	100
VE-Abschluss 2014	102
Einnahmen MG/TG 2014	103
Ausgaben MG/TG 2014	104
Zusätzliche Kennzahlen zum Kapitel 04 01	107
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 02	108
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 03	110
Zusätzliche Kennzahlen zum Kapitel 04 03	120
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 05	121
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 07 MG 02	123
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 07 MG 03	125
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 07 TG 65	126
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 04 10	127
Zusätzliche Kennzahlen (1) zum Kapitel 04 10	131
Zusätzliche Kennzahlen (2) zum Kapitel 04 10	132
Zusätzliche Kennzahlen (3) zum Kapitel 04 10	133
Zusätzliche Kennzahlen (4) zum Kapitel 04 10	134
Zusätzliche Kennzahlen (5) zum Kapitel 04 10	135
Zusätzliche Erläuterungen zum Kapitel 0416 MG 03	136
Zusätzliche Kennzahlen (1) zum Kapitel 04 16	140
Zusätzliche Kennzahlen (2) zum Kapitel 04 16	141
Zusätzliche Kennzahlen (3) zum Kapitel 04 16	142
Zusätzliche Kennzahlen (4) zum Kapitel 04 16	143
Statistiken des Epl. 04	144
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	161

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Der Geschäftsbereich des Innenministeriums umfasst neben zentralen Aufgaben der Personalwirtschaft und der allgemeinen Verwaltung vor allem die strategischen Aufgabenbereiche:

1. Unterstützung der politischen Steuerung

Hierzu gehören neben den Querschnittsaufgaben der Allgemeinen Abteilung noch die Bereitstellung der benötigten statistischen Daten sowie Geodaten und das Vermessungswesen. Veranschlagt ist dieser Aufgabenbereich im Kapitel Ministerium (0401) sowie im Kapitel Vermessungswesen und Geoinformationen (0403).

2. Verfassungsrecht/Gesetzgebung

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt.

3. Kommunale Angelegenheiten

Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Kommunalaufsicht, die im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

4. Sport

Dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Sport (0402) veranschlagt.

5. Innere Sicherheit

Zum Aufgabenbereich der Inneren Sicherheit zählen die Polizei (0410), der Katastrophen- und Zivilschutz (0405), der Brandschutz (0405), sowie der Verfassungsschutz (0401).

6. Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Veranschlagt im Kapitel Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (0407).

7. Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Veranschlagt im Kapitel Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen (0416).

Das Ministerium gliedert sich wie folgt:

- Allgemeine Abteilung
- Ausländer- und Integrationsangelegenheiten, Stadtentwicklung, Wohnraumförderung, Bauaufsicht und Vermessungswesen
- Kommunalabteilung
- Polizeiabteilung
- Verfassungsschutz

Dem Ministerium sind zugeordnet:

- das Landespolizeiamt (Bildung eines Landespolizeiamtes -GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408-),
- das Landeskriminalamt (Bildung eines Landeskriminalamtes -GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408-),

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden und Einrichtungen:

- das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 782),
- die Landesfeuerwehrschule als nicht rechtsfähige Anstalt für die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die Führungsausbildung im Katastrophenschutz sowie die Ausbildung der Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes nach § 18 Brandschutzgesetz (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S. 57),
- sieben Polizeidirektionen, die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei sowie weitere den Polizeidirektionen nachgeordnete Dienststellen einschließlich 4 Bezirkskriminalinspektionen (Polizeiorganisationsgesetz vom 12. November 2004, GVOBl. Schl.-H. S. 408, zuletzt geändert durch Gesetz v. 22.10.2013, GVOBl. Schl.-H. S. 404),
- das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde in Neumünster (GVOBl. Schl.-H. 2000, S. 101)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber den Vorjahren:

Durch Organisationserlass der Landesregierung wurden folgende Aufgaben an die Staatskanzlei abgegeben:

- Zentrales IT-Management
- Mitbestimmungs-, Schwerbehinderten- und Statusrecht.

Gem. Gesetz v. 22.10.2013, GVOBl. Schl.-H. S. 404:

- Reduzierung der Anzahl der Polizeidirektionen von acht auf sieben.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber den Vorjahren:

Im Rahmen der neuen Geschäftsverteilung wurden

- die Mittel, Planstellen und Stellen für das Zentrale IT-Management SH in den Einzelplan 03 der Staatskanzlei übertragen;
- die Mittel, Planstellen und Stellen für das Mitbestimmungs-, Schwerbehinderten- und Statusrecht in den Einzelplan 03 der Staatskanzlei übertragen.

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Stellen)

Kapitel	01.02.2013
0401	0
0403	0
0405	0
0410	135
Epl. 04	135

Diese Leerstellen sind im Kapitel- und Einzelplanabschluss nicht enthalten.

E. Personalbudget

Personalkostenbudget 2014 (OG 42): 374.588,1 T€

Vollzeitäquivalente im Jahr
 2012: 8.530
 2013: 8.693

Nachrichtlich:

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl Stand 01.01.2012: 5.250
 Stand 01.01.2013: 5.247
 - b) Ist 2012 - in T€ - : 137.570,3
 Soll 2013 - in T€ - : 142.395,2
 Soll 2014 - in T€ - : 145.287,0
2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in den Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl: 2012: 19
 - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze: 2012: 11 J 9 M
3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2012)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	8.677
Pflichtquote (5 %)	434
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	463

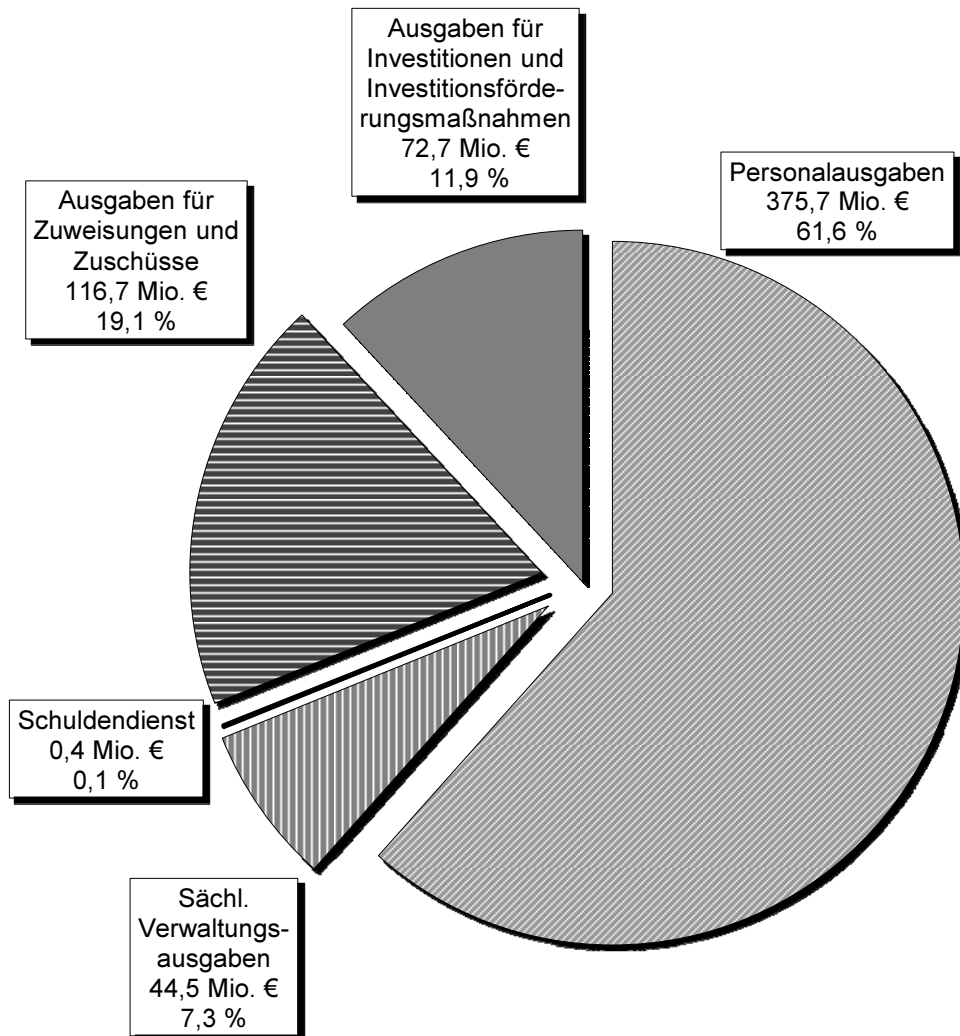
	2013	2014
	- in T€ -	
Budget I	418.122,0	420.202,7
Budget II	171.519,4	189.832,1

F. Sonstiges

Umfang der Schließung der strategischen Lücke der Polizei durch Umsteuerung von Stelleneinsparungen (gem. Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten des Haushalts 2013 vom 4. September 2012):

Bis Ende 2013 sollen zur Schließung der „Strategischen Lücke“ insgesamt 124 Planstellen und Stellen in der Landespolizei umgesteuert und den Dienststellen zugewiesen worden sein. Durch Aufgabenreduzierung, Organisationsentwicklung und Entwicklung eines neuen Stellenverteilungskonzeptes wurden Maßnahmen eingeleitet, die Planstellen identifizieren und in der weiteren Folge in defizitäre Aufgabenbereiche umsteuern sollen; dadurch ist die Schließung der strategischen Lücke im zugestandenen Umfang von 160 Stellen und Planstellen bis 2015 sichergestellt.

Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2014



04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

Ausgaben

07 Statistik

61 Modernisierung der Verwaltung

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	400,0	687,0
			108,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Gebühren für Beglaubigungen und baurechtliche Erlaubnisse			75.000
2.	Gebühren aus der Genehmigungskontrolle für glücksspielrechtliche Genehmigungen			600.000
3.	Gebühren aus der Erteilung von Buchmachererlaubnissen			9.000
4.	Gebühren aus dem Bereich Einbürgerungen			3.000
Summe				687.000

111 02	011	Erstattung von Prozesskosten	10,0	2,5
			2,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach dem Zeugen- und Sachverständigen-gesetz (ZSEG) für das gesamte Ressort (einschl. Polizei) wie z. B. Fahrtkosten, Portokosten, Tagegelder bei Gerichtsverfahren usw., die aufgrund von Gerichtsbeschlüssen oder Urteilen von einer Prozesspartei erstattet werden müssen.

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1,0	1,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Geldstrafen für gerichtlich oder sonst anerkannte Strafen, Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen, Sühnegelder und Geldbußen einschließlich damit zusammenhängender Prozesskosten usw.

119 01	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	220,0	200,0
			223,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Abonnenten- und Einzelverkauf für Verkündungsblätter			160.000
2.	Kostenerstattung für Veröffentlichungen Dritter (nicht Landesbehörden)			40.000
Summe				200.000

Vgl. Titel 531 03.

119 02	011	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums	2,0	2,0
			5,7	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 119 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände, Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Ausgaben und Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. sowie sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 03	011	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	3,0 123,4	3,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------	------------

121 02	014	Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	5,0
--------	-----	---	-------------------	------------

231 01	011	Erstattungen des Bundes für den "Zensus 2011"	0,0 0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------

Weggefallen

231 02	011	Zuweisungen der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	2.500,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-----------------------	------------

Erläuterungen:

Nach § 50 Bundeswahlgesetz (BWG) erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben.

Vgl. Titel 541 01.

231 03	011	Zuweisungen der Kosten der Europawahl durch den Bund	0,0 0,0	2.300,0
--------	-----	---	-------------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 25 Abs. 1 Europawahlgesetz (EuWG) i.V.m. § 50 Bundeswahlgesetz (BWG) erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben.

Vgl. Titel 541 03.

231 04	249	Zuweisungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	1.053,5 1.053,5	1.053,5
--------	-----	---	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Der Bund trägt die Kosten für die in § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 16. Januar 2012 (BGBl. I S. 98) bezeichneten Maßnahmen für die öffentlich gepflegten Gräber.

Vgl. Titel 633 02.

231 05	249	Zuweisungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	12,8 12,7	12,8
--------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Instandsetzung und laufende Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe.

Vgl. Titel 633 03.

281 01	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren	5,0 0,3	3,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren und zu erstattende Auslagen, die im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren entstehen und von den jeweiligen Antragstellern - ausgenommen das Land Schleswig-Holstein - zu tragen sind.

282 01	011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0 0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 546 02 zu verwenden.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 356 05

Erläuterungen:

Vgl. Titel 422 01.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Titel 422 01.

359 02	851	Entnahme aus der Rücklage Budget 1	0,0	0,0
			0,0	

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage des Budgets 2	0,0	0,0
			0,0	

359 07	851	Entnahme aus der Rücklage "Zensus 2011"	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

vgl. MG 07

381 01	891	Anteile der Fachressorts für Statistiken	0,0	0,0
			404,9	

Erläuterungen:

Vgl. Titel 685 10 (MG 07).

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

119 63	011	Erstattung von Leasingkosten	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Die Einnahmen sind zweckgebunden bei der TG 63 zu verwenden.

Summe der Titelgruppe 63			0,0	0,0
			0,0	

Summe der Einnahmen			4.207,3	4.269,8
			1.935,4	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	137,5	142,5
			145,7	

5,0 T€ übertragen von 422 01

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	6.631,7	6.395,4
			9.537,1	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0401 - 356 05 und 0401 - 359 01 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2014 hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Titel 0401 - 916 05 und 0401 - 919 01.

5,0 T€ übertragen nach 0401 - 421 01.
 225,0 T€ übertragen nach 0401 - 422 62 (TG 62).
 229,0 T€ übertragen nach 0301 - 422 01.
 50,0 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	18,2	18,2
			0,0	

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.505,6	4.828,7
			4.870,9	

300,0 T€ übertragen von 428 63 (TG 63).
 30,0 T€ übertragen von 428 66 (TG 66).
 31,7 T€ übertragen nach 0301 - 428 01.

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen	24.114,0	24.114,0
			0,0	

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,2	12,2
			7,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Trennungsgeld			6.100
2.	Umzugskostenvergütung			6.100
Summe				12.200

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	551,1	550,0
			457,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Büromaterial			113.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			57.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten			3.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren, Datenfernübertragung, Geb. Alarmanlage			297.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			50.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			5.000
7.	Unterhaltung von Geräten			20.000
8.	Sonstiges			5.000
Summe				550.000

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 01

Zu Position 4:
Veranschlagt sind die Entgelte für Brief- und Frachtdienste für die Staatskanzlei, Ministerien, Landesamt für Denkmalpflege, Landesbibliothek sowie Fernmeldeentgelte für Mobiltelefone.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	20,0	25,0
			20,1	

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0	50,0
			36,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Geräte und Kosten für mietvertraglich vereinbarte Wartungen, notwendige Instandsetzungen und Kopierkosten für Fotokopiergeräte.

525 01	011	Ausbildung und Fortbildung	98,6	100,0
			77,9	

6,0 T€ übertragen nach 0301 - 525 01.

Erläuterungen:

Für fachbezogene und fachübergreifende Fortbildung der Beschäftigten des Innenministeriums mit Ausnahme des Bereichs Polizeivollzugsdienst

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	40,0	40,0
			38,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten für den gesamten Bereich des Innenministeriums (ohne Polizei).

526 02	011	Kosten einer Kontaktstelle zur Bekämpfung der Korruption in Schleswig-Holstein	7,0	7,0
			4,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die monatliche Aufwandsentschädigung, Reise- und Fortbildungskosten sowie Sachmittelausstattung des Antikorruptionsbeauftragten gemäß Vereinbarung mit dem Land Schleswig-Holstein vom 9. September 2009.

526 03	011	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	28,0	28,0
			13,5	

1,0 T€ übertragen nach 0301 - 526 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag Schleswig-Holsteins nach dem Königsteiner Schlüssel für einen unabhängigen, länderübergreifenden Fachbeirat Glücksspielsucht und die dazugehörige Geschäftsstelle nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag i.V.m. § 13 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag sowie für die Arbeitsgruppe Evaluation.

526 04	011	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	53,6	53,6
			40,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	38.900
2.		Dolmetscherkosten	1.500
3.		Sonstige Ausgaben	13.200
		Summe	53.600

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	2,5	2,5
			1,0	

526 06	011	Kosten der Einigungsstelle	0,5	0,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährung einer Pauschalentschädigung an Mitglieder der Einigungsstelle gem. § 53 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Februar 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 34, 41, ber. S. 48)

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	86,0 38,8	80,0
527 01	011	Dienstreisen	68,2 47,3	75,0
0,9 T€ übertragen nach 0301 - 527 01.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2014
				EUR
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		70.000
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		5.000
Summe				75.000
529 02	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere mit osteuropäischen Ländern	10,0 4,0	10,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Kosten für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Ostseeraum, insbesondere Beratung, Ausbildung und Fortbildung von Praktikantinnen und Praktikanten.				
529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6 4,8	7,6
Erläuterungen:				
Die Mittel sind nach den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	0,5 0,0	0,5
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums für Broschüren usw. und Informationsveranstaltungen inkl. aller Nebenkosten.				
Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:				
				2014
				EUR
1.	Öffentlichkeitsarbeit			
		Titel 0410 - 531 02		5.000
		Titel 0416 - 531 02		25.000
		<i>Summe zu 1.</i>		<i>30.000</i>
2.	Fachinformationen			
				0
		<i>Summe zu 2.</i>		<i>0</i>
Zusammen				30.000
531 03	011	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	150,0 145,7	150,0
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 01 geleistet werden.				
533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	110,0 104,6	115,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
noch zu 533 01				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz eines privaten Dienstleistungsunternehmens in der Pförtnerlei/Telefonzentrale des Innenministeriums.				
533 02	681	Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten	200,0 200,0	200,0
Erläuterungen:				
Gemäß europäischer Verordnung Nr. 765/2008/EG ist das Land Schleswig-Holstein zur Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten verpflichtet. Diese Aufgabe wird gegen Kostenerstattung durch die GMSH wahrgenommen.				
534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	3,0 1,2	3,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel				
534 03	012	Gesundheitsförderung	0,0 144,0	0,0
Weggefallen				
534 04	011	Veranstaltungen mit Gesellschaften, kommunalen Spitzenverbänden usw.	2,5 2,4	2,5
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch mit Gesellschaften und Verbänden. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.				
535 01	047	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes	925,4 841,4	986,1
Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.				
§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz findet nur mit Zustimmung des Finanzministeriums Anwendung.				
Erläuterungen:				
Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.				
Vgl. Vorwort Buchstabe G.				
Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 203), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 254), besagt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen werden. Verfassungsschutzbehörde ist das Innenministerium. Hier sind alle Ausgaben veranschlagt, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.				
536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,2 2,0	2,2
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Beiträge an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel und Transparency International Deutschland e.V..				
541 01	011	Durchführung der Bundestagswahl	2.500,0 0,0	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 02 geleistet werden.				
541 02	011	Durchführung der Landtagswahl	0,0 33,9	0,0
541 03	011	Durchführung der Europawahl	0,0 0,0	2.300,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 03 geleistet werden.				
541 04	011	Durchführung der Kommunalwahl	25,0 0,0	0,0
541 05	011	Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes	0,0 0,0	0,0
546 01	011	Kosten einer Ländertagung und sonstiger länderübergreifender Veranstaltungen	4,5 1,9	4,5

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 546 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von Sitzungen des AK III und des AK VI. Aus dem Ansatz dürfen auch Bewirtungskosten beglichen werden. Die Bewirtungskosten sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.

546 02	011	Ausgaben für Vorhaben aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 03	856	Ausgaben im Zusammenhang mit der Überwachung der Einhaltung von Genehmigungen nach dem Glücksspielgesetz	0,0	10,2
			0,0	

Erläuterungen:

Nach § 30 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels vom 20. Oktober 2011 kontrolliert die zuständige Aufsichtsbehörde die Einhaltung der Vorschriften des Glücksspielgesetzes sowie die Beachtung der in den Genehmigungen enthaltenen Regelungen einschließlich etwaiger Nebenbestimmungen. Veranschlagt sind Kosten für Spieleinsätze, die für die im Rahmen der Kontrolltätigkeit notwendige Teilnahme an Online-Glücksspielen anfallen.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	18,0	18,0
			7,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		1.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden		3.200
3.	Auslagen des Personalrats		300
4.	Veröffentlichungen in Tageszeitungen		13.500
Summe			18.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen anstelle einer Kranzspende auch Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

613 01	821	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen	290,0	284,0
			0,0	

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes werden Zuweisungen gemäß § 32 Finanzausgleichsgesetz für freiwillige gemeindliche Gebietsänderungen wie Eingemeindung, Vereinigung und Auflösung gewährt.

632 01	011	Kostenanteil an den Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder und der Innenministerkonferenz	5,4	5,3
			4,8	

632 05	419	Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin	33,0	33,0
			32,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des Landes am Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN) gem. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem DIN vom 29. Mai 1997 nach dem Königsteiner Schlüssel:

			2014
			EUR
1.	Normenausschuss Bauwesen im DIN		30.000
2.	Europäische Normungsarbeit, Fachbereich Vermessungswesen		3.000
Summe			33.000

632 06	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder - ARGEBAU-	9,0	8,8
			8,7	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 632 06

Erläuterungen:

Nach der Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder (ARGEBAU) vom 1. Juli 1991 werden die Personal- und Sachausgaben für die Geschäftsstelle der ARGEBAU von den Ländern gemeinsam getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahlen errechnet.

633 02	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden nach dem Gräbergesetz	1.053,5	1.053,5
			1.071,8	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten gem. § 1 der Verordnung über die Pauschale für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes vom 17. Dezember 2004 und 2005 vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3755) gem. Anerkennung der Ruherechtsentschädigung für neun Friedhöfe.

633 03	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	25,5	25,5
			25,4	

Erläuterungen:

Bund und Land tragen nach einem Abkommen die Kosten für die Instandhaltung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein je zur Hälfte.
Vgl. Titel 231 05.

681 02	019	Ersatzleistungen für Schäden aus Staatshaftung	2,5	2,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen für Schäden aus Staatshaftung nach dem Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 3. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 406), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Februar 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 50), sowie Zahlungen für sonstige Schäden aus Staatshaftung. Der Ansatz ist geschätzt.

685 01	249	Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864	3,0	3,0
			3,0	

Erläuterungen:

Die Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864 wird vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein wahrgenommen. Die dabei entstehenden Kosten werden jährlich abgerechnet.

685 05	681	Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin	185,0	180,0
			152,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes am Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt), Berlin, gemäß Gesetz zum 2. DIBt-Änderungsabkommen vom 21. 2. 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 103) nach dem Königsteiner Schlüssel.

685 06	681	Anteil an den Kosten des Forschungsprogramms bei dem Deutschen Institut für Bautechnik, Berlin	38,0	37,2
			33,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes gemäß Beschluss der Ministerkonferenz der ARGEBAU vom 22. Februar 1973 zur Finanzierung von bautechnischen Untersuchungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht über das Deutsche Institut für Bautechnik Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel.

812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	22,0	21,6
			25,7	

916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			30,9	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 422 01 geleistet werden.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage "Personal"	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der OG 42 geleistet werden.

919 02	851	Zuführung an die Rücklage "Budget 1"	0,0	0,0
			0,0	

Weggefallen

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
919 03	011	Zuführung an die Rücklage "Budget 2"	0,0	0,0
		Weggefallen	0,0	
972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0	0,0
		Die Globalen Minderausgaben können grds. auch durch nicht zweckgebundene Mehreinnahmen gedeckt werden.	0,0	
07 Statistik				
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe Mehreinnahmen bei 231 01 und der Einnahmen bei 359 07 und 381 01 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Erläuterungen:				
Strategischer Aufgabenbereich: Geo-Informationen und Statistik. Vgl. Vorwort Buchstabe G.				
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss des Trägerlandes Schleswig-Holstein für das Statistische Amt Hamburg und Schleswig-Holstein gem. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines gemeinsamen Statischen Amtes als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom 27. August 2003.				
633 07	014	Erstattung von Ausgaben der Gemeinden für die Durchführung des Zensus 2011	0,0	0,0
(MG 07)		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung des "Zensus 2011"	0,0	
685 09	014	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 07)		Weggefallen	5.947,7	
685 10	014	Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts	5.945,9	5.602,8
(MG 07)		Erläuterungen: Zur Erhöhung der Transparenz der veranschlagten Kosten ist eine Übersicht der derzeitigen Statistiken im Anhang zum Einzelplan hinterlegt. Das IM weist darin alle Statistiken mit den Ist-Kosten der Vorjahre (Zeitreihe) aus. In den Einzelplänen der anderen Ressorts werden nur die Statistiken des jeweiligen Ressorts hinterlegt.	8.988,4	
894 01	014	Zuschuss an Hamburg für Investitionen des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 07)		Weggefallen	258,0	
919 07	851	Zuführung an die Rücklage "Zensus 2011"	0,0	0,0
(MG 07)			0,0	
Summe der Maßnahmegruppe 07			5.945,9	5.602,8
			15.194,1	
61 Modernisierung der Verwaltung				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben zur Durchführung und Umsetzung von Modernisierungsprojekten der Landesregierung im Geschäftsbereich des Innenministeriums (ohne Polizei).				
511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	
525 61	011	Aus- und Fortbildung	25,3	25,3
(TG 61)			11,4	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 525 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2014
	EUR
1. Revisionslehrgänge	10.000
2. Ergänzungslehrgänge dMB (Berichtswesen usw.)	7.500
3. KLR-Seminare	7.800
Summe	25.300

534 61	011	Kosten der Verwaltungsreform und der Modernisierung	2,0	2,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Durchführung von Sitzungen incl. Nebenkosten der unterschiedlichen Projektarbeitsgruppen und sonstigen Pilotvorhaben zur Verwaltungsreform und -modernisierung im Innenministerium.

Summe der Titelgruppe 61	27,3	27,3
	11,4	

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive der damit im Zusammenhang stehenden Fortbildungen.

422 62	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.313,0	1.918,0
(TG 62)			752,2	

225,0 T€ übertragen von 422 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

428 62	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 62)			8,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

453 62	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen von 0301 - 453 63.

Erläuterungen:

Vorsorglicher Leertitel.

525 62	012	Aus- und Fortbildung	451,7	517,7
(TG 62)			400,7	

Erstattungen Dritter für Assessment Center können von den Ausgaben abgesetzt werden.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 525 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Einstellung:	
1.1	Auswahlverfahren	81.400
1.2	Werbung, Messen	16.600
2.	Kosten für die Ausbildung:	
2.1	Regierungsinspektoranwärter/innen	192.200
2.2	Regierungssekretäranwärter/innen	110.500
2.3	Gebühren zusätzliche Lehrkraft für FHVD	10.000
2.4	Rechtsreferendarinnen und -referendare	74.000
2.5	Reisekosten	6.000
3.	Ressortübergreifende Fortbildung (ohne PE)	27.000
Summe		517.700

526 62 (TG 62)	011	Ärztliche Untersuchungen	5,6 4,3	7,7
-------------------	-----	--------------------------	------------	-----

671 62 (TG 62)	012	Anteilige Erstattung für die Mitbenutzung der Kantine von Dataport durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	25,0 23,0	23,0
-------------------	-----	---	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die jährliche Kostenpauschale des Landes Schleswig-Holstein über die Beteiligung an den Sachkosten für den Betrieb der Küche/Cafeteria Dataport - Standort Altenholz - gemäß vertraglicher Vereinbarung zwischen Dataport und dem Land Schleswig-Holstein vom 8. März 2005/29. März 2005.

685 62 (TG 62)	133	Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung	555,0 539,7	658,6
-------------------	-----	---	----------------	-------

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	für die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	633.000
2.	für die Verwaltungsakademie	25.600
Summe		658.600

Anteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung nach § 6 Abs. 2 des Ausbildungszentrumsgesetzes vom vom 27. Januar 2009 (GVObI. Schl.-H. S. 60), zuletzt geändert durch Art. 39 LVO v. 04.04.2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143).

Summe der Titelgruppe 62		2.350,3 1.727,9	3.125,0
---------------------------------	--	---------------------------	----------------

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

Die tatsächlichen Einnahmen des Titels 119 63 (TG 63) dürfen zweckgebunden für Ausgaben innerhalb der TG 63 verwendet werden.

422 63 (TG 63)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0 272,6	0,0
-------------------	-----	---	--------------	-----

Erläuterungen:

Veranschlagte Personalkosten im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 63 (TG 63)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.496,8 2.140,1	2.246,8
-------------------	-----	---	--------------------	---------

300,0 T€ übertragen nach 428 01.

511 63 (TG 63)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12,0 8,2	12,0
-------------------	-----	---	-------------	------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	3.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Fernmeldegebühren	4.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	0
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000
8.	Sonstiges	0
Summe		12.000

514 63	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	400,0	433,0
(TG 63)			365,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	110.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	8.000
3.	Verbrauchsmittel	300.000
4.	Kraftfahrzeugsteuer	15.000
Summe		433.000

Der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin, die Landesministerinnen und Landesminister, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die Regierungssprecherin bzw. der Regierungssprecher können über Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinie der Landesregierung für die persönliche Benutzung von Dienstkraftwagen im Lande Schleswig - Holstein vom 10. März 1994 verfügen.

Bei der Dienst- und Schutzkleidung ist die Ersatzbeschaffung für 1 Kfz.- Meisterin oder Kfz.- Meister, 34 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, 1 Vervielfältigerin oder Vervielfältigers sowie die Reinigung der Schutzkleidung berücksichtigt.

Bestand an Kraftfahrzeugen	Soll 2013	Soll 2014	Tatsächlicher Bestand 01.02.2013
Sicherheitsfahrzeuge	1	1	1
PKW mit Fahrer/-innen	32	32	32
Selbstfahrer-Fahrzeuge	47	47	47
Zusammen	80	80	80

518 63	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Leasingkosten für Dienstkraftfahrzeuge	216,0	221,0
(TG 63)			217,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Garagenmieten für Dienstkraftfahrzeuge	11.000
2.	Leasingkosten für 67 Dienstkraftfahrzeuge incl. Chefwagen	210.000
Summe		221.000

525 63	011	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0
(TG 63)			2,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer für das Sicherheitstraining mit Fahrzeugen und Fortbildung für das Verwaltungspersonal

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
527 63 (TG 63)	011	Dienstreisen	48,0 41,8	55,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2014
				EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		53.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		2.000
		Summe		55.000
811 63 (TG 63)	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0	50,0
Summe der Titelgruppe 63			3.182,8 3.048,4	3.027,8
66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX				
		Erläuterungen: In der TG 66 werden die im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter anfallenden Ausgaben des Innenministeriums zentral zusammengefasst.		
422 66 (TG 66)	291	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
428 66 (TG 66)	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	59,2 22,0	29,2
		30,0 T€ übertragen nach 428 01.		
632 66 (TG 66)	291	Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX)	20,0 0,0	20,0
		Erläuterungen: Nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX -) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2598), sind Arbeitgeber verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen, abhängig von der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote, eine Ausgleichsabgabe in einer Höhe von 115 Euro bis zu 290 Euro monatlich zu zahlen. Die Abrechnung erfolgt für das vorangegangene Kalenderjahr. Die Beschäftigungsquote für das Land Schleswig-Holstein lag im Jahr 2012 bei 5,79 v.H., sodass eine Ausgleichsabgabe folglich nicht zu zahlen war. Folgende Daten wurden für das Kalenderjahr 2011 zu Grunde gelegt: Pflichtplätze: 2.803, davon besetzt durch schwerbehinderte Menschen: 3.282, unbesetzte Pflichtplätze: keine.		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 632 66

	Arbeitsplätze nach § 73 Abs. 1- 3 SGB IX	5 v.H. Pflicht- quote	Durch Schwer- behinderte besetzte Arbeits- plätze
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages	122	6	11
Landesrechnungshof	85	4	9
Ministerpräsident Staatskanzlei	186	9	19
Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	5.106	225	347
Ministerium für Bildung und Wissenschaft	33.327	1.666	1.566
Innenministerium	8.677	434	463
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	1.971	98	195
Finanzministerium	4.867	243	450
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technolo- gie	1.695	85	137
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	660	33	85
Zusammen	56.696	2.803	3.282

Summe der Titelgruppe 66

79,2
22,0

49,2

70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)

422 70 (TG 70)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0 0,0	0,0
706,8 T€ übertragen nach 0301 - 422 01.				
428 70 (TG 70)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0
739,7 T€ übertragen nach 0301 - 428 01.				
Summe der Titelgruppe 70			0,0 0,0	0,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

Erläuterungen:

Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Die Unfallverhütungsvorschrift wurde aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ArbSichG /ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S.1885), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868), erlassen.

427 72 (TG 72)	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
511 72 (TG 72)	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,0 31,1	30,7
518 72 (TG 72)	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1,0 0,0	0,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
525 72 (TG 72)	012	Aus- und Fortbildung	10,0 14,1	16,0
527 72 (TG 72)	012	Dienstreisen	5,0 4,2	5,0
533 72 (TG 72)	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit Erläuterungen: Veranschlagt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums sowie allgemeine Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.	85,0 50,5	50,0
534 72 (TG 72)	314	Gesundheitsförderung	140,0 0,0	158,3
546 72 (TG 72)	012	Sonstige Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit	5,0 16,4	16,0
812 72 (TG 72)	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	15,0 52,5	15,0
Summe der Titelgruppe 72			291,0 168,8	291,0
Summe der Ausgaben			53.926,8 38.392,3	54.109,7

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	636,0 464,0	900,5
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.571,3 1.066,5	3.369,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 404,9	0,0
Gesamteinnahmen			4.207,3 1.935,4	4.269,8
41 - 49		Personalausgaben	39.288,2 17.756,0	39.705,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.410,8 3.438,0	6.380,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	8.190,8 16.831,2	7.937,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	37,0 336,2	86,6
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 30,9	0,0
Gesamtausgaben			53.926,8 38.392,3	54.109,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-49.719,5 -36.456,9	-49.839,9

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Sport.

Einnahmen

119 02	322	Rückzahlungen aus der Förderung des außerschulischen Sports	0,0	0,0
			8,7	

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus der Aufhebung von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 686 02 zu verwenden.

331 01	322	Zuweisungen von Bundesmitteln zur Finanzierung/Förderung des Baues von Sportstätten für den Hochleistungssport	60,0	80,0
			99,2	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 03 zu verwenden.

381 01	891	Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster GlüÄndStV AG)	6.860,0	6.860,0
			6.174,0	

Erläuterungen:

Nach § 8 Erster GlüÄndStV AG vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) hat die Nordwestlotto GmbH & Co. KG Zweckabgaben an das Land abzuführen.

Nach Abzug der sich aus § 8 Erster GlüÄndStV AG ergebenden Verpflichtungen sind gem. § 8 Abs. 4 Erster GlüÄndStV AG vom verbleibenden Betrag 8 v.H., mindestens 7 Mio. €, zur Förderung des Sports zu verwenden.

Gem. § 9 Abs. 1 Erster GlüÄndStV AG sind durch das für Sport zuständige Ministerium 90 v.H. dem Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung des Sports zuzuwenden (siehe Titel 684 02). Für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (zuständig ist das Innenministerium, siehe Titel 686 02) stehen 8 v.H. und für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports (zuständig ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaft) 2 v.H. zur Verfügung.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 684 02 und 686 02 zu verwenden.

Summe der Einnahmen	6.920,0	6.940,0
	6.281,9	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	322	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.	66,9 60,6	66,9
428 01	322	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
546 01	322	Kosten der Sportministerkonferenz Weggefallen	0,0 0,0	0,0
684 02	322	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen Mehrausgaben dürfen bis zu 91,84 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden. Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen. Erläuterungen: Siehe Titel 381 01.	6.300,0 5.670,0	6.300,0
684 03	322	Zuschüsse an den Landessportverband zum Zweck der Förderung der Integrität des gemeinnützigen Sports Weggefallen	0,0 226,0	0,0
686 02	322	Förderung des außerschulischen Sports Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 119 02 geleistet werden. Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen. Darüber hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe von 8,16 v.H. der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402 - 381 01 geleistet werden. Erläuterungen: Das Innenministerium hat die Richtlinie über die Förderung des Sports in Schleswig-Holstein (Sportförderrichtlinie) vom 4. Dezember 2013 (Amtsbl. Schl.-H. 2013, S. 1112) erlassen.	560,0 511,8	560,0

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 331 01 geleistet werden.
Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Erläuterungen:

Der Bund fördert nach den "Förderrichtlinien Stützpunktsystem" (FRS) vom 10. Oktober 2005 Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte bei anteiliger Beteiligung des Landes und der Kommunen.
Landesmittel sind bei Titel 686 02 veranschlagt.

883 03 (MG 03)	322	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Kreise und Gemeinden Erläuterungen: In Schleswig-Holstein werden Olympiastützpunkte/Häuser der Athleten gefördert; z. Zt. Kiel/Segeln und Ratzeburg/Rudern. Siehe Titel 331 01.	60,0 99,2	80,0
-------------------	-----	--	--------------	------

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
893 03 (MG 03)	322	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Verbände und Vereine	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Siehe Titel 331 01 und 883 03 (MG 03).				
Summe der Maßnahmegruppe 03			60,0 99,2	80,0
Summe der Ausgaben			6.986,9 6.567,6	7.006,9

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 8,7	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	60,0 99,2	80,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	6.860,0 6.174,0	6.860,0
Gesamteinnahmen			6.920,0 6.281,9	6.940,0
41 - 49		Personalausgaben	66,9 60,6	66,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.860,0 6.407,8	6.860,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	60,0 99,2	80,0
Gesamtausgaben			6.986,9 6.567,6	7.006,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-66,9 -285,7	-66,9

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Unterstützung der politischen Steuerung.

Einnahmen

111 01	421	Gebühren und tarifliche Entgelte	9.000,0 8.862,0	9.000,0
		Erläuterungen:		
Veranschlagt sind die Gebühren nach der Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermGebVO) vom 6. November 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 716) und die Entgelte nach der Entgeltordnung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermEgO) vom 1. Januar 2013. Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				
112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	0,5 0,0	0,5
119 02	421	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1,0 0,0	1,0
		Erläuterungen:		
Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen. Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				
119 99	421	Vermischte Einnahmen	1,0 0,8	1,0
		Erläuterungen:		
Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				
125 01	421	Einnahmen aus der Abgabe von amtlichen Karten und Sonderkarten	150,0 378,8	500,0
		Erläuterungen:		
Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				
125 02	421	Einnahmen aus Vermessungsarbeiten und dem Verkauf von Karten und Geobasisdaten	320,0 304,3	0,0
		Erläuterungen:		
Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				
132 01	421	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0 0,0	10,0
		Erläuterungen:		
Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von auszusondernden Dienstfahrzeugen. Vgl. Titel 811 01. Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				
231 01	421	Erstattung des Bundes für amtliche digitale Geobasisdaten	0,0 0,0	110,0
		Erläuterungen:		
Veranschlagt aufgrund der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen "Verwaltungsvereinbarung über die kontinuierliche Übermittlung amtlicher digitaler Geobasisdaten zur Nutzung im Bundesbereich".				
233 01	421	Zuweisungen von Kreisen und Gemeinden	150,0 141,1	150,0
		Erläuterungen:		
Die Einnahmen können für Ausgaben bei Titel 545 01 verwendet werden.				

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 233 01

Veranschlagt sind:

Erstattung der Sachkosten für die Führung und Unterhaltung der Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse

		2014 EUR
1.	Hansestadt Lübeck	45.000
2.	Stadt Flensburg	20.000
3.	Kreis Ostholstein	35.000
4.	Kreis Pinneberg	20.000
5.	Kreis Plön	15.000
6.	Kreis Herzogtum Lauenburg	15.000
Summe		150.000

261 01	421	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Flurbereinigungsverfahren u.ä.	10,0	10,0
			44,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen von Nebenkosten und Auslagen für Schlussvermessungen im Flurbereinigungsverfahren durch die Teilnehmergeellschaften.

Summe der Einnahmen	9.642,5	9.782,5
	9.731,5	

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	4.720,4	5.042,9
			4.656,6	

322,5 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.

427 01	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

428 01	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	17.672,3	17.537,4
			18.766,3	

Eingespart wurden 148,1 T€ gemäß Konzept "10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020".

453 01	421	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	21,6	10,0
			3,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Trennungsgeld	7.000
2.	Umzugskostenvergütungen	3.000
Summe		10.000

511 01	421	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	330,0
			338,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Büromaterial	70.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	15.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	5.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	105.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	70.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	50.000
8.	Sonstiges	5.000
Summe		330.000

514 01	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	270,0	320,5
			347,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	145.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung (einschl. Feldaufwandsentschädigung)	50.000
3.	Verbrauchsmittel	115.500
4.	Sonstiges	10.000
Summe		320.500

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 514 01

		Bestand an Kraftfahrzeugen	Soll 2013	Soll 2014	Tatsächlicher Bestand 01.02.2013
		Anhänger	11	10	12
		Selbstfahrer-PKW	6	7	6
		Vermessungswagen	39	37	41
		Zusammen	56	54	59
517 01	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		10,0	2,5
				2,4	
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Nebenkosten und tlw. Bewirtschaftungskosten für Gebäude, die nicht als Eigentum im Zentralen Grundvermögen zur Behördenunterbringung verzeichnet sind.			
518 02	421	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge		5,0	0,0
				0,8	
525 01	421	Aus- und Fortbildung		67,0	67,0
				49,7	
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten:			
					2014
					EUR
		1. Ausbildung			
		1.1 Internatsmäßige Unterbringung der Auszubildenden im Rahmen des Berufsschulunterrichts			18.000
		1.2 Unterrichtsentschädigungen, Prüfungsvergütungen, Lehrgangsgebühren usw.			10.000
		1.3 Reisekostenvergütungen, Fahrkostenerstattungen im Rahmen der Ausbildung			18.000
		<i>Summe zu 1.</i>			46.000
		2. Fortbildung			
		2.1 Fortbildungsmaßnahmen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation			21.000
		<i>Summe zu 2.</i>			21.000
		Zusammen			67.000
		Schulungskosten für Automationsvorhaben sind bei 1103 - 525 37 veranschlagt.			
526 03	421	Ausgaben für die Gutachterausschüsse		25,0	25,0
				16,9	
		Erläuterungen:			
		An die Mitglieder der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte sind Entschädigungen nach § 6 der Landesverordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen über die Ermittlung von Grundstückswerten vom 6. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 181), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 850), zu zahlen.			
		Veranschlagt aufgrund der Verträge zur Übertragung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in den Kreisen Pinneberg, Plön und Herzogtum Lauenburg auf die Vermessungsverwaltung.			
526 04	421	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0,0	0,0
				0,0	
		Weggefallen			
526 05	421	Ärztliche Untersuchungen		1,0	1,0
				0,7	
527 01	421	Dienstreisen		180,0	140,0
				127,4	
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Kosten für die Dienstreisen des vermessungstechnischen Außendienstes und Inlandsdienstreisen.			

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 527 01

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	140.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
Summe		140.000

531 01	421	Veröffentlichungen	2,0 0,0	0,0
533 01	421	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	255,0 180,0	180,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Druck- und kartographische Arbeiten	25.000
2.	Vermessungs- und katastertechnische Arbeiten durch Dritte	5.000
3.	Vergabe von Bildflügen	140.000
4.	Sonstige Leistungsentgelte	10.000
Summe		180.000

534 01	421	Kosten für Umzüge der Vermessungsverwaltung	0,0 10,2	0,0
--------	-----	--	--------------------	------------

Weggefallen

535 01	421	Kosten aus Entschädigungsansprüchen Dritter	0,5 0,7	0,5
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bereinigung von Flurschäden bei örtlichen Vermessungsarbeiten.

545 01	421	Zahlung von Umsatzsteuer an die Finanzämter	0,0 743,4	0,0
--------	-----	--	---------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 0403 - 111 01, 0403 - 119 02, 0403 - 119 99, 0403 - 125 01, 0403 - 125 02, 0403 - 132 01 und 0403 - 233 01 geleistet werden.

546 99	421	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,5 15,1	8,5
--------	-----	---	--------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	4.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	4.500
Summe		8.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	421	Zuweisungen für gemeinsame Einrichtungen der Vermessungsverwaltungen der Länder	15,0 10,5	15,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 632 01

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden Beiträge Schleswig-Holsteins für gemeinsame Einrichtungen der Länder, wie z. Bsp. die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder in Hannover, getragen.

811 01	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	137,0	137,0
			135,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014 EUR	
1.	Erstmalige Beschaffung			0
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	3 Vermessungswagen, 2,4 Liter, 65 kw			114.000
2.2	1 Pkw, 1,9 Liter, 65 kw			23.000
Summe				137.000

812 01	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	130,0	130,0
			85,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014 EUR	
1.	4 elektrooptische Entfernungsmessgeräte/GPS-Empfänger mit Registriermöglichkeit und Zubehör			130.000
Summe				130.000

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

422 61	421	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Weggefallen

428 61	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Weggefallen

Summe der Titelgruppe 61			0,0	0,0
			0,0	

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

422 69	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	255,5	255,5
(TG 69)			239,8	

428 69	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 69			255,5	255,5
			239,8	

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	

T€

Summe der Ausgaben

24.105,8
25.730,2

24.202,8

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	9.482,5 9.545,9	9.512,5
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	160,0 185,6	270,0
Gesamteinnahmen			9.642,5 9.731,5	9.782,5
41 - 49		Personalausgaben	22.669,8 23.665,9	22.845,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.154,0 1.833,1	1.075,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	15,0 10,5	15,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	267,0 220,7	267,0
Gesamtausgaben			24.105,8 25.730,2	24.202,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.463,3 -15.998,7	-14.420,3

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Katastrophenschutz
- 65 Havariekommando

Ausgaben

- 61 Förderung des Feuerwehresens
- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Katastrophenschutz
- 65 Havariekommando
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Die Ausgaben des Kapitels 0405 - außer Titel 633 01 und 633 02 sowie TG 62, 63, 65 und 69 - werden aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer und den tatsächlichen Einnahmen - außer Titel 232 01 und 381 02 sowie TG 62, 63 und 65 - des Kapitels 0405 finanziert.

Im Kapitel 0405 - außer Titel 633 01 und 633 02 sowie TG 62, 63, 65 und 69 - findet § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2014 sinngemäß innerhalb des Kapitels Anwendung.

Minderausgaben bei den Titeln 1204 - 519 05, 1204 - 711 05 und 1220 - 517 05 dürfen für Mehrausgaben innerhalb des Kapitels 0405 - außer Titel 633 01 und 633 02 sowie TG 62, 63, 65 und 69 - verwendet werden.

Erläuterungen:

		2014
Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer (Titel 1101 - 059 01) fließt den Kreisen und kreisfreien Städten nach Abzug		
1.	der für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerwehrschule (LFS) erforderlichen Mittel,	
1.1	Zuschuss LFS	2.316.700
1.2	Bauunterhaltung (Titel 1204 - 519 05 und 711 05)	151.800
1.3	Bewirtschaftung der LFS durch die GMSH (Kapitel 1220)	450.500
2.	eines vom Innenministerium zur Durchführung besonderer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehresens zur Verfügung stehenden Betrages, der 15 v.H. des Steueraufkommens nicht übersteigen darf, und	457.900
3.	des nach § 19 Abs. 2 Finanzausgleichgesetz (FAG) erforderlichen Betrages (Titel 0405 - 584 61 TG 61)	400.000
zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu (Titel 0405 - 633 61 und 883 61 TG 61)		9.223.100
Zusammen		13.000.000

Einnahmen

111 01	044	Gebühren und tarifliche Entgelte	96,0	96,0
			126,3	
Erläuterungen:				
Einnahmen aus dem Angebot kostenpflichtiger Veranstaltungen und Lehrgangsplätze.				
119 99	044	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,6	
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	10,0	10,0
			11,8	

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Einnahmen aus 1 Dienstwohnung	9.500
2.	Sonstige Einnahmen	500
Summe		10.000

125 01	044	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	5,0 22,2	5,0
--------	-----	--	-------------	-----

132 01	044	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------	-----

231 01	044	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutzausbildung	90,0 138,6	90,0
--------	-----	---	---------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss des Bundes für die Ausbildung in Führungs- und Sonderlehrgängen der Feuerwehr, Anteil Zivilschutz.

232 01	045	Erstattungen von Kosten aufgrund von Hilfeinsätzen während des Elbehochwassers in Sachsen-Anhalt	150,0 0,0	0,0
--------	-----	---	--------------	-----

Erläuterungen:

Vgl. Titel 633 01.

381 01	891	Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer	0,0 0,0	13.000,0
--------	-----	--	------------	----------

Erläuterungen:

Das Steueraufkommen wird nach § 30 Finanzausgleichsgesetz vom 7. März 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 76), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 494), zur Förderung des Feuerwehrewesens und des Brandschutzes verwendet.

Vgl. Titel 1101 - 059 01.

381 02	891	Einnahmen aus dem Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels	0,0 0,0	50,0
--------	-----	---	------------	------

Erläuterungen:

Zweckgebundene Einnahmen zur Förderung des Landesfeuerwehrverbandes nach § 42 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. S.-H., S. 280), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2013 (GVOBl. S.-H., S. 570).

Vgl. Titel 1101-981 03 und Titel 0405-685 61 (TG 61).

62 Schiffsbrandbekämpfung

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.

119 62 (TG 62)	044	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
-------------------	-----	-----------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 62 (TG 62)	044	Zuweisungen des Bundes	477,4 411,0	452,9
-------------------	-----	-------------------------------	----------------	-------

Erläuterungen:

Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben für die Schiffsbrandbekämpfung.

Vgl. Titel 633 62 und 812 62 (TG 62).

232 62 (TG 62)	044	Zuweisung von Ländern	0,0 0,0	0,0
-------------------	-----	------------------------------	------------	-----

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

233 62 (TG 62)	044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0 0,0	0,0
-------------------	-----	--	------------	-----

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 233 62

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62	477,4	452,9
	411,0	

63 Katastrophenschutz

112 63 (TG 63)	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	25,0	25,0
			7,8	

Summe der Titelgruppe 63	25,0	25,0
	7,8	

65 Havariekommando

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 65 zu verwenden.

232 65 (TG 65)	044	Zuweisung der Länder	490,0	499,5
			99,0	

Erläuterungen:

Anteil anderer Länder an den Kosten des Havariekommandos.
Vgl. Titel 631 65 (TG 65).

381 65 (TG 65)	891	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	119,8	121,8
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Titel 0405 - 631 65 (TG 65), 1002 - 981 65 (TG 65) und 1315 - 981 04 (MG 04).

389 65 (TG 65)	891	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0	0,0
			0,5	

weggefallen

Summe der Titelgruppe 65	609,8	621,3
	99,5	

Summe der Einnahmen	1.473,2	14.350,2
	817,8	

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	316,4	316,4
			329,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2014
				EUR
1.	Bezüge			309.800
2.	Lehrzulagen			6.600
	Summe			316.400

422 03	044	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	31,9	31,9
		dienst	7,4	

427 01	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,9	1,9
			1,9	

Erläuterungen:

Der Internatsbetrieb der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein erfordert die ständige Vorhaltung des Personals. Bei Erkrankungen ist neben der Anordnung von Mehrarbeitsstunden erforderlich, auch Vertretungs- und Aushilfskräfte einzustellen.

427 02	044	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,9	10,9
			46,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für nebenamtliche Lehrkräfte für Sonderthemen, die nicht durch Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein abgedeckt werden können (insbesondere für Spezialthemen bei der Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes).

428 01	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.036,5	1.036,5
			1.135,9	

453 01	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
			3,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Trennungsgeld für die Anwärterinnen und Anwärter im gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst.

511 01	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	65,0	65,0
			50,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2014
				EUR
1.	Büromaterial			20.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			10.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten			1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			6.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			10.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			7.000
7.	Unterhaltung von Geräten			11.000
8.	Sonstiges			0
	Summe			65.000

514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	280,0	289,0
			296,1	

Schadenersatzleistungen Dritter und Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 05 Feuerwehren, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 514 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	115.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	19.000
3.	Verbrauchsmittel	145.000
4.	Sonstiges	10.000
Summe		289.000

Bestand an Kraftfahrzeugen	Soll 2013	Soll 2014	Tatsächlicher Bestand 01.02.2013
Einsatzleitfahrzeuge	1	1	1
Wirtschaftsfahrzeuge	2	2	2
Gefahrgutübungsanlagen	1	1	1
Löschfahrzeuge	7	7	7
Mehrzweckfahrzeuge	5	5	5
Motorgeräte	2	2	2
Rüst- und Gerätewagen	2	2	1
Tragkraftspritzen	5	5	5
Wechseladerfahrzeuge	1	1	1
Abrollbehälter	3	3	4
Zusammen	29	29	29

517 01 044 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 60,0 44,5
40,6

15,5 T€ übertragen nach Tit. 1220-517 91.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Reinigungsmittel für den Küchenbetrieb, Kleinreparaturen	20.000
2.	Wasser, Abwasser, Abfälle	24.500
Summe		44.500

518 99 044 **Leasingraten für Kopiergeräte** 17,0 15,0
10,9

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leasing-Kosten für 3 Kopiergeräte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.

525 01 044 **Aus- und Fortbildung** 250,0 250,0
210,6

Erstattungen aufgrund zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz/Zivilschutz sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	60.000
2.	Reisekosten und sonstige Nebenkosten	20.000
3.	Lehr- und Lernmittel	140.000
4.	Katastrophenschutzseminare	20.000
5.	Sonstiges	10.000
Summe		250.000

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
526 04	044	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0,5 0,4	0,5
526 05	044	Ärztliche Untersuchungen	0,5 0,5	0,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Untersuchung der Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein. Insbesondere nach dem berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 muss durch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen festgestellt werden, ob gegen das Tragen von Atemschutzgeräten gesundheitliche Bedenken bestehen.		
527 01	044	Dienstreisen	5,0 3,2	5,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen, insbesondere für die Betreuung der Ausbildung auf der Ebene der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.		
546 99	044	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlerbeiträge	2,5 1,7	2,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2014
				EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		500
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		2.000
		Summe		2.500
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.		
633 01	045	Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte für Helfereinsätze während des Elbehochwassers in Sachsen-Anhalt	150,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 232 01 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.		
633 02	045	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Helfereinsätze während des Elbehochwassers in Schleswig-Holstein	0,0 0,0	350,0
		§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2014 findet keine Anwendung.		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Erstattungen an den Kreis Herzogtum Lauenburg sowie die Stadt Lauenburg für Ausgaben im Bereich des Katastrophenschutzes, die im Rahmen des Elbehochwassers entstanden und nicht aus dem Aufbauhilfefonds des Bundes erstattungsfähig sind.		
811 01	044	Erwerb von Fahrzeugen	80,0 311,6	400,0

04 05 Feuerwehresen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Erstmalige Anschaffungen			
1.1	Abrollbehälter Rüstwagen			320.000
	<i>Summe zu 1.</i>			<i>320.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	Beladung für ein Löschgruppenfahrzeug HLF 10			80.000
	<i>Summe zu 2.</i>			<i>80.000</i>
Zusammen				400.000

812 01	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	40,0	40,0
			22,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Geräte für die Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes:

			2014	
			EUR	
1.	Erstmalige Anschaffungen			
1.1	Geräte für die Ausbildung			20.000
	<i>Summe zu 1.</i>			<i>20.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	Geräte für die Ausbildung			20.000
	<i>Summe zu 2.</i>			<i>20.000</i>
Zusammen				40.000

61 Förderung des Feuerwehresens

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Zuweisungen an die Träger des Feuerwehresens und alle Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Feuerwehresens veranschlagt.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert und zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehresens in Schleswig-Holstein verwendet.

526 61	044	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 61	044	Pflege des Informationssystems	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

534 61	044	Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehresen und für Aufklärung und Werbung	95,0	100,0
(TG 61)			67,6	

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 534 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Kosten der Verwaltungsaufsicht	
1.1	Reisekosten, Fachliteratur, Dienstkleidung	12.000
2.	Aufklärung und Werbung in der Feuerwehr	
2.1	allgemein (Brandschutz, Dienstbesprechungen)	1.500
2.2	Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV)	10.000
2.3	Herausgabe von Ausbildungsmaterialien	4.500
2.4	Herausgabe der Feuerwehrfachzeitschrift "Feuerwehr"	12.000
3.	Beschaffung von Ehrengaben und Brandschutz-Ehrenzeichen	60.000
Summe		100.000

535 61	044	Anteilige Kosten für den Digitalfunk	35,0	10,0
(TG 61)			8,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von BOS-Sicherheitskarten für Digitalfunkgeräte der öffentlichen Feuerwehren. Der Abruf bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) erfolgt durch die Autorisierte Stelle Schleswig-Holstein.

584 61	831	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0	400,0
(TG 61)			400,0	

Erläuterungen:

Zuführung der nach § 19 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz vom 7. März 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 76), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 494), aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Anspruch genommenen Mittel aus dem "Sondervermögen Landesfeuerwehrschule".

632 61	044	Beiträge zu den Einrichtungen im Feuerlöschwesen	38,0	38,0
(TG 61)			27,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Beitrag Brandschutzforschung	30.000
2.	Beitrag Normung	6.500
3.	Beitrag Prüfung Einsatzschutzkleidung	1.500
Summe		38.000

633 61	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte	1.500,0	1.500,0
(TG 61)			1.500,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuweisungen zu den Kosten der Träger des Feuerwehrwesens für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein sowie für Maßnahmen der Aus- und Fortbildung auf Kreisebene gem. § 30 Finanzausgleichsgesetz vom 7. März 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 76), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 494), i.V.m. der Richtlinie zur Förderung des Feuerwehrwesens vom 8. Dezember 2010 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1164).

636 61	044	Beitrag an die Feuerwehr-Unfallkasse Nord	35,0	35,0
(TG 61)			33,1	

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an den Mehrleistungen der Feuerwehr-Unfallkasse Nord mit einer Zuweisung in Höhe von 50 v.H. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.

684 61	044	Zuführung an den Landesfeuerwehrverband-Sozialfonds	10,0	10,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein verfügt über einen Sozialfonds, aus dem er freiwillige Zuwendungen bei Feuerwehrunfällen gewährt. Das Land trägt davon 50 v.H. und hat den Fonds mit einem Grundkapital in Höhe von 40,0 T€ ausgestattet.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
685 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	69,9 61,7	119,9
Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0405-381 02 überschritten werden.				
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Veranschlagt sind:				
				2014
				EUR
1. Institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes				99.900
2. Feuerwehrtechnische Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren				10.000
3. Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)				10.000
Summe				119.900
Neben der institutionellen Förderung werden besondere Maßnahmen des Landesfeuerwehrverbandes und der schleswig-holsteinischen Jugendfeuerwehren gefördert, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren. Vgl. Titel 381 02.				
686 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb der Ausbildungsstätte Rendsburg	220,0 170,0	185,0
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Das Jugendfeuerwehrzentrum Schleswig-Holstein in Rendsburg erhält aus Mitteln der Feuerschutzsteuer einen Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten (Vertrag vom 26. Oktober 1999).				
812 61 (TG 61)	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	35,0 126,2	10,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung von Funkgeräten und Zubehör für die Erprobung des Digitalfunks.				
883 61 (TG 61)	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen	8.383,2 8.172,7	7.723,1
Erläuterungen:				
Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt gem. § 30 Finanzausgleichsgesetz vom 7. März 2011 (GVObI. Schl.-H. S. 76), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 494), nach der Finanzierung besonderer Maßnahmen den Kreisen und kreisfreien Städten zu.				
Summe der Titelgruppe 61			10.821,1 10.567,5	10.131,0
62		Schiffsbrandbekämpfung		
Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 - mit Ausnahme des Titels 231 62 - überschritten werden.				
Erläuterungen:				
In der Titelgruppe sind die Mittel für Aufgaben der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung auf der Seewasserstraße Ostsee sowie dem Nord-Ostsee-Kanal veranschlagt, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist. Des Weiteren sind in der Titelgruppe die Mittel für den Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe im Raum Cuxhaven/ Brunsbüttel veranschlagt. Aufgrund der hierzu in 1990 geschlossenen Vereinbarung erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der an die Stadt Brunsbüttel zu zahlenden Leistungen für die laufenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten der freiwilligen Feuerwehr (Titel 633 62) und das Land dem Bund 50 v.H. der laufenden Kosten für das Chartern eines Feuerlöschschleppers (Titel 631 62).				
511 62 (TG 62)	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
525 62 (TG 62)	044	Aus- und Fortbildung	33,0 8,5	24,0

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 525 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aus- und Fortbildungskosten an der Marinetechnikschule in Neustadt und an der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein in Harrislee sowie gegebenenfalls anderen Ausbildungseinrichtungen.

527 62	044	Dienstreisen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 62	044	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

631 62	044	Landesanteil für die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers	56,5	56,5
(TG 62)			56,5	

Erläuterungen:

Die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers für den Feuerschutz auf der Unterelbe (einschl. Übungen) erfolgt durch private Gesellschaften. Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes in Höhe von 50 v.H. bei einer Kostenübernahme des Bundes gemäß Vertrag vom 9. Februar/15. Mai/30. Mai 1990.

633 62	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.189,8	867,4
(TG 62)			822,0	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 62 (TG 62) geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	BF Kiel	135.800
2.	BF Flensburg	135.800
3.	BF Lübeck	135.800
4.	FF Brunsbüttel	460.000
Summe		867.400

Der Bund trägt 50 v.H.; vgl. Titel 231 62 (TG 62).

812 62	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	38,4
(TG 62)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung von Sicherheitsausrüstung für die Schiffsbrandbekämpfung. Der Bund trägt 50 v.H.; vgl. Titel 231 62 (TG 62).

Summe der Titelgruppe 62			1.279,3	986,3
			887,0	

63 Katastrophenschutz

511 63	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	9,5	9,5
(TG 63)			16,2	

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	1.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	7.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
7.	Unterhaltung von Geräten	500
8.	Sonstiges	0
Summe		9.500

514 63	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	4,0	6,0
(TG 63)			3,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1	Haltung von Dienstfahrzeugen	5.500
2	Sonstiges	500
Summe		6.000

517 63	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	1,0
(TG 63)			0,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die behelfsmäßige Unterkunft in Lindewitt

		2014 EUR
1.	Heizung	100
2.	Elektrizität	700
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	100
4.	Sonstiges	100
Summe		1.000

525 63	045	Aus- und Fortbildung	4,0	4,0
(TG 63)			1,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung in Fragen des Katastrophenschutzes, Besuche der Landesfeuerwehrschule sowie der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz.

527 63	045	Dienstreisen	5,5	5,5
(TG 63)			6,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Reisekosten für Inlandsdienstreisen	4.500
2.	Reisekosten für Auslandsdienstreisen	1.000
Summe		5.500

534 63	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe	110,0	110,0
(TG 63)			73,1	

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 534 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Übungen und Schulungen sowie die Ausstattung für den Katastrophenschutz im Gemeinsamen Lage- und Führungszentrum:

		2014 EUR
1.	Kosten des Führungsstabes Katastrophenschutz sowie des Interministeriellen Leitungsstabes	5.000
2.	Kosten für Übungen des Führungsstabes Katastrophenschutz im Zusammenwirken mit den Stäben der unteren Katastrophenschutzbehörden sowie den Kräften des Katastrophenschutzdienstes	15.000
3.	Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen	20.000
4.	Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz außerhalb kerntechnischer Anlagen	15.000
5.	Kosten der Ausstattung des gemeinsamen Lage- und Führungszentrums	25.000
6.	Kosten für die Erstellung externer Notfallpläne, Beratungen, Schulungen und Übungen gemäß Richtlinie 96/82/EG (Seveso-II-Richtlinie) i.V.m. 12. BImSchV	30.000
Summe		110.000

536 63 (TG 63)	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz	50,0 42,7	50,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fachberatung Strahlenschutz in Notfallsituationen kerntechnischer Anlagen und die Vorkhaltung des Institutes für Strahlenmessung (TÜV-Nord SysTec), sowie für die Beschaffung und Wartung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen.

546 63 (TG 63)	045	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeiträge	1,0 0,0	1,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	900
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	sonstige vermischte Ausgaben	100
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

633 63 (TG 63)	045	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes	505,0 465,3	493,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 834), zuletzt geändert am 26. Oktober 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S.1211) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz. Seit 2010 sind die Unterhaltungskosten anteilig für nunmehr 268 vom Bund übernommene Katastrophenschutzfahrzeuge zusammen mit den Kreisen und kreisfreien Städte zu tragen.

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 633 63

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Anteil des Landes an den Kosten für die Ausbildung und die Übungen der Helferinnen und Helfer am Standort (grundsätzlich 50 v.H.)			160.000
2.	Anteil des Landes an den Kosten für die Ausbildung der Führungskräfte (100 v.H.)			45.000
3.	Anteil des Landes an den Kosten für die Unterhaltung der Katastrophenschutzfahrzeuge (grundsätzlich 50 v.H.)			288.000
Summe				493.000

684 63	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz	93,5	93,5
(TG 63)			90,7	

Erläuterungen:

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 834), zuletzt geändert am 26. Oktober 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S.1211) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Träger der privaten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes auf Landesebene mit wenigstens 50 Einsatzkräften oder mehr als zwei Einsatzeinheiten. Bezuschusst werden die Verwaltungskosten sowie die Kosten für die Ausbildung und Ausrüstung der Helferinnen und Helfer in den örtlichen Gliederungen, soweit diese nicht vom Bund oder den Kreisen und kreisfreien Städten finanziert werden.

Zuwendungen erhalten:

1. Arbeiter-Samariter-Bund
2. Deutsches Rotes Kreuz
3. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
4. Johanniter-Unfall-Hilfe
5. Malteser Hilfsdienst

Für die Vorhaltung des Einsatz- und Logistikzentrums erhält das Deutsche Rote Kreuz zusätzlich einen Betrag von 5.000 €

811 63	045	Erwerb von Fahrzeugen	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 63	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	800,0	784,0
(TG 63)			743,0	

Erläuterungen:

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 834), zuletzt geändert am 26. Oktober 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S.1211) gewährt das Land im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Zuwendungen an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

1975 wurde ein langfristiges Investitions- und Ersatzbeschaffungsprogramm zur Komplettierung der Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes aufgelegt. Aus diesem Programm werden neben den Ersatzbeschaffungen für die vom Land bezuschussten Einsatzfahrzeuge auch die zukünftigen Ergänzungsbeschaffungen zur Aktualisierung der Katastrophenschutzausstattung in Schleswig-Holstein mitfinanziert.

In den Jahren 1995 und 2010 wurden vom Bund Katastrophenschutzfahrzeuge übernommen, von denen zur Zeit noch 231 Fahrzeuge im Einsatz sind. Diese Fahrzeuge, die zum Teil älter als 25 Jahre sind, müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden, um weiterhin einen funktionsfähigen Katastrophenschutz gewährleisten zu können.

In Schleswig-Holstein sind ca. 630 Katastrophenschutzfahrzeuge vorhanden. Diese sollen in den Jahren 2014 bis 2019 mit Digitalfunkgeräten ausgerüstet werden. Eine zeitnahe Umrüstung dieser Fahrzeuge auf den Digitalfunk ist für einen funktionierenden Katastrophenschutz unerlässlich.

Die Kosten werden grundsätzlich zu zwei Dritteln vom Land getragen. Maßnahmen mit besonderer einsatztaktischer Bedeutung werden im Einzelfall bis zu 100 v.H. gefördert.

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 883 63

Folgende Beschaffungen sind erforderlich:

			2014
			EUR
1.		Ersatzbeschaffung ehemaliger Bundeskatastrophenschutzfahrzeug	
1.1		Betreuungslastkraftwagen - 2 Kfz	90.000
1.2		Sanitätsgerätekraftwagen - 2 Kfz	160.000
		<i>Summe zu 1.</i>	<u>250.000</u>
2.		Katastrophenschutzfahrzeuge Land	
2.1		Führungskraftwagen/Einsatzleitwagen - 2 Kfz	80.000
2.2		Mannschaftstransportwagen - 2 Kfz	60.000
		<i>Summe zu 2.</i>	<u>140.000</u>
3.		Fachdienstausrüstung, Funkgeräte, persönliche Schutzausrüstung	
3.1		Digitale Funkgeräte	300.000
3.2		Messausrüstung chemische Stoffe für die Reaktorerkundungstruppkraftwagen - 6 Geräte	44.000
3.3		Stabsunterstützungssystem "CENARIO - ILIAS"	50.000
		<i>Summe zu 3.</i>	<u>394.000</u>
Zusammen			<u>784.000</u>

Summe der Titelgruppe 63

1.584,5

1.557,5

1.443,0

65 Havariekommando

631 65
(TG 65)

044 **Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)**

700,0

713,5

0,0

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 381 65 (TG 65) und der Mehreinnahmen bei Titel 232 65 (TG 65) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Kosten der Länder für das Havariekommando werden vom Land Schleswig-Holstein als Abrechnungsstelle gegenüber dem Bund getragen. Die Länder erstatten dem Land Schleswig-Holstein die von ihnen zu tragenden Anteile. Vgl. Titel 232 65 (TG 65).

Auf Schleswig-Holstein entfallen nach dem Verteilungsschlüssel des Schadstoffbekämpfungsabkommens 30 v.H. der Gesamtkosten für das Havariekommando.

632 65
(TG 65)

044 **Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)**

0,0

0,0

330,2

weggefallen

Summe der Titelgruppe 65

700,0

713,5

330,2

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.

422 69
(TG 69)

044 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**

495,1

445,1

444,3

50,0 T€ übertragen nach 0405 - 428 69 (TG 69).

04 05 Feuerwehrewesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
428 69	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	406,8	456,8
(TG 69)			463,2	
50,0 T€ übertragen von 0405 - 422 69 (TG 69).				
Summe der Titelgruppe 69			901,9	901,9
			907,5	
Summe der Ausgaben			17.639,9	17.154,8
			16.608,0	

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	146,0 168,7	136,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.207,4 648,6	1.042,4
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	119,8 0,5	13.171,8
Gesamteinnahmen			1.473,2 817,8	14.350,2
41 - 49		Personalausgaben	2.304,5 2.431,4	2.304,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.029,5 843,7	993,0
56 - 59		Schuldendienst	400,0 400,0	400,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.567,7 3.557,0	4.461,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.338,2 9.375,9	8.995,5
Gesamtausgaben			17.639,9 16.608,0	17.154,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.166,7 -15.790,2	-2.804,6

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Ausländer- und Migrationsangelegenheiten.

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein wurde zum 1. April 1993 als Landesoberbehörde errichtet. Die Aufgaben bestimmen sich nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) vom 23. November 1999 (GVObI. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143) und der Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AusAufnVO) vom 19. Januar 2000 (GVObI. Schl.-H. S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. April 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143).

Einnahmen

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

119 06	291	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	10,0	10,0
(MG 02)			124,8	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 zu verwenden.

Summe der Maßnahmegruppe 02			10,0	10,0
			124,8	

03 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

119 02	235	Erstattungen im Rahmen von Asylverfahren	250,0	250,0
(MG 03)			271,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Ausländerbehörden im Rahmen des Asylverfahrens (Erstattung der Abschiebungskosten) und der abgerechneten Sicherheitsleistungen von Asylbegehrenden und sonstigen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Kosten der Ab- oder Zurückschiebung).

119 99	235	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
(MG 03)			0,0	

231 01	235	Einnahmen von Fördermitteln der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(MG 03)			6,1	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 633 02 (MG 03) zu verwenden.

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Summe der Maßnahmegruppe 03			250,0	250,0
			277,9	
62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten				
119 62	235	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
(TG 62)		weggefallen	0,0	
231 62	246	Einnahmen von Fördermitteln aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF III) für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0	0,0
(TG 62)		weggefallen	0,0	
Summe der Titelgruppe 62			0,0	0,0
			0,0	
65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein				
119 65	235	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
(TG 65)			0,1	
Summe der Titelgruppe 65			2,0	2,0
			0,1	
Summe der Einnahmen			262,0	262,0
			402,8	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

546 01	291	Integrationsministerkonferenz	0,0	27,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten im Zusammenhang mit der 10. Integrationsministerkonferenz (IntMK). Schleswig-Holstein übernimmt den Vorsitz und die Geschäftsführung der IntMK vom 1. Oktober 2014 bis zum 30. September 2015.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der MG 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der MG 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Zuschüsse

- zur personenbezogenen Beratung von Migrantinnen und Migranten sowie
- zur Steigerung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten

526 01	291	Informationsveranstaltungen	0,0	0,0
			2,3	

Übertragen nach 0407 - 535 01 (MG 02).

533 02	291	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen	2,5	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Erstellung des Länder-Integrationsmonitorings erfolgt im Zweijahresrhythmus.

535 01	291	Informationsveranstaltungen	2,0	2,0
			0,0	

Übertragen von 0407 - 526 01 (MG 02).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für migrationspolitische Koordinierungsrunden sowie für die Durchführung von Informationsveranstaltungen und für Informationsmaterial.

681 02	291	Integrationspreis	7,5	15,0
			7,1	

Erläuterungen:

Zur Würdigung der Arbeit von Initiativen und Verbänden im Integrationsbereich ist die Verleihung eines Integrationspreises vorgesehen. Veranschlagt sind Preisgelder für zwei Preisträger sowie die mit der Auslobung des Preises verbundenen Sachkosten.

684 01	291	Institutionelle Förderung von Migrantenorganisationen	240,0	240,0
			0,0	

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die institutionellen Förderungen folgender Organisationen:

			2014
			EUR
1.	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.		120.000
2.	Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.		120.000
Summe			240.000

684 02	291	Sprachkurse für Flüchtlinge	50,0	150,0
			0,0	

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind die Kosten für die Durchführung von Sprachförderangeboten für zugewanderte Personen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus.

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
684 06 (MG 02)	291	Projekte zum Aktionsplan Integration u.a.	135,0 162,4	215,0
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Der Aktionsplan Integration Schleswig-Holstein "Vielfalt macht stark" richtet die neue Integrationspolitik auf die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in den staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen sowie auf den Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur aus. Veranschlagt sind Zuschüsse für Projekte zur Umsetzung dieser Ziele durch Wohlfahrtsverbände, Migrantenselbstorganisationen und andere Projektträger.				
Darüber hinaus sind die Kosten veranschlagt für die Durchführung von einmaligen Modellprojekten im Haushaltsjahr 2014 an vier Standorten zum Thema Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur als Strukturwandelprozess im ländlichen Raum im Vergleich zu kreisfreien Städten.				
684 15 (MG 02)	291	Migrationssozialberatung	1.580,0 1.318,6	1.580,0
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Veranschlagt sind Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten zur Sicherstellung der landesweiten wohnortnahen migrations-spezifischen Beratung von Migrantinnen und Migranten (Zuwanderer-Integrations-Management und zur Unterstützung in migra-tionsspezifischen Bedarfslagen).				
Es handelt sich um eine Maßnahme des Landes nach § 45 Aufenthaltsgesetz vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2013 (BGBl. I S. 3556), und ergänzt die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Angebote.				
Summe der Maßnahmegruppe 02			2.017,0 1.490,4	2.202,0
03		Aufnahme und Verteilung von Migran-tinnen und Migranten		
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der MG 02.				
Erläuterungen:				
Das Land Schleswig-Holstein nimmt folgende Migrantengruppen auf: Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.				
Asylbegehrende werden in der Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf eine zugeordnete Gemein-schaftsunterkunft (ZGU) oder auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.				
Das Land erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unter-bringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen ent- stehen. Rechtsgrundlage hierfür ist das Asylbewerberleistungsgesetz vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22. November 2011 (BGBl. I S. 2258), in Verbindung mit § 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausfüh-rung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Landesver- ordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), sowie der Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), sowie dazu erlassene Verwaltungsvorschriften.				
Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer werden in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Für die Dauer ihres Aufenthalts in der Landesunterkunft trägt das Land für diese Personen, wie auch für die untergebrachten Asylbegeh- renden, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesaufnahmegesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), die Kosten. Die Landesunterkunft wird vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten betrieben.				
Personen im Rahmen bundesweiter humanitärer Aufnahmeaktionen werden in aller Regel unmittelbar auf die Kreise und kreis- freien Städte verteilt.				
526 02 (MG 03)	235	Dolmetscherkosten	25,0 20,9	25,0

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für die Durchführung der Asylverfahren notwendigen Dolmetscherkosten.

533 01 (MG 03)	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	3.000,0 2.630,5	3.120,0
--------------------------	-----	---	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Das Land betreibt in Neumünster eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, (Bürger-) Kriegsflüchtlinge, Personen im Rahmen bundesweiter, humanitärer Aufnahmeaktionen sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Veranschlagt sind folgende durch Werkverträge vergebene Leistungen:

			2014
			EUR
1.	Kosten für die ärztliche Versorgung		1.129.000
2.	Kosten für den Küchenbetrieb		897.000
3.	Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Beratung		789.000
4.	Kosten für den Wachdienst		305.000
Summe			3.120.000

534 01 (MG 03)	235	Kosten der Rückführung	295,0 314,2	400,0
--------------------------	-----	-------------------------------	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Neben den Abschiebungen und Zurückschiebungen in eigener Zuständigkeit führt das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein im Wege der Amtshilfe auch die Abschiebungen und Zurückschiebungen für Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein sowie anderer Bundesländer gegen Kostenerstattung durch. Veranschlagt sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Eisenhüttenstadt gem. Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg über die Unterbringung von Abschiebungshaftgefangenen vom 20. Juli 2010.

534 02 (MG 03)	235	Kosten des Transports und der Verteilung	35,0 36,6	60,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Transportkosten im Rahmen der Erstverteilung (in andere Länder) und der Zweitverteilung innerhalb Schleswig-Holsteins (Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte).

546 99 (MG 03)	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0 3,2	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 01 (MG 03)	287	Erstattungen von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	27.465,0 24.224,3	42.780,0
--------------------------	-----	---	-----------------------------	-----------------

Erläuterungen:

Die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehenden Aufwendungen werden gemäß der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 - IV 613 - 483.0223.31 - vom Land zu 70 v.H. erstattet. Die Erstattungsregelung sieht vor, dass die Kommunen im Jahr 2013 vierteljährliche Abschlagszahlungen erhalten, die im Folgejahr von den Kommunen abschließend abgerechnet werden.

Darüber hinaus beteiligt sich das Land zu 35 v.H. an den Aufwendungen der vom Bund geförderten Rückkehrprogramme "REAG" und "GARP" für Flüchtlinge, die aus Schleswig-Holstein freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Der Bund trägt 50 v.H. der Kosten, die Kommunen übernehmen 15 v.H.

Mehr wegen des starken Anstiegs der Zugänge an Asylbewerbern, der gestiegenen Grundleistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz sowie der gestiegenen Regelsätze nach der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2014.

633 02 (MG 03)	235	Fördermitteln der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0 2,9	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 01 (MG 03) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Fördermittel der EU für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein werden an die Kommunen für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen humanitärer Aufnahmeaktionen bzw. Resettlement weitergeleitet.

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
883 01 (MG 03)	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	45,0 0,0	2.000,0
Erläuterungen:				
Nach der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 4. April 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 143), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 -IV 613 - 483.0223.31- erstattet das Land den Kreisen und kreisfreien Städten 70 v.H. der Kosten für die Herrichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende.				
Nach den zuletzt deutlich gestiegenen Zugangszahlen wird erwartet, dass die Kreise und kreisfreien Städte nach einer vorausgegangenem Bedarfsprüfung neue Gemeinschaftsunterkünfte einrichten müssen.				
Summe der Maßnahmegruppe 03			30.865,0 27.232,6	48.385,0
62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten				
533 62 (TG 62)	246	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
534 62 (TG 62)	246	Kosten der Rückführung	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
535 62 (TG 62)	246	Kosten des Transports und der Verteilung	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
536 62 (TG 62)	246	Dolmetscherkosten	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
546 62 (TG 62)	246	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
633 62 (TG 62)	235	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
635 62 (TG 62)	246	Fördermittel aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF III) für die Neuansiedlung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
883 62 (TG 62)	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	0,0 0,0	0,0
weggefallen				
Summe der Titelgruppe 62			0,0 0,0	0,0
65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein				
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.				

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 65 sind die Ausgaben für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein in Neumünster zentral veranschlagt.

422 65 (TG 65)	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	540,0 338,9	390,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

150,0 T€ übertragen nach 422 69 (TG 69).

427 65 (TG 65)	235	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 65 (TG 65)	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	890,0 898,4	890,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

453 65 (TG 65)	235	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 65 (TG 65)	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	34,5 28,0	34,5
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Büromaterial			9.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			9.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten			1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			9.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			2.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			3.500
7.	Unterhaltung von Geräten			1.000
Summe				34.500

514 65 (TG 65)	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	32,0 24,7	30,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			15.000
2.	Verbrauchsmittel			15.000
Summe				30.000

Bestand an Kraftfahrzeugen		Soll 2013	Soll 2014	Tatsächlicher Bestand 01.02.2013
Personenkraftwagen		2	2	2
Transporter		2	2	2
Zusammen		4	4	4

518 65 (TG 65)	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	5,0 3,8	5,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerätemieten und Kosten für die Wartungen von Kopiergeräten.

525 65 (TG 65)	235	Aus- und Fortbildung	14,0 10,1	14,0
--------------------------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 525 65

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Schulungskosten für Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Asylverfahrens und ausländerrechtlicher Angelegenheiten sowie für Aufgaben der allgemeinen Verwaltung (Haushalt, Personal, Reisekosten, Qualifizierungsangebot für Angestellte usw.).

526 65	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	3,0	3,0
(TG 65)			1,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerichtskosten im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.

527 65	235	Dienstreisen	4,0	4,0
(TG 65)			1,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen zur Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.

531 65	235	Veröffentlichungen	0,0	0,0
(TG 65)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 65	235	Untersuchungen und Schutzimpfungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	5,0	0,0
(TG 65)			0,1	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

539 65	235	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
(TG 65)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Bewerberinnen und Bewerbern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte. Vgl. Titel 533 65 (TG 65).

546 65	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0	2,0
(TG 65)			2,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Sonstige vermischte Ausgaben	2.000
Summe		2.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 65	235	Erwerb von Fahrzeugen	40,0	0,0
(TG 65)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 65	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
(TG 65)			1,4	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 65			1.570,5	1.373,5
			1.311,6	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
69 Outputorientierte Personalkosten				
422 69 (TG 69)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	530,0	680,0
		150,0 T€ übertragen von 422 65 (TG 65).	0,0	
428 69 (TG 69)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	136,0	136,0
			39,4	
Summe der Titelgruppe 69			666,0	816,0
			39,4	
Summe der Ausgaben			35.118,5	52.804,0
			30.074,0	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	262,0 396,7	262,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 6,1	0,0
Gesamteinnahmen			262,0 402,8	262,0
41 - 49		Personalausgaben	2.096,0 1.276,7	2.096,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.460,0 3.080,6	3.728,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	29.477,5 25.715,3	44.980,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	85,0 1,4	2.000,0
Gesamtausgaben			35.118,5 30.074,0	52.804,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-34.856,5 -29.671,2	-52.542,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 10 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Digitalfunk
- 67 Katastrophenschutz
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 71 Kriminaltechnik

Ausgaben

- 62 Polizei-Bigband
- 63 Digitalfunk
- 64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz
- 66 Rat für Kriminalitätsverhütung
- 67 Katastrophenschutz
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)
- 70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)
- 71 Kriminaltechnik

Die Mehreinnahmen der Titel 111 71, 124 02, 125 01, 125 04, 271 01 und 272 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Einnahmen

111 01	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	2.200,0	2.200,0
			2.181,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr.

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung		725.000
2.	Verwaltungsgebühren und verauslagte Verwaltungskosten		1.475.000
Summe			2.200.000

111 05	042	Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung mit Ausnahme von Verwarnungsgeld	0,0	0,0
			0,0	

Weggefallen

112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	10.500,0	10.900,0
			11.294,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, die von der Polizei festgelegt werden		10.898.000
2.	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten		2.000
Summe			10.900.000

119 02	042	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Polizei	75,0	75,0
			392,1	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 119 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Einnahmen aus Schadensersatz gegen Dritte	70.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	4.000
3.	Sonstiges	1.000
Summe		75.000

119 99	042	Vermischte Einnahmen	20,0 29,2	20,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------

122 01	042	Einnahmen aus Konzessionsabgaben	65,0 54,4	65,0
--------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Aufkommen aus Konzessionsverträgen über den Anschluss von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen bei den Polizeidienststellen.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	80,0 42,4	45,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Entgelte für Nutzung von Raumschießanlagen durch den Bund und andere Länder	20.000
2.	Sonstige Einnahmen	25.000
Summe		45.000

Die Sportanlagen in Eutin-Hubertushöhe (PDAFB) dürfen in Abweichung von § 52 LHO Sportvereinen außerhalb der für die Landespolizei festgesetzten Dienststunden unentgeltlich überlassen werden.

124 02	042	Einnahmen aus der Verpachtung von Kantinenbetrieben	5,0 14,9	12,0
--------	-----	--	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen der Landespolizei in Eutin, Kiel und Lübeck.

125 01	042	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	250,0 289,9	280,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Die Einzahlungen richten sich nach der Vorschrift über die Verpflegung am Standort der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes Schleswig-Holstein (Polizeiverpflegungsvorschrift - PVerpfIV) vom 2. Mai 2005 - IV 435-60.00 - in der derzeit gültigen Fassung.

Bei der Berechnung der Verpflegungsgelder werden die für die Beschaffung der Lebensmittel entstehenden Ausgaben zugrunde gelegt. Freiwillige Teilnehmer/-innen an der Mittagsverpflegung zahlen daneben erhöhte anteilige Herstellungskosten. Die Kosten für die Zubereitung der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Bewirtschaftung der Küchen sind bei den entsprechenden Sachtiteln veranschlagt.

125 02	042	Einnahmen aus der Tätigkeit der Polizei Bigband	25,0 29,5	25,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Siehe Titelgruppe 62.

125 03	042	Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei	50,0 57,6	50,0
--------	-----	---	---------------------	-------------

125 04	042	Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung von Bediensteten	10,0 77,1	10,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

132 01	042	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	654,0 630,1	1.202,0
--------	-----	---	-----------------------	----------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
noch zu 132 01				
Historische Polizeifahrzeuge aus dem Bestand der Landespolizei dürfen der "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf" kostenlos zur Nutzung überlassen werden.				
231 02	042	Zuweisung im Rahmen des Bundesprogramms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" Erläuterungen: Vgl. Titel 0410 - 671 66 (TG 66)	0,0 249,3	0,0
231 03	042	Erstattung des Bundes im Rahmen der Durchführung von Kontrollen zur Gefahrenabwehr im Seeverkehr Erläuterungen: Veranschlagt aufgrund der " Vereinbarung über die Kostenerstattung durch den Bund für die Durchführung von Kontrollen gemäß Regel 9 von Kapitel XI-2 der Anlage des SOLAS-Übereinkommens durch die Wasserschutzpolizei des Landes Schleswig-Holstein", unterzeichnet am 11. September 2007/15. Januar 2008.	8,0 14,0	12,0
232 01	042	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern	1.400,0 2.119,0	1.800,0
271 01	532	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen Erläuterungen: Anteilige Erstattung der Kosten für die Wahrnehmung der Fischereiaufsicht gemäß der Entscheidung der EU-Ratsverordnung 861/2006/EG v. 22. Mai 2006 und der Kommission Umsetzungsverordnung 391/2007/EG v. 11. April 2007	1,0 169,6	1,0
272 01	042	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein und im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Polizeidienstkleidung	0,0 0,0	0,0
63 Digitalfunk				
119 63 (TG 63)	042	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	5,0
124 63 (TG 63)	042	Einnahmen von Dritten aus der Mitnutzung landeseigener Basisstationen für den Digitalfunk Weggefallen Erläuterungen: Zentralisierung der Miet- und Bewirtschaftungsleistungen im Finanzministerium	0,0 0,0	0,0
231 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für den Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems in Schleswig-Holstein Erläuterungen: Einnahmen aus der Nutzung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems durch den Bund.	1.617,0 0,0	1.960,0
233 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für den Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems und der kooperativen Regionalleitstelle Erläuterungen: Veranschlagt sind Erstattungen des Kreises Pinneberg.	292,0 308,3	505,0
237 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für den Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs und für die kooperative Regionalleitstelle Erläuterungen: Veranschlagt sind Erstattungen des Leitstellenzweckverbands Nord.	0,0 0,0	505,0
331 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen des Bundes für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	2.739,0 5,3	2.585,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 331 63

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich mit dem Berechnungsschlüssel 59 von 166 an den Kosten (entspricht 35,54 %).
Siehe Ausgaben-Titelgruppe 63.

333 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für das digitale Sprech- und Datenfunksystem und die kooperative Regionalleitstelle	271,0 17,6	539,0
--------------------------	-----	---	----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen des Kreises Pinneberg.
Siehe Ausgaben-Titelgruppe 63

337 63 (TG 63)	042	Kostenerstattung für das digitale Sprech- und Datenfunksystem und die kooperative Leitstelle	0,0 0,0	1.130,0
--------------------------	-----	---	-------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen des Leitstellenzweckverbands Nord.
Siehe Ausgaben-Titelgruppe 63.

359 63 (TG 63)	851	Entnahme aus der Rücklage "Digitalfunk"	0,0 14.390,0	0,0
--------------------------	-----	--	------------------------	------------

Erläuterungen:

Siehe Titelgruppe 63

Summe der Titelgruppe 63

4.919,0
14.721,2

7.229,0

67 Katastrophenschutz

111 67 (TG 67)	045	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	0,0 324,2	0,0
--------------------------	-----	---	---------------------	------------

weggefallen

112 67 (TG 67)	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

weggefallen

119 67 (TG 67)	045	Vermischte Einnahmen	0,0 0,4	0,0
--------------------------	-----	-----------------------------	-------------------	------------

weggefallen

132 67 (TG 67)	045	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

weggefallen

231 67 (TG 67)	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0,0 224,0	0,0
--------------------------	-----	--------------------------------------	---------------------	------------

weggefallen

271 67 (TG 67)	045	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

weggefallen

359 67 (TG 67)	851	Entnahme aus der Rücklage "Rückzahlung Landeszuschüsse für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte"	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

weggefallen

Summe der Titelgruppe 67

0,0
548,6

0,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition				
111 68 (TG 68)	045	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	280,0 0,0	280,0
119 68 (TG 68)	045	Vermischte Einnahmen	12,0 0,0	0,0
132 68 (TG 68)	045	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	5,0 0,0	0,0
231 68 (TG 68)	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	400,0 0,0	400,0
Erläuterungen:				
Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition.				
Summe der Titelgruppe 68			697,0 0,0	680,0
71 Kriminaltechnik				
Erläuterungen:				
Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) vom 30. November 2009 sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden.				
111 71 (TG 71)	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	5,0 3,6	5,0
Summe der Titelgruppe 71			5,0 3,6	5,0
Summe der Einnahmen			20.964,0 32.918,2	24.611,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	259.965,5	262.379,2
			266.787,6	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 356 05 überschritten werden.

Über § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2013 hinaus einseitig deckungsfähig zu Gunsten 916 05.

30.000 € übertragen von 0410 422 62.

1.743,7 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Bezüge			244.073.000
2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten			3.970.000
3.	Entschädigung für nicht gewährte Dienstbefreiung			500.000
4.	Polizeizulage			12.283.700
5.	Besondere Zulagen für Taucher, verdeckte Ermittler; sonstige Erschwerniszulagen			32.500
6.	Wechselschicht-/Schichtdienstzulage			1.520.000
Summe				262.379.200

422 03	042	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	7.269,4	7.984,7
		dienst	6.851,0	

65,3 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Bezüge			7.434.400
2.	Polizeizulage			415.300
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten			135.000
Summe				7.984.700

427 01	042	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	33.135,5	33.135,5
			34.822,4	

443 02	042	Heilfürsorge und Sonderkuren	0,0	0,0
			11.687,3	

Weggefallen

453 01	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	440,0	440,0
			413,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Trennungsgeld			310.000
2.	Umzugskostenvergütung			130.000
Summe				440.000

453 03	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	510,0	570,0
			447,4	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 453 03

60,0 T€ übertragen von Titel 1111-461 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind persönliche Gebühren für alle in der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

		2014 EUR
1.	Ausbildung	265.000
2.	Fortbildung	305.000
Summe		570.000

459 03	042	Pauschalabfindungen	22,0	22,0
			14,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Abfindungen der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Schutzpolizei für besondere Aufwendungen im Dienst aufgrund der vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium herausgegebenen Bestimmungen (Pauschalvergütungsbestimmungen).

511 01	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.148,0	5.148,0
			4.986,4	

177,0 T€ übertragen nach 0410 - 511 64 (TG 64)

Einnahmen aus dem Verkauf ungeeigneter Junghunde sind von der Ausgabe abzusetzen.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial, Druck- und Buchbindearbeiten	550.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	160.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.381.000
4.	Gebühren für Notrufeinrichtungen	160.000
5.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	
5.1	Ersatzbeschaffung	970.000
5.2	Ergänzungsbeschaffung	215.000
5.3	Unterhaltung	360.000
6.	Beschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	
6.1	Ersatzbeschaffung	25.000
6.2	Ergänzungsbeschaffung	6.000
6.3	Unterhaltung	9.000
7.	Beschaffung und Unterhaltung von Verkehrs- und Umweltschutzgeräten	
7.1	Ersatzbeschaffung	110.000
7.2	Ergänzungsbeschaffung	26.000
7.3	Unterhaltung	45.000
8.	Beschaffung und Unterhaltung von Waffen und waffentechnischen Geräten	
8.1	Ersatzbeschaffung	238.000
8.2	Ergänzungsbeschaffung	53.000
8.3	Unterhaltung	87.000
9.	Unterhaltung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen der Polizei	
9.1	Ersatzbeschaffung	178.000
9.2	Ergänzungsbeschaffung	40.000
9.3	Unterhaltung	65.000
10.	Polizeidiensthunde	
10.1	Ersatzbeschaffung	40.000
10.2	Ergänzungsbeschaffung	0
10.3	Unterhaltung	180.000
11.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	
11.1	Ersatzbeschaffung	157.000
11.2	Ergänzungsbeschaffung	35.000
11.3	Unterhaltung	58.000
Summe		5.148.000

514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	10.500,0		10.684,0
			10.612,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	7.385.000
2.	Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen	1.593.000
3.	Unterhaltung von Dienstfahrrädern	20.000
4.	Verbrauchsmittel	
4.1	Verpflegungskosten	621.000
4.2	Munition und Verbrauchsmaterial waffentechnische Bedarfe	1.065.000
4.3	Sonstiges	0
Summe		10.684.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen der Landespolizei	Soll 2013	Soll 2014	tatsächlicher Bestand am 01.02.2013
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/Fahrern			
1.1.2 PKW für Selbstfahrer/-innen	1.124	1.124	1.114
1.1.3 sonstige	7	7	7
1.2 Lastenbeförderung	8	8	8
2. Spezialfahrzeuge	82	82	82
3. Anhänger	44	44	44
4. Krafträder, Mopeds	41	41	51
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboote	5	5	5
5.2 Streckenboote	2	2	2
5.3 Streifenboote	11	11	11
5.4 Mobile Streifenboote	15	15	15
5.5 sonstige	11	11	11
Zusammen	1.350	1.350	1.350

Bestand an Dienstfahrzeugen des Bundes bei der PD AFB in Eutin	Soll 2013	Soll 2014	tatsächlicher Bestand am 01.02.2013
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern			
1.1.2 PKW für Selbstfahrer/-innen	72	72	72
1.1.3 sonstige	20	20	20
1.2 Lastenbeförderung	13	13	13
2. Spezialfahrzeuge	27	27	27
3. Anhänger	8	8	8
4. Krafträder, Mopeds	9	9	9
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboot			
5.2 Streckenboot			
5.3 Streifenboot			
5.4 Mobile Streifenboote			
5.5 sonstige	3	3	3
Zusammen	152	152	152

514 02 042 Dienst- und Schutzkleidung **2.000,0**
2.306,0 **2.384,0**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 359 01 geleistet werden.

Über § 10 Abs. 1 und 2 Haushaltsgesetz 2014 hinaus einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 0410 - 919 01.

Einnahmen aus dem Bekleidungswesen sind von der Ausgabe abzusetzen.

517 01 042 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **580,0**
534,3 **567,1**

12,9 T€ übertragen nach Tit. 1220-517 91.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 517 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Nebenkosten für Drittanmietungen	50.000
2.	Nebenkosten und Abgaben für landeseigene Liegenschaften	0
3.	Reinigung Unterkunftswäsche	50.000
4.	Ausgaben für Leuchtmittel u. a.	80.000
5.	Wiederkehrende Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel	80.000
6.	Sonstiges (z. B. HB Bau -K 26 Ziff. 4-)	307.100
Summe		567.100

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungs- und Nebenkosten für nicht dauerhafte Drittanmietungen. Die Veranschlagung für dauerhafte Drittanmietungen und deren Folgekosten erfolgt seit 2009 durch das Finanzministerium.

518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	184,0	164,0
			187,0	

20,0 T€ übertragen nach Tit. 1220-518 92.

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht dauerhafte Anmietungen.

518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	44,0	44,0
			71,5	

518 03	042	Anmietung von Objekten für Zwecke der Ausbildung bei der PD für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei und dem Landeskriminalamt	52,0	52,0
			46,0	

518 99	042	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	87,5	87,5
			106,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Leasingkosten für 19 Fahrzeuge.

525 01	042	Aus- und Fortbildung	1.326,0	1.800,0
			1.524,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	50.000
2.	Schulgeld, Unterrichtsentwägungen, Honorare und Prüfungsgebühren	1.570.000
3.	Kosten der Sportausbildung	50.000
4.	Grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt der Polizei (EU-Zuschuss).	0
5.	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	80.000
6.	Sonstiges	50.000
Summe		1.800.000

526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	90,0	90,0
			40,7	

Erläuterungen:

Im Ansatz enthalten sind auch Kosten, die im Rahmen des Rechtsschutzes für Polizeibeamtinnen und -beamte entstehen.

526 04	042	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	70,0	70,0
			68,6	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten	67.400
2.	Ausgaben in Schwerbehindertenangelegenheiten	2.600
Summe		70.000

Zu Position 1:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Mitglieder des Hauptpersonalrats, der Jugend- und Ausbildungsververtretungen, für die Bezirkspersonalräte und örtlichen Personalräte der Landespolizei sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Personalvertreterinnen und Personalvertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Bundesreisekostengesetz) gezahlt werden.

Zu Position 2:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner, der Hauptvertrauensfrau und des Hauptvertrauensmannes der Schwerbehinderten sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Bundesreisekostengesetz) gezahlt werden.

526 05	042	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,6	1,0
--------	-----	---------------------------------	-------------------	------------

526 06	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Personen, die einer Straftat verdächtigt werden	335,0 312,8	335,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Arzthonorar	150.000
2.	Laborkosten	130.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	25.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	30.000
Summe		335.000

526 07	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern	1.100,0 1.089,2	1.100,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Arzthonorar	500.000
2.	Laborkosten	400.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	100.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	100.000
Summe		1.100.000

526 08	042	Zeugenentschädigungen	22,0 25,8	22,0
--------	-----	------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen für Personen, die von der Polizei im Ermittlungsverfahren als Zeugen herangezogen werden nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

526 09	042	Kosten der Einigungsstelle	1,0 0,0	1,0
--------	-----	-----------------------------------	-------------------	------------

526 99	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	10,0 0,0	10,0
--------	-----	---	--------------------	-------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für die Bereiche Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheitsarbeit und Gefahrenabwehr sowie für evtl. erforderlich werdende Gutachten in Personalvertretungsangelegenheiten.

527 01	042	Dienstreisen	330,0	359,0
			362,0	

Erläuterungen:

			2014
			EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		329.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		30.000
Summe			359.000

531 01	042	Nachwuchswerbung der Polizei	35,0	40,0
			35,6	

531 02	042	Öffentlichkeitsarbeit	5,0	5,0
			6,1	

534 01	042	Ausgaben für Kantinenzwecke	1,0	0,0
			0,2	

535 01	042	Entschädigungsansprüche Dritter	60,0	60,0
			45,3	

536 01	042	Prüfung und Untersuchung von Bewerberinnen und Bewerbern	1,0	0,0
			4,4	

536 02	042	Umzüge von Polizeidienststellen	0,0	0,0
			51,2	

536 03	042	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,0	2,0
			2,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Mitgliedsbeitrag des Landespolizeiamtes für die Wasserschutzpolizei als korporatives Mitglied im Deutschen Nautischen Verein sowie der Mitgliedsbeitrag des Lehrbereichs "Fahrschule" der PD AFB für den Fahrlehrerverband Schleswig-Holstein.

538 01	011	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung	32,0	32,0
			28,3	

Erläuterungen:

Anschauungsmaterial für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen sowie Plakataktionen, Merkblätter u.a.

539 01	042	Unterbringung und Verpflegung von Personen im Polizeigewahrsam	332,0	332,0
			351,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind auch die Kosten für ärztliche Untersuchungen von im Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen.

539 02	042	Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung, ausgenommen Kosten des Polizeigewahrsams	266,0	266,0
			247,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung vom 11. September 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 443), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. August 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 627). Im Wesentlichen handelt es sich um Auslagen für das Abschleppen verkehrsbehindernd parkender Fahrzeuge. Die Einnahmen werden bei Tit. 0410 - 111 01 nachgewiesen.

541 01	042	Verkehrserziehung	2,5	2,5
			1,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Anschauungs- und Lehrmaterial.

546 99	042	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	51,5	51,5
			39,7	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.		Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		12.000
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.		Schadensersatzleistungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Schäden im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis		8.000
5.		Sonstige vermischte Ausgaben		31.500
Summe				51.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 01	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an die Bundespolizei	75,0	75,0
			139,9	
632 01	042	Länderübergreifende Einrichtungen und Programme	1.576,0	1.436,0
			367,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind nachfolgende Kostenanteile des Landes Scheswig-Holstein

			2014	
			EUR	
1.		Deutsche Hochschule der Polizei in Westfalen		323.000
2.		Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg		175.000
3.		Elbeabkommen		845.000
4.		Bund-Länder-Programm zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung		40.000
5.		Maritimes Sicherheitszentrum des Bundes und der Küstenländer		3.000
6.		Rechen- und Dienstleistungszentrum für Telekommunikationsüberwachung		50.000
Summe				1.436.000

632 02	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg	0,0	0,0
			302,7	

Weggefallen

632 03	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei Hamburg - Elbeabkommen -	0,0	0,0
			781,1	

Weggefallen

632 04	042	Anteil an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	0,0	0,0
			32,9	

Weggefallen

632 06	042	Anteil an den Kosten des Maritimen Sicherheitszentrums des Bundes und der Küstenländer	0,0	0,0
			4,9	

Weggefallen

632 08	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder	300,0	200,0
			188,5	

632 10	042	Anteil an den Kosten des Technologiezentrums für Telekommunikationsüberwachung	0,0	0,0
			56,7	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 632 10

Weggefallen

633 01	042	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs	1.870,0 2.441,7	1.870,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten der zwischen dem Land und einzelnen Kreisen vereinbarten Projekte der gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs, wie sie sich durch die jeweiligen Aufwendungen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen aus Verwarnungsgeld und Geldbußen ergeben:

			2014	
			EUR	
1.	PD Bad Segeberg - Kreis Segeberg			900.000
2.	PD Ratzeburg - Kreis Stormarn			245.000
3.	PD Lübeck - Kreis Ostholstein			155.000
4.	PD Itzehoe - Kreis Steinburg			50.000
5.	PD Bad Segeberg - Kreis Pinneberg			400.000
6.	PD Husum - Kreis Nordfriesland			60.000
7.	PD Neumünster - Kreis Rendsburg-Eckernörde			60.000
Summe				1.870.000

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen	10.000,0 3.700,4	9.000,0
--------	-----	------------------------------------	----------------------------	----------------

Erläuterungen:

			2013	
Belastung aus:				
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre			0
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2013			9.000.000
Zusammen				9.000.000

811 02	042	Erwerb von Wasserschutzpolizeibooten	1.120,2 954,5	6.684,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------

Erläuterungen:

			2013	
Belastung aus			EUR	
1.	In Anspruch genommener VE aus Vorvorjahren			0
2.	Voraussichtlicher Inanspruchnahme der VE 2013			6.684.000
Zusammen				6.684.000

			2014	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffung des Küstenbootes "Helgoland"			6.000.000
2.	Ersatzbeschaffung des Streifenbootes "Adler"			600.000
3.	Ersatzbeschaffung des mobilen Streifenbootes "Buchhorst"			84.000
Summe				6.684.000

811 03	042	Erwerb von Mobilien Streifenbooten	0,0 118,2	0,0
--------	-----	---	---------------------	------------

Weggefallen

812 01	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4.455,5 2.601,4	4.807,4
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2014

Neuverpflichtung insgesamt	700
Davon fällig Haushaltsjahr 2015	700
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	
Davon fällig Haushaltsjahr 2017	
Davon fällig Haushaltsjahr 2018 ff	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 812 01

Erläuterungen:

			2014	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffung Mobiliar			982.000
2.	Erwerb von Geräten und Maschinen für Werkstätten			33.000
3.	Erwerb von Geräten für die Verkehrsüberwachung			285.000
4.	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Optik			431.000
5.	Umsetzung Konzept "Neue Polizeidienstpistole"			500.000
6.	Schutzausrüstung			874.000
7.	Fernmeldetechnisches Gerät			175.000
8.	Ausstattung Vernehmungszimmer sensible Zeugen			21.000
9.	Erwerb von Geräten für das SEK			111.000
10.	Erwerb von Geräten für das MEK			576.500
11.	Geräte für strafprozessuale Maßnahmen der Kriminalpolizei			685.000
12.	Sonstiges			133.900
Summe				4.807.400

812 02	042	Erwerb von fernmeldetechnischen Geräten und Anlagen	0,0	0,0
			444,8	
		Weggefallen		
812 03	042	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Wasserschutzpolizeiboote	0,0	0,0
			0,0	
		Weggefallen		
812 05	042	Erwerb von ballistischer Schutzausrüstung	0,0	0,0
			627,6	
		Weggefallen		
812 06	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	0,0	0,0
			1.216,0	
		Weggefallen		
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			143,9	
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Titels 0410 - 422 01.		
919 01	042	Zuführung an die Rücklage "Polizeidienstkleidung"	0,0	0,0
			0,0	
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Titels 0410 - 514 02.		

62 Polizei-Bigband

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel 422 62 und 428 62. Ausgaben bei den Titeln 429 62 und 547 62 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 125 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zwecks Schließung der strategischen Lücke ist die Auflösung der Polizei-Bigband geplant.

422 62 (TG 62)	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	200,0	170,0
			171,5	
		30.000€ übertragen nach 0410 42201.		
428 62 (TG 62)	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	765,9	765,9
			808,4	
429 62 (TG 62)	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	13,8	13,8
			6,9	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 429 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind besondere Personalausgaben sowie Pauschalabfindungen für den Leiter der Polizei-Bigband.

547 62 (TG 62)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	11,2 22,5	11,2
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Reisen, Musikveranstaltungen, Noten, Instrumente, Geräte, Instandhaltung und Instandsetzung von dienstlichen und privaten Instrumenten (soweit dienstlich genutzt) sowie sonstige mit der Musiktätigkeit zusammenhängende Sachkosten.

Summe der Titelgruppe 62			990,9 1.009,3	960,9
---------------------------------	--	--	-------------------------	--------------

63 Digitalfunk

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei 359 63 und bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 331 63, 333 63 und 337 63 geleistet werden.

511 63 (TG 63)	042	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung und Ausrüstung	42,0 0,2	148,0
514 63 (TG 63)	042	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und das digitale Sprech- und Datenfunksystem	6.561,0 10.407,1	2.378,0

Erläuterungen:

Zur Notstromversorgung der Basisstationen für den Digitalfunk wurden fünf mobile Notstromspeiseanlagen (NEA) beschafft, die im Bedarfsfall zu den Einsatzorten transportiert werden müssen. Dafür sind ausreichend dimensionierte Anhänger mit einer LKW-Zugvorrichtung erforderlich, auf denen die NEA montiert sind und das nötige Zubehör, z. B. Anschlusskabel, Diesel-Ersatzkanister und Werkzeug, vorhanden ist.

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2013	Soll 2014	tatsächlicher Bestand am 01.02.2013
Anhänger für NEA	0	5	0
Zusammen	0	5	0

517 63 (TG 63)	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume für die Basisstationen des Digitalfunks	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Weggefallen

Erläuterungen:

Zentralisierung der Miet- und Bewirtschaftungskosten im Finanzministerium

518 63 (TG 63)	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume der Basisstationen für den Digitalfunk	0,0 -23,7	0,0
--------------------------	-----	---	---------------------	------------

Weggefallen

Erläuterungen:

Zentralisierung der Miet und Bewirtschaftungskosten im Finanzministerium

526 63 (TG 63)	042	Kosten für externe Beratung	5,0 40,2	40,0
--------------------------	-----	------------------------------------	--------------------	-------------

527 63 (TG 63)	042	Dienstreisen	10,0 29,2	25,0
--------------------------	-----	---------------------	---------------------	-------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 527 63

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	20.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	5.000
Summe		25.000

547 63 (TG 63)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1,0 0,0	75,0
634 63 (TG 63)	042	Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	0,0 1.000,8	1.813,0
711 63 (TG 63)	042	Bauliche Maßnahmen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	109,0 4.669,3	0,0
812 63 (TG 63)	042	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	3.103,6 5.270,9	4.699,6
Die Einnahmen aus der Erstattung der nichtpolizeilichen BOS für den Abruf von Leistungen bei der BDBOS durch die "Autorisierte Stelle SH" fließen diesem Ausgabetitel zu.				
919 63 (TG 63)	851	Zuführung an die Rücklage "Digitalfunk"	0,0 0,0	0,0

Summe der Titelgruppe 63

9.831,6
21.394,0

64 Fahndung, Ermittlung, Einsatz

459 64 (TG 64)	042	Bewegungsgeld	17,0 13,7	22,0
--------------------------	-----	----------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Beamtinnen und Beamte im Rahmen von Ermittlungen.

511 64 (TG 64)	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.290,0 1.353,4	1.583,5
--------------------------	-----	--	---------------------------	----------------

177,0 T€ übertragen von 0410 - 511 01

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	58.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Telekommunikationsüberwachung	
4.1	Gebühren und Leitungskosten	1.040.000
4.2	Wartung und Unterhaltung	375.000
6.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	98.500
7.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0
8.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
9.	Unterhaltung von Geräten	0
10.	Sonstiges	12.000
Summe		1.583.500

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

527 64 (TG 64)	042	Dienstreisen	160,0 155,2	239,0
--------------------------	-----	---------------------	-----------------------	--------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 527 64

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	199.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	40.000
Summe		239.000

534 64	042	Personen- und Zeugenschutz, Fahndung	175,0	237,5
(TG 64)			316,6	

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zeugenschutzmaßnahmen im Rahmen des Zeugenschutzharmonisierungsgesetzes (ZSHG) vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3510), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S 122).

		2014 EUR
1.	Personenschutzmaßnahmen	42.500
2.	Zeugenschutzmaßnahmen	25.000
3.	Fahndung	170.000
Summe		237.500

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeskriminalamtes im Rahmen von Personen- und Zeugenschutzmaßnahmen sowie verdeckten Ermittlungen wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründeter Unterlagen verzichtet werden.

547 64	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	610,0	835,0
(TG 64)			742,7	

Es dürfen zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener bis zu 40.903 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Kosten und Gebühren	460.000
2.	Kosten aus Anlass von Einsätzen	249.000
3.	Kaufgeld	38.000
4.	Geldzuwendungen an Dritte	35.000
5.	Sonstige Fahndungskosten	53.000
Summe		835.000

Veranschlagt sind Kosten u.a. für Mieten, Sicherstellung von Kfz., Gutachten im Ermittlungsdienst, Dolmetscher, Leichensachen, Auslobungen, Einsatzkosten für Hubschrauber und für den Schiffsmeldedienst.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

Summe der Titelgruppe 64	2.252,0	2.917,0
	2.581,6	

66 Rat für Kriminalitätsverhütung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Erläuterungen:

Der Rat für Kriminalitätsverhütung hat die Aufgabe, die Entwicklung der Kriminalität und ihre Bedingungen zu analysieren und zu erörtern, die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen zu beraten und ihr entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu vermitteln. Er soll Initiativen zur Kriminalitätsprävention anregen, unterstützen und auswerten.

Um diese umfassenden Aufgaben erfüllen zu können, führt er alle diejenigen Fachleute und Akteure zusammen, deren Erkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung von Präventionskonzepten nutzbar zu machen sind bzw. die zu deren Umsetzung beitragen können. Den organisatorischen Rahmen dazu bilden die Kommission, die Geschäftsführung und die Arbeitsgruppen. Bis auf die Geschäftsführung ist die Tätigkeit der Ratsmitglieder ehrenamtlich.

Durch den Rat für Kriminalitätsverhütung werden Kriminalitätsphänomene aufgegriffen und analysiert mit dem Ziel, kriminalpräventive Konzepte für Gebietskörperschaften, Institutionen und Einrichtungen zu erstellen. Darüber hinaus initiiert und unterstützt er die Gründung kriminalpräventiver Räte auf kommunaler Ebene. Eine fachliche Begleitung der bisher gegründeten lokalen Räte (über 90) findet statt. Die Initiierung weiterer lokaler Räte und Projekte ist beabsichtigt.

511 66 (TG 66)	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0 0,4	2,5
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Büromaterial			0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.			0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten			1.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten			0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten			0
7.	Unterhaltung von Geräten			0
8.	Sonstiges			1.000
Summe				2.500

525 66 (TG 66)	011	Aus- und Fortbildung	0,0 0,0	2,5
--------------------------	-----	-----------------------------	-------------------	------------

526 66 (TG 66)	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	5,0 0,4	5,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

527 66 (TG 66)	042	Dienstreisen für die Mitglieder des Rates	3,0 4,7	3,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten inkl. der Sitzungsgelder für die Mitglieder des Rates und der Geschäftsstelle.

531 66 (TG 66)	042	Öffentlichkeitsarbeit	37,0 42,5	27,0
--------------------------	-----	------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen über Aufgaben und Ziele des Rates. Ferner sind Veranstaltungen und die Erstellung von Broschüren zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender örtlicher Räte geplant. Dies gilt besonders für die Fortführung der erstellten Dokumentationsreihe, wie auch für die Informationen aus der Geschäftsführung und die Veröffentlichung von Konzepten. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.

533 66 (TG 66)	042	Kostenerstattung an soziale Einrichtungen im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms "Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung"	0,0 0,0	300,0
--------------------------	-----	--	-------------------	--------------

300 T€ übertragen von Titel 685 66 (TG 66).

534 66 (TG 66)	042	Veranstaltungen mit Verbänden und Vereinen	0,0 0,0	10,0
--------------------------	-----	---	-------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch der Kommission, Arbeitsgruppen und lokalen Räte. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
671 66 (TG 66)	042	Erstattungen im Rahmen des Bundesprogramms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.	0,0 249,3	0,0
684 66 (TG 66)	042	Zuschüsse für die Förderung von Projekten im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms "Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung" Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
685 66 (TG 66)	042	Zuschüsse für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus. 300 T€ übertragen nach Titel 533 66 (TG 66). Erläuterungen: Bezuschussung von Präventionsprojekten, die der Verhütung von Straftaten dienen und entweder vom Landesrat oder von kommunalen Räten für die Kriminalitätsverhütung durchgeführt werden. Gefördert werden daneben Maßnahmen und Projekte zur Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.	320,0 20,0	13,6
Summe der Titelgruppe 66			370,0 317,3	363,6
67 Katastrophenschutz				
422 67 (TG 67)	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten weggefallen	0,0 0,0	0,0
428 67 (TG 67)	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 4,6	0,0
511 67 (TG 67)	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände weggefallen	0,0 0,0	0,0
517 67 (TG 67)	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume weggefallen	0,0 0,0	0,0
525 67 (TG 67)	045	Aus- und Fortbildung weggefallen	0,0 0,0	0,0
526 67 (TG 67)	045	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten weggefallen	0,0 0,0	0,0
527 67 (TG 67)	045	Dienstreisen weggefallen	0,0 0,0	0,0
534 67 (TG 67)	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe weggefallen	0,0 0,0	0,0
536 67 (TG 67)	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz weggefallen	0,0 0,0	0,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
546 67 (TG 67)	045	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge weggefallen	0,0 0,0	0,0
633 67 (TG 67)	045	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastro- phenschutzes weggefallen	0,0 0,0	0,0
684 67 (TG 67)	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophen- schutz weggefallen	0,0 0,0	0,0
883 67 (TG 67)	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte weggefallen	0,0 0,0	0,0
919 67 (TG 67)	851	Zuführung an die Rücklage "Rückzahlung von Landeszuschüssen für Investitionen der Kreise und kreisfreien Städte" weggefallen	0,0 0,0	0,0
981 67 (TG 67)	891	Erstattung von Ausgaben für die Durchführung des Projektes SAFEC- OAST weggefallen	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 67			0,0 4,6	0,0
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition			
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 68 (TG 68) überschritten werden.				
Erläuterungen:				
In der Titelgruppe 68 werden die Ausgaben für die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition sowie von unkonventi- onellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) zentral veranschlagt.				
Gemäß § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) i. V. m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05. November 1957 (BGBl. I, S. 1747) und den VV Nr. 3 und 3.5 zur Durchführung des AKG erstatet der Bund den Ländern anteilig die Kosten für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel. (vgl. Tit. 231 68 (TG 68).				
428 68 (TG 68)	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Weggefallen	0,0 1.624,4	0,0
453 68 (TG 68)	045	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	12,0 0,0	14,0
511 68 (TG 68)	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	75,0 65,8	106,7

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	10.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	4.800
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.500
4.	Post- Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	9.800
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	33.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	34.500
7.	Unterhaltung von Geräten	10.600
8.	Sonstiges	1.500
Summe		106.700

514 68	045	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	121,0	135,0
(TG 68)			87,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	121.500
2.	Dienst- und Schutzkleidung	5.000
3.	Verbrauchsmittel	8.500
4.	Sonstiges	0
Summe		135.000

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2012	Soll 2013	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2012
1. Kraftfahrzeuge für			
1.1 Personenbeförderung			
1.1.1 PKW mit Fahrerinnen/ Fahrern	6	6	6
1.1.3 sonstige	2	2	2
1.2 Lastenbeförderung			
2. Spezialfahrzeuge	18	20	20
3. Anhänger	7	7	7
4. Kraffräder, Mopeds			
5. Wasserfahrzeuge			
5.1 Küstenboot			
5.2 Streckenboot			
5.3 Streifenboot			
5.4 Mobiles Streifenboot			
5.5 sonstige	3	3	3
Zusammen	36	38	38

Daneben werden vom Kampfmittelräumdienst noch diverse andere durch Verbrennungsmotoren betriebene Maschinen verwendet.

517 68	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	168,9	173,4
(TG 68)			126,8	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 517 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bewirtschaftung und Bewachung des Munitionszerlegebetriebes (MZB) in Groß Nordsee:

		2014 EUR
1.	Be- und Entwässerung, Müllabfuhr	7.200
2.	Kleinreparaturen	13.200
3.	Wartungsverträge	26.500
4.	Bewachung MZB	126.500
Summe		173.400

518 68	045	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1,5	1,5
(TG 68)			0,0	

525 68	045	Aus- und Fortbildung	25,0	29,0
(TG 68)			17,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KRД zur Lehrgangsteilnahme an der Sprengschule in Dresden und anderen Ausbildungsstätten.

527 68	045	Dienstreisen	23,0	42,0
(TG 68)			54,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	38.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	4.000
Summe		42.000

534 68	045	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)	284,0	321,7
(TG 68)			247,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind auch die Kosten für die Beseitigung von Fundmunition und Waffen einschl. NATO-Kampfmitteln durch die Außentruppe des Kampfmittelräumdienstes in Schleswig-Holstein und in den Küstengewässern, sowie für die Entwicklung und Beschaffung technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände.

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Vernichtung von Kampfmitteln und USBV	220.000
2.	Kampfmittelbergung und -beseitigung	45.000
3.	Bergung und Beseitigung von USBV	22.000
4.	Luftbildauswertung	34.700
Summe		321.700

535 68	045	Entschädigungsansprüche Dritter	5,0	5,0
(TG 68)			0,0	

536 68	045	Prämien für die Gruppen-Unfallversicherung	7,0	7,0
(TG 68)			7,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Jahresprämie für die tariflichvertraglich geregelte Gruppenunfallversicherung der Beschäftigten des KRД.

547 68	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	3,5	3,8
(TG 68)			0,0	

811 68	045	Erwerb von Fahrzeugen	30,0	50,0
(TG 68)			50,4	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 811 68

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffung eines VW T5 inkl. Innenausbau Werkstatt	50.000
Summe		50.000

812 68	045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	98,0	500,0
(TG 68)			290,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des IM an den Kosten für den Neubau eines Schiffes des MELUR ("Haithabu II"). Für den Munitionsräumdienst wird eine Arbeitsplattform für Taucher ergänzt.

Summe der Titelgruppe 68		853,9	1.389,1
		2.572,0	

69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 69	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.516,7	1.516,7
(TG 69)			1.351,3	

428 69	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	194,6	194,6
(TG 69)			200,2	

Summe der Titelgruppe 69		1.711,3	1.711,3
		1.551,5	

70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe G.

422 70	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 70)			46,6	

Weggefallen

Summe der Titelgruppe 70		0,0	0,0
		46,6	

71 Kriminaltechnik

Erläuterungen:

Aufgrund eines Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union (2009/905 /JI) vom 30. November 2009 sollen die kriminaltechnischen Kernbereiche DNA-Analysen und daktyloskopische Daten akkreditiert werden. Aufgrund der absehbaren Akkreditierung weiterer Felder der Kriminaltechnik werden die Ausgaben zu einer Titelgruppe zusammengefasst.

453 71	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen Aus- und Fortbildung	20,0	20,0
(TG 71)			17,6	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 453 71

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Ausbildung	0
2.	Fortbildung	20.000
Summe		20.000

511 71 042 **Beschaffung und Unterhaltung von kriminal- und fototechnischen** **352,0** **352,0**
(TG 71) **Geräten** **267,2**

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	69.000
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	88.000
3.	Unterhaltung von Geräten	195.000
4.	Sonstiges	0
Summe		352.000

514 71 042 **Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte (KT-Verbrauch)** **727,5** **727,5**
(TG 71) **491,1**

525 71 042 **Aus- und Fortbildung** **8,6** **8,6**
(TG 71) **4,0**

526 71 042 **Kosten für externe Beratung** **30,0** **30,0**
(TG 71) **0,3**

Erläuterungen:

Externe Beratung im Rahmen der laufenden Akkreditierungsverfahren im Bereich DNA-Analysen und Daktyloskopie sowie zukünftig vorgesehener Fachgebiete.

527 71 042 **Dienstreisen** **24,0** **24,0**
(TG 71) **13,1**

Erläuterungen:

		2014 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	20.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	4.000
Summe		24.000

533 71 042 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung von** **585,0** **625,0**
(TG 71) **molekulargenetischen Untersuchungen** **825,0**

535 71 042 **Kosten und Gebühren für das Akkreditierungsverfahren** **20,0** **20,0**
(TG 71) **4,4**

546 71 042 **Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten** **3,5** **3,5**
(TG 71) **0,0**

812 71 042 **Erwerb von kriminaltechnischen Geräten, Labor- und Büroausstattung** **692,0** **703,0**
(TG 71) **1.019,6**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2014

Neuverpflichtung insgesamt 650

Davon fällig Haushaltsjahr 2015 650

Davon fällig Haushaltsjahr 2016

Davon fällig Haushaltsjahr 2017

Davon fällig Haushaltsjahr 2018 ff

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
<hr/>				
Summe der Titelgruppe 71			2.462,6	2.513,6
			2.642,3	
<hr/>				
Summe der Ausgaben			361.879,9	371.347,5
			390.352,8	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	14.236,0 15.421,1	15.174,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.718,0 3.084,2	5.183,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	3.010,0 22,9	4.254,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 14.390,0	0,0
Gesamteinnahmen			20.964,0 32.918,2	24.611,0
41 - 49		Personalausgaben	304.082,4 325.268,7	307.248,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	34.048,2 38.390,4	32.247,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.141,0 5.586,4	5.407,6
71 - 79		Baumaßnahmen	109,0 4.669,3	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	19.499,3 16.294,1	26.444,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 143,9	0,0
Gesamtausgaben			361.879,9 390.352,8	371.347,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-340.915,9 -357.434,6	-346.736,5

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 04 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Ausgaben

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen.

Bewilligung und Auszahlung der Darlehen und Zuschüsse für die Wohnraum- und Städtebauförderung erfolgen durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein, der die Mittel zur Auszahlung zugeführt werden.

Einnahmen

119 02	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Landesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	5,0 0,0	5,0
		Erläuterungen:		
		Zweckentfremdet eingesetzte Landesmittel sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an das Land abzuführen.		
119 03	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 631 01.		
161 01	411	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Derzeit erhält das Land keine Zinsen aus dem von der Investitionsbank Schleswig-Holstein geführten Bankkonto für Treuhandmittel.		
162 01	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	0,3 0,3	0,2
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 01.		
162 02	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	2,0 3,2	0,8
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 02.		
162 03	411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	10,0 12,5	8,6
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 03.		
162 04	411	Zinseinnahmen aus der Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,1 0,0	0,1
		Erläuterungen:		
		Vgl. Titel 182 04.		
182 01	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	14,2 14,8	13,9
		Erläuterungen:		
		Am 31.12.2012 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 376.700,02 €		
182 02	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	59,8 80,6	39,8
		Erläuterungen:		
		Am 31.12.2012 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 211.301,48 €		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
182 03	411	Rückflüsse aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	6,2 60,0	5,6
		Erläuterungen: Am 31.12.2012 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 293.346,44 €		
182 04	411	Rückflüsse aus Darlehen zur Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,5 0,5	0,5
		Erläuterungen: Am 31.12.2012 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 1.446,34 €		
231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	26.500,0 26.610,9	23.500,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 681 02.		
231 02	233	Erstattung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch den Bund	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 681 01.		
03 Wohnraumförderung				
331 30 (MG 03)	411	Kompensationsleistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	12.620,0 12.620,0	12.620,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 884 30 (MG 03).		
Summe der Maßnahmegruppe 03			12.620,0 12.620,0	12.620,0
04 Städtebauförderung				
233 01 (MG 04)	423	Rückzahlung von Bundesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 2.465,4	0,0
		Erläuterungen: Rückzahlung vorausgezahlter Fördermittel für die Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen aufgrund von Zwischen- und Schlussabrechnungen einschließlich z.B. Rückziehungen von Fördermitteln und Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Ausgleichsbeträgen sowie Zinsen für nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Mitteleinsatz (Zweckentfremdungszinsen). Vgl. Titel 883 15 (MG 04).		
233 02 (MG 04)	423	Rückzahlung von Landesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 2.672,2	0,0
		Erläuterungen: Siehe Titel 233 01 (MG 04). Vgl. Titel 883 16 (MG 04).		
331 13 (MG 04)	423	Finanzhilfen des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
331 15 (MG 04)	423	Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	11.982,0 11.921,0	11.410,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 15 (MG 04).		
331 20 (MG 04)	423	Zuweisungen für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0 0,0	0,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	

T€

noch zu 331 20

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Vgl. Titel 883 20 (MG 04).

Summe der Maßnahmegruppe 04

11.982,0

11.410,0

17.058,6

Summe der Einnahmen

51.200,1

47.604,5

56.461,4

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	816,7 743,1	766,7
		50,0 T€ übertragen nach 428 01.		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.		
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	620,0 657,6	670,0
		50,0 T€ übertragen von 422 01.		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.		
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	50,0 57,7	50,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für folgende Gutachten im Rahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung, insbesondere im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung:		
		1. Ermittlung von Basisdaten zur nachhaltigen Wohnraumversorgung und Analyse zum Wohnungsmarkt i. R. der Offensive für bezahlbares Wohnen (z. B. kleinräumige Bevölkerungs- und Haushaltsdaten, Mietendaten, Monitoring)		
		2. Vorbereitung der Gesamtdokumentation des Programmes "Sanierung und Entwicklung" zum Programmabschluss		
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	25,0 15,0	25,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Mittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen.		
631 01	411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Zweckentfremdet eingesetzte Bundesfinanzhilfen sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an den Bund abzuführen.		
671 01	233	Erstattung von Verwaltungskosten an die Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung	6,5 0,0	4,0
		Erläuterungen:		
		Nach § 38 Nr. 3 Wohngeldgesetz (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610), i. V. m. § 22 Abs. 3 Wohngeldverordnung vom 19. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2722), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2654), sind der Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung die im Rahmen der Durchführung des automatisierten Datenabgleichs im Wohngeldverfahren entstehenden Verwaltungskosten durch die Länder zu erstatten.		
671 02	419	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	51,0 51,0	51,0
		Erläuterungen:		
		Die Abwicklung der Wohngelderstattung wurde per Vertrag an die Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen. Dazu gehören die Erstattungen an die Wohngeldbehörden und die hälftigen Erstattungsabrechnungen mit dem Bund.		
681 01	233	Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Im Rahmen der Umsetzung des am 14. Juli 2005 in Kraft getretenen Neunten Gesetzes zur Änderung des WoGG vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 2026) ist eine Überprüfung der Ansprüche von Heimbewohnern auf Heizkostenzuschuss erforderlich geworden. Der Bund übernimmt die nachzuzahlenden Heizkostenzuschüsse.		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
681 02	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	53.000,0	47.000,0
			53.221,9	
		§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2014 findet keine Anwendung.		
		Erläuterungen:		
		Das Wohngeld wird aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610), geleistet. Das Land führt die mit dem Wohngeld zusammenhängenden Aufgaben im Auftrage des Bundes durch (Art. 104 a Abs. 3, Art. 85 GG, § 32 Wohngeldgesetz - WoGG). Die Aufgaben hat das Land durch das Gesetz zur Durchführung des Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. April 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 126), auf die kommunalen Wohngeldbehörden übertragen, die auch das Wohngeld an die Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen auszahlen. Das von den Wohngeldbehörden verauslagte Wohngeld wird vom Land erstattet. Die Hälfte der auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Wohngeldleistungen wird nach § 32 WoGG durch den Bund erstattet (vgl. Titel 231 01).		
03		Wohnraumförderung		
		Erläuterungen:		
		Die soziale Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein wird durch ein- oder mehrjährige Wohnraumförderungsprogramme gewährleistet und erfolgt durch die Vergabe von Zuwendungen, die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein an die Empfänger ausgezahlt werden. Die Bereitstellung der Zuwendungsmittel, Zinsen und Geldbeschaffungskosten zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung.		
		Den Ländern stehen nach Art. 143 c GG i. V. m. § 1 Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 5. September 2006, BGBl. I S. 2098), zuletzt geändert durch Art. 4 des Aufbauhilfegesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401) von 2014 bis 2019 Kompensationsleistungen des Bundes zu, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes nach dem Zweites Wohnungsbaugesetz und dem Wohnraumförderungsgesetz sowie zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind (siehe Titel 884 30).		
661 30	411	Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme	0,0	0,0
(MG 03)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten werden aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung getragen. Das Land zahlt daher zurzeit für ein Programmvolumen von 90 Mio. € keine Zinszuschüsse an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB).		
		Durch die Abgabe einer "Garantieerklärung" für die im jeweils abgelaufenen Programmjahr ausgereichten bzw. entstehenden Darlehen ergibt sich eine Entlastung des Landeshaushalts durch Verminderung der notwendigen Einstellungen in den Fonds für Zinsausgleich. Eine Garantieerklärung wurde erstmals 1996 für die ab 1. Januar 1995 entstandenen Darlehen ausgegeben. Nach § 18 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2014 darf das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Bewilligung von Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung der IB die Übernahme der bei der IB entstehenden Darlehensforderungen zum Nennwert bis zur Höhe von weiteren 90 Mio. € nach Verrechnung von Tilgungen zusagen.		
		Nach der Ertragsrechnung der Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der IB kann die Tilgung wie bisher aus der Zweckrücklage erbracht werden.		
884 30	411	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Kompensationsleistungen des Bundes	12.620,0	12.620,0
(MG 03)			12.620,0	
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 30 (MG 03) geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Die Mittel werden gemäß § 10 Abs. 1 Investitionsbankgesetz vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), in die Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen.		
Summe der Maßnahmegruppe 03			12.620,0	12.620,0
			12.620,0	

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Die Förderung städtebaulicher Maßnahmen hat folgende Ziele:

1. Funktionsstärkung und Aufwertung von Innenstädten und Ortsteilzentren
2. Soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie städtebauliche Entwicklung in Problemgebieten
3. Zukunftssichernder Stadtumbau insbesondere durch die Entwicklung und Wiedernutzung innerstädtischer Flächen
4. Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne mit denkmalwerter Bausubstanz
5. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden in dünn besiedelten ländlichen Räumen.

Die Förderung erfolgt im Rahmen von Bund-Länder-Programmen, Landesprogrammen und EU-Programmen (EFRE, ESF).

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Bund-Länder-Programme (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunaler Anteil) beruht auf Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen. Die veranschlagten Haushaltsmittel enthalten die finanzielle Abwicklung der Städtebauförderungsprogramme mit den Fälligkeiten 2014.

633 04 (MG 04)	423	Zinszuschüsse an Sonstige (IB-Fonds Städtebauförderung)	0,0	0,0
		weggefallen	0,0	
633 41 (MG 04)	692	Zuweisungen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.	0,0	
685 41 (MG 04)	692	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.	0,0	
883 13 (MG 04)	423	Zuschüsse des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0	0,0
		weggefallen	0,0	
883 14 (MG 04)	423	Zuschüsse des Landes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0	0,0
		weggefallen	0,0	
883 15 (MG 04)	423	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	11.982,0	11.410,0
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	14.386,4	
		2014		
		Neuverpflichtung insgesamt	10.260	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2015	2.700	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2016	3.240	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2017	2.700	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2018 ff	1.620	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 15 (MG 04), darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 01 (MG 04) geleistet werden.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 883 15

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2014 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2013 stellt sich wie folgt dar:

		2014 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	8.208.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2013	2.662.000
Summe		10.870.000

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	1.830.000	0	0	0	1.830.000
2011	3.304.000	1.981.000	0	0	5.285.000
2012	3.074.000	2.561.000	1.535.000	0	7.170.000
2013	2.662.000	3.208.000	2.672.000	1.604.000	10.146.000
2014	540.000	2.700.000	3.240.000	4.320.000	10.800.000
2015		550.000	2.750.000	7.700.000	11.000.000
2016			560.000	10.640.000	11.200.000
2017				11.400.000	11.400.000
	11.410.000	11.000.000	10.757.000	35.664.000	68.831.000

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	163.000	0	0	0	163.000
2011	527.000	315.000	0	0	842.000
2012	191.000	174.000	81.000	0	446.000
	881.000	489.000	81.000	0	1.451.000

Soziale Stadt

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	468.000	0	0	0	468.000
2011	236.000	142.000	0	0	378.000
2012	398.000	317.000	214.000	0	929.000
2013	332.000	401.000	333.000	200.000	1.266.000
2014	70.000	350.000	420.000	560.000	1.400.000
2015		70.000	350.000	980.000	1.400.000
2016			70.000	1.330.000	1.400.000
2017				1.400.000	1.400.000
	1.504.000	1.280.000	1.387.000	4.470.000	8.641.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	605.200	0	0	0	605.200
2011	1.465.000	879.000	0	0	2.344.000
2012	854.000	711.000	427.000	0	1.992.000
2013	826.000	995.000	829.000	497.000	3.147.000
2014	165.000	825.000	990.000	1.320.000	3.300.000
2015		170.000	850.000	2.380.000	3.400.000
2016			170.000	3.230.000	3.400.000
2017				3.500.000	3.500.000
	3.915.200	3.580.000	3.266.000	10.927.000	21.688.200

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 883 15

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	320.800	0	0	0	320.800
2011	565.000	338.000	0	0	903.000
2012	699.000	583.000	348.000	0	1.630.000
2013	765.000	921.000	768.000	461.000	2.915.000
2014	155.000	775.000	930.000	1.240.000	3.100.000
2015		155.000	775.000	2.170.000	3.100.000
2016			160.000	3.040.000	3.200.000
2017				3.200.000	3.200.000
	2.504.800	2.772.000	2.981.000	10.111.000	18.368.800

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2.014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	190.000	0	0	0	190.000
2011	241.000	145.000	0	0	386.000
2012	605.000	504.000	302.000	0	1.411.000
2013	320.000	386.000	321.000	193.000	1.220.000
2014	65.000	325.000	390.000	520.000	1.300.000
2015		65.000	325.000	910.000	1.300.000
2016			65.000	1.235.000	1.300.000
2017				1.300.000	1.300.000
	1.421.000	1.425.000	1.403.000	4.158.000	8.407.000

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	83.000	0	0	0	83.000
2011	270.000	162.000	0	0	432.000
2012	327.000	272.000	163.000	0	762.000
2013	419.000	505.000	421.000	253.000	1.598.000
2014	85.000	425.000	510.000	680.000	1.700.000
2015		90000	450.000	1.260.000	1.800.000
2016			95.000	1.805.000	1.900.000
2017				2.000.000	2.000.000
	1.184.000	1.454.000	1.639.000	5.998.000	10.275.000

883 16 423 **Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme** **10.812,4** **10.812,4**
(MG 04) 15.345,7

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2014
Neuverpflichtung insgesamt	10.415
Davon fällig Haushaltsjahr 2015	6.215
Davon fällig Haushaltsjahr 2016	2.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2017	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2018 ff	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Belastung des Haushaltsjahres 2014 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2013 stellt sich wie folgt dar:

	2014
	EUR
1. In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	7.926.600
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2013	2.500.000
Summe	10.426.600

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 883 16

Die finanzielle Abwicklung der einzelnen Programme über mehrere Programmjahre ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Die erste Tabelle ist eine Zusammenfassung aller Programme. Aus ihr ergeben sich der Gesamtansatz und die Verpflichtungsermächtigungen.

Programmjahr (alle Programme)	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	1.954.000	0	0	0	1.954.000
2011	2.200.000	2.200.000	0	0	4.400.000
2012	3.772.600	2.200.000	2.200.000	0	8.172.600
2013	2.500.000	2.918.300	2.600.000	2.600.000	10.618.300
2014	385.800	6.214.200	2.200.000	2.000.000	10.800.000
2015		2.000.000	6.600.000	2.400.000	11.000.000
2016			1.900.000	9.300.000	11.200.000
2017				11.400.000	11.400.000
	10.812.400	15.532.500	15.500.000	27.700.000	69.544.900

Die Programme im Einzelnen:

Sanierung und Entwicklung

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	254.000	0	0	0	254.000
2011	300.000	310.000	0	0	610.000
2012	550.000	350.000	300.000	0	1.200.000
	1.104.000	660.000	300.000	0	2.064.000

Soziale Stadt

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	600.000	0	0	0	600.000
2011	250.000	142.000	0	0	392.000
2012	400.000	300.000	200.000	0	900.000
2013	400.000	623.000	152.000	156.000	1.331.000
2014	385.800	814.200	100.000	100.000	1.400.000
2015		200.000	700.000	500.000	1.400.000
2016			600.000	800.000	1.400.000
2017				1.400.000	1.400.000
	2.035.800	2.079.200	1.752.000	2.956.000	8.823.000

Stadtumbau West

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	600.000	0	0	0	600.000
2011	676.000	933.790	0	0	1.609.790
2012	1.200.000	400.000	800.000	0	2.400.000
2013	800.000	800.000	855.000	854.000	3.309.000
2014	0	2.000.000	700.000	600.000	3.300.000
2015		600.000	2.000.000	800.000	3.400.000
2016			900.000	2.500.000	3.400.000
2017				3.500.000	3.500.000
	3.276.000	4.733.790	5.255.000	8.254.000	21.518.790

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 883 16

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	400.000	0	0	0	400.000
2011	334.000	240.210	0	0	574.210
2012	1.072.600	500.000	550.000	0	2.122.600
2013	500.000	666.000	950.000	950.000	3.066.000
2014	0	2.000.000	600.000	500.000	3.100.000
2015		1.000.000	1.700.000	400.000	3.100.000
2016			200.000	3.000.000	3.200.000
2017				3.200.000	3.200.000
	2.306.600	4.406.210	4.000.000	8.050.000	18.762.810

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	100.000	0	0	0	100.000
2011	440.000	412.000	0	0	852.000
2012	350.000	300.000	150.000	0	800.000
2013	300.000	300.000	343.000	340.000	1.283.000
2014	0	600.000	300.000	400.000	1.300.000
2015		100.000	1.000.000	200.000	1.300.000
2016			100.000	1.200.000	1.300.000
2017				1.300.000	1.300.000
	1.190.000	1.712.000	1.893.000	3.440.000	8.235.000

Kleinere Städte und Gemeinden

Programmjahr	2014	2015	2016	2017 ff	Summe
2010	0	0	0	0	0
2011	200.000	162.000	0	0	362.000
2012	200.000	350.000	200.000	0	750.000
2013	500.000	529.300	300.000	300.000	1.629.300
2014	0	800.000	500.000	400.000	1.700.000
2015		100.000	1.200.000	500.000	1.800.000
2016			100.000	1.800.000	1.900.000
2017				2.000.000	2.000.000
	900.000	1.941.300	2.300.000	5.000.000	10.141.300

883 20 423 **Zuweisungen für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes** **0,0** **0,0**
(MG 04)

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 20 (MG 04) geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund fördert die Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarfe des Bundes überprüft werden sollen. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt).

883 41 692 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft** **0,0** **0,0**
(MG 04)

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

891 41 692 **Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft** **0,0** **0,0**
(MG 04)

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
894 41 (MG 04)	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0
Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt . Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.			0,0	
Summe der Maßnahmegruppe 04			22.794,4	22.222,4
			29.732,1	
Summe der Ausgaben			89.983,6	83.409,1
			97.098,4	

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	98,1 171,9	74,5
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	26.500,0 31.748,5	23.500,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	24.602,0 24.541,0	24.030,0
Gesamteinnahmen			51.200,1 56.461,4	47.604,5
41 - 49		Personalausgaben	1.436,7 1.400,7	1.436,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	75,0 72,7	75,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	53.057,5 53.272,9	47.055,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.414,4 42.352,1	34.842,4
Gesamtausgaben			89.983,6 97.098,4	83.409,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-38.783,5 -40.637,0	-35.804,6

04 Innenministerium
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2014

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2014		900,5	3.369,3			4.269,8
		2013		636,0	3.571,3			4.207,3
04 02	Sport	2014				80,0	6.860,0	6.940,0
		2013				60,0	6.860,0	6.920,0
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation	2014		9.512,5	270,0			9.782,5
		2013		9.482,5	160,0			9.642,5
04 05	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz	2014		136,0	1.042,4		13.171,8	14.350,2
		2013		146,0	1.207,4		119,8	1.473,2
04 07	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten	2014		262,0				262,0
		2013		262,0				262,0
04 10	Polizei	2014		15.174,0	5.183,0	4.254,0		24.611,0
		2013		14.236,0	3.718,0	3.010,0		20.964,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2014		74,5	23.500,0	24.030,0		47.604,5
		2013		98,1	26.500,0	24.602,0		51.200,1
	Summe Haushalt	2014		26.059,5	33.364,7	28.364,0	20.031,8	107.820,0
	Summe Haushalt	2013		24.860,6	35.156,7	27.672,0	6.979,8	94.669,1
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+1.198,9	-1.792,0	+692,0	+13.052,0	+13.150,9

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
39.705,0	6.380,9		7.937,2		86,6		54.109,7	2014	04 01
39.288,2	6.410,8		8.190,8		37,0		53.926,8	2013	
66,9			6.860,0		80,0		7.006,9	2014	04 02
66,9			6.860,0		60,0		6.986,9	2013	
22.845,8	1.075,0		15,0		267,0		24.202,8	2014	04 03
22.669,8	1.154,0		15,0		267,0		24.105,8	2013	
2.304,5	993,0	400,0	4.461,8		8.995,5		17.154,8	2014	04 05
2.304,5	1.029,5	400,0	4.567,7		9.338,2		17.639,9	2013	
2.096,0	3.728,0		44.980,0		2.000,0		52.804,0	2014	04 07
2.096,0	3.460,0		29.477,5		85,0		35.118,5	2013	
307.248,4	32.247,5		5.407,6		26.444,0		371.347,5	2014	04 10
304.082,4	34.048,2		4.141,0	109,0	19.499,3		361.879,9	2013	
1.436,7	75,0		47.055,0		34.842,4		83.409,1	2014	04 16
1.436,7	75,0		53.057,5		35.414,4		89.983,6	2013	
375.703,3	44.499,4	400,0	116.716,6		72.715,5		610.034,8	2014	
371.944,5	46.177,5	400,0	106.309,5	109,0	64.700,9		589.641,4	2013	
+3.758,8	-1.678,1	0,0	+10.407,1	-109,0	+8.014,6	0,0	+20.393,4		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2014							-502.214,8		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2013							-494.972,3		

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2014

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.
		T€					
04 10	Polizei	1.350,0	1.350,0				
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	20.675,0	8.915,0	5.440,0	4.700,0	1.620,0	
	Summe des Einzelplans	22.025,0	10.265,0	5.440,0	4.700,0	1.620,0	

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
63	Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums	2014 2013		0,0 0,0				0,0 0,0
04 05	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2014 2013		0,0 0,0	452,9 477,4			452,9 477,4
63	Katastrophenschutz	2014 2013		25,0 25,0				25,0 25,0
65	Havariekommando	2014 2013			499,5 490,0		121,8 119,8	621,3 609,8
04 07	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2014 2013		10,0 10,0				10,0 10,0
03	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2014 2013		250,0 250,0	0,0 0,0			250,0 250,0
65	Landesamt für Aus- länderangelegenheiten Schles- wig-Holstein	2014 2013		2,0 2,0				2,0 2,0
04 10	Polizei							
63	Digitalfunk	2014 2013		5,0 5,0	2.970,0 1.909,0	4.254,0 3.010,0	0,0 0,0	7.229,0 4.919,0
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition	2014 2013		280,0 297,0	400,0 400,0			680,0 697,0
71	Kriminaltechnik	2014 2013		5,0 5,0				5,0 5,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2014 2013				12.620,0 12.620,0		12.620,0 12.620,0
04	Städtebauförderung	2014 2013			0,0 0,0	11.410,0 11.982,0		11.410,0 11.982,0
	Summe Haushalt	2014		577,0	4.322,4	28.284,0	121,8	33.305,2
	Summe Haushalt	2013		589,0	3.276,4	27.612,0	119,8	31.597,2

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzierungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

07 Statistik

2014				5.602,8				0,0	5.602,8
2013				5.945,9				0,0	5.945,9

61 Modernisierung der Verwaltung

2014		27,3							27,3
2013		27,3							27,3

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2014	1.918,0	525,4		681,6					3.125,0
2013	1.313,0	457,3		580,0					2.350,3

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

2014	2.246,8	731,0				50,0			3.027,8
2013	2.496,8	686,0				0,0			3.182,8

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2014	29,2			20,0					49,2
2013	59,2			20,0					79,2

70 Outputorientierte Personalkosten (Zentrales IT-Management SH)

2014	0,0								0,0
2013	0,0								0,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung

2014	0,0	276,0				15,0			291,0
2013	0,0	276,0				15,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2014						80,0			80,0
2013						60,0			60,0

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

69 Outputorientierte Personalkosten

2014	255,5								255,5
2013	255,5								255,5

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2014		110,0	400,0	1.887,9		7.733,1			10.131,0
2013		130,0	400,0	1.872,9		8.418,2			10.821,1

62 Schiffsbrandbekämpfung

2014		24,0		923,9		38,4			986,3
2013		33,0		1.246,3		0,0			1.279,3

63 Katastrophenschutz

2014		187,0		586,5		784,0			1.557,5
2013		186,0		598,5		800,0			1.584,5

65 Havariekommando

2014				713,5					713,5
2013				700,0					700,0

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
	69	Outputorientierte Personalkosten							
	2014	901,9							901,9
	2013	901,9							901,9
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten								
	02	Integration von Migrantinnen und Migranten							
	2014		2,0		2.200,0				2.202,0
	2013		4,5		2.012,5				2.017,0
	03	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten							
	2014		3.605,0		42.780,0		2.000,0		48.385,0
	2013		3.355,0		27.465,0		45,0		30.865,0
	65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein							
	2014	1.280,0	93,5				0,0		1.373,5
	2013	1.430,0	100,5				40,0		1.570,5
	69	Outputorientierte Personalkosten							
	2014	816,0							816,0
	2013	666,0							666,0
04 10	Polizei								
	62	Polizei-Bigband							
	2014	949,7	11,2						960,9
	2013	979,7	11,2						990,9
	63	Digitalfunk							
	2014		2.666,0		1.813,0	0,0	4.699,6	0,0	9.178,6
	2013		6.619,0		0,0	109,0	3.103,6	0,0	9.831,6
	64	Fahndung, Ermittlung, Einsatz							
	2014	22,0	2.895,0						2.917,0
	2013	17,0	2.235,0						2.252,0
	66	Rat für Kriminalitätsverhütung							
	2014		350,0		13,6				363,6
	2013		50,0		320,0				370,0
	68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition							
	2014	14,0	825,1				550,0		1.389,1
	2013	12,0	713,9				128,0		853,9
	69	Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)							
	2014	1.711,3							1.711,3
	2013	1.711,3							1.711,3
	71	Kriminaltechnik							
	2014	20,0	1.790,6				703,0		2.513,6
	2013	20,0	1.750,6				692,0		2.462,6
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen								
	03	Wohnraumförderung							
	2014				0,0		12.620,0		12.620,0
	2013				0,0		12.620,0		12.620,0
	04	Städtebauförderung							
	2014				0,0		22.222,4		22.222,4
	2013				0,0		22.794,4		22.794,4
Summe	2014	10.164,4	14.119,1	400,0	57.222,8	0,0	51.495,5	0,0	133.401,8

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG									
Bezeichnung									
- T€ -									
Summe	2013	9.862,4	16.635,3	400,0	40.761,1	109,0	48.716,2	0,0	116.484,0

Anlage zum Kapitel 0401

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Statistik

Ländervergleich Statistik**Ausgaben für den Aufgabenbereich Statistik**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2011	Einwohner am 31.12.2011	Ausgaben je Einwohner
Brandenburg	29	2.453.180	11,70 €
Hamburg ¹	18	1.718.187	10,39 €
Thüringen	22	2.181.603	10,22 €
Sachsen	26	4.054.182	6,29 €
Saarland ²	7	997.855	7,45 €
Bremen ³	9	652.182	14,38 €
Rheinland-Pfalz	25	3.990.033	6,27 €
Sachsen-Anhalt	21	2.276.736	9,24 €
Schleswig-Holstein	26	2.802.266	9,44 €
Berlin ⁴	29	3.326.002	8,75 €
Hessen	45	5.993.771	7,58 €
Bayern	109	12.443.372	8,78 €
Nordrhein-Westfalen	189	17.544.938	10,79 €
Baden-Württemberg	63	10.512.441	5,99 €
Niedersachsen	20	7.774.253	2,52 €
Mecklenburg-Vorpommern	9	1.606.899	5,72 €
Flächenländer West	485	62.058.929	7,80 €
Deutschland	648	80.327.900	8,10 €

Quellen

Die Ausgaben für den Aufgabenbereich Statistik wurden aus den Haushaltsrechnungen und Haushaltsplänen der Länder ermittelt. In den Ausgaben sind auch die Länderanteile am EU-weiten Zensus 2011 enthalten.

¹ Haushaltsplan 2013/2014; Ist 2011. Jahresergebnis Produkt Zuschuss an das Statistikamt Nord.

² Haushaltsrechnung 2011; Betriebsergebnis (Finanz- und Erfolgsrechnung).

³ Haushaltsrechnung 2011; Kapitel 0036 Statistisches Landesamt

⁴ Haushaltsplan 2011; Haushaltsansatz.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Erschienen am 31.05.2013.

Methodische Hinweise

Die einwohnerbezogenen Kennzahlen sind nur begrenzt aussagefähig, da die Statistikämter der Länder neben der Durchführung der Bundesstatistik unterschiedliche Aufgaben nach den jeweils geltenden Landesstatistikgesetzen wahrnehmen. Zudem ist das Zusammenwirken der Landesstatistik mit der Kommunalstatistik und die Verrechnung der hier anfallenden Aufwendungen in den Bundesländern nicht einheitlich geregelt. Bei einem Vergleich der Ausgaben können bevölkerungsreiche Länder geringere, Bundesländer mit geringeren Bevölkerungszahlen höhere Ausgaben für die Landesstatistik pro Einwohner aufweisen. Dies ist zum einen auf größere Fallzahlen und den damit verbundenen geringeren Fixkosten pro Erhebung zurückzuführen, zum anderen müssen auch kleinere Statistische Landesämter die im Verbund der Landesämter erforderliche Infrastruktur vorhalten.

Auch die Ausgaben für den EU-weiten Zensus 2011 beeinflussen die Vergleichbarkeit der einwohnerbezogenen Kennzahlen.

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: **Förderung des außerschulischen Sports**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Aufgrund des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 1. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 64) sind von den Zweckabgaben, nach Erfüllung der anderen sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen, acht Prozent, mindestens 7 Mio. Euro für die Förderung des Sports zu verwenden. Davon sind 90 Prozent für den Landessportverband, acht Prozent für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und zwei Prozent für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports bestimmt. Über die Verwendung dieser Mittel befinden die zuständigen Ministerien.</p> <p>Das Innenministerium hat die Richtlinie über die Förderung des Sports in Schleswig-Holstein (Sportförderrichtlinie) vom 12. Februar 2013 (Amtsblatt Schl.-H. S. 123) erlassen.</p> <p>Diese Richtlinie regelt die Vergabe der Fördermittel für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports durch das Innenministerium, soweit sie nicht für strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in Schleswig-Holstein eingesetzt werden. Durch die Zuwendungen des Innenministeriums sollen Einrichtungen, Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung und Weiterentwicklung eines landesweiten, vielfältigen und sozialverträglichen Sportangebotes gefördert werden.</p> <p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH • Breitensport (vorrangig Kinder und Jugendliche) • Förderung von Sportprojekten/Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Maßnahmen gegen Doping im Sport • Integration durch Sport • Kommunale Sport(stätten)entwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport • Fußball-Fan-Projekte • Partnerschulen des Leistungssports. 			
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>				
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen (Anzahl Bescheide)</p>			<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen • Mitgliederzahl im LSV Davon: Erwachsene Jugendliche (bis 18J.) • Anzahl der Vereine im LSV 	<p>2012 (Ist)</p> <p>1</p> <p>805.574</p> <p>518.938</p> <p>286.636</p> <p>2.697</p>	<p>2013 (Plan)</p> <p>1</p>	<p>2014 (Plan)</p> <p>1</p>	<p>Ordnungsgemäße Antragsabwicklung</p>

<p>Anzahl der Zuwendungsbescheide</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Sportprojekten/ Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Anti Doping Maßnahmen • Integration durch Sport • Sportstättenentwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Wettbewerb Sportfreundliche Kommune • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH • Breitensport (vorrangig Kinder und Jugendliche) siehe Sportprojekte • Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport • Fußball-Fan-Projekte • Partnerschulen des Leistungssports 	<p>20</p> <p>6</p> <p>18</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>35</p> <p>2</p> <p>1</p> <p>1</p> <p>1</p> <p>1</p>	<p>20</p> <p>6</p> <p>20</p> <p>1</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>35</p> <p>entfällt</p> <p>1</p> <p>5</p> <p>2</p> <p>2</p>	<p>20</p> <p>6</p> <p>20</p> <p>1</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>30</p> <p>entfällt</p> <p>1</p> <p>5</p> <p>2</p> <p>3</p>	
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Kommunen, gemeinnützige Sportvereine und -verbände die in SH ansässig sind, sowie deutsche Sportvereine in Nordschleswig, wenn sie gleichzeitig auch Träger der Maßnahme sind und gemeinnützige Verbände und Vereine.</p>			
<p>Vereinbarungszeitraum</p>	<p>2014</p>			
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0402</p>			
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 1. Februar 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 64); Richtlinie über die Förderung des Sports in Schleswig-Holstein (Sportförderrichtlinie) vom 1. Februar 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 160) zuletzt geändert am 12. Februar 2013 (Amtsbl. Schl. H. S. 123).</p>			
<p>Zeitplan / Meilensteine</p>	<p>Die Bewilligungen erfolgen für die Projekte aus den jährlich vorhandenen Haushaltsmitteln.</p>			
<p>Berichtswesen</p>	<p>Nicht vorgesehen.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Vermessung und Geoinformation

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ist es die Aufgabe der <u>Landesvermessung</u> die geodätischen Grundlagen für eine allgemeine Landesaufnahme, für das Liegenschaftskataster und für andere Vermessungen zu schaffen und zu erhalten, das gesamte Landesgebiet aufzunehmen und die Ergebnisse in Karten und digitalen Modellen darzustellen. Die digitalen Modelle müssen als Basis für geographische Informationssysteme geeignet sein. Die Landesvermessung hat insbesondere die Belange von Planung, Rechtsverkehr, Verteidigung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen.</p> <p>Nach dem o.g. Gesetz sind im <u>Liegenschaftskataster</u> die Flurstücke und Gebäude (Liegenschaften) für das Landesgebiet nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern. Das Liegenschaftskataster muss geeignet sein, als amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung zu dienen, es muss die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nachweisen.</p> <p>Auf der Grundlage des Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) nimmt die Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (Kst. GDI-SH) Aufgaben im Bereich <u>Geoinformation</u> wahr. Dazu zählen die Koordinierung der Ausführung der Beschlüsse des Lenkungsgremiums Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (LG GDI-SH) und die operativen Aufgaben beim Ausbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (GDI-SH).</p> <p>Zuständig für die Landesvermessung, Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sowie Geoinformation ist das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (LVermGeo SH).</p> <p>Es ist 2011 auf der Grundlage des Konzeptes „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ aus den 8 Katasterämtern und dem Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein hervorgegangen. Die abschließenden Maßnahmen zur <u>Reorganisation</u> der Vermessungs- und Katasterverwaltung sollen 2017 erfolgen.</p> <p><u>Landesvermessung</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. Die geodätischen Grundlagen umfassen die Herstellung, Erhaltung und Erneuerung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Einrichtung und Unterhaltung von Referenzstationen eines Satellitenpositionierungsdienstes zur Realisierung des Raumbezuges.2. Die Landesaufnahme umfasst die regelmäßige Aufnahme aller topographischen Veränderungen sowie die Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS®).3. Das Landesgebiet in Karten und digitalen Modellen darzustellen bedeutet die Bearbeitung und Herausgabe von topographischen Landeskartenwerken sowie die Bereitstellung von Produkten auf der Basis von ATKIS®.4. In einer IT-Leitstelle werden alle IT-Belange der Vermessungs- und Katasterverwaltung betreut. Das umfasst die Beschaffung, Installation und Pflege der Hardware und Netze sowie die Beschaffung, Entwicklung, Pflege und Schulung von Anwendersoftware.
---	--

Liegenschaftskataster

1. Als Grundlage für die Fortführung des Liegenschaftskatasters werden auf Grund von Anträgen Vermessungen (Teilungen, Gebäudeeinemessungen, Grenzherstellungen, etc.) durchgeführt, deren Ergebnisse dann in das Liegenschaftskataster übernommen werden.
2. Das LVermGeo SH hat die Nachweise des Liegenschaftskatasters vorzuhalten um jedem daraus Auskünfte und analoge oder digitale Auszüge erteilen zu können.
3. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters müssen auch die Ergebnisse der Vermessungen der anderen Vermessungsstellen (beigebrachte Vermessungen) in die Nachweise des Liegenschaftskatasters übernommen werden.
4. Nach Abschluss von Flurbereinigungen ist das Liegenschaftskataster neu aufzustellen, da der Flurbereinigungsplan, sobald er rechtskräftig geworden ist, das Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke ersetzt.
5. Um den Anforderungen der Nutzer an ein Geobasisinformationssystem gerecht zu werden und um den Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, einen schnellen, unkomplizierten und zeitgemäßen Vertriebsweg zu nutzen, wurden die bisher getrennt geführten Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) und der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in 2011 in einem System, dem Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS[®]), zusammengeführt. Daten, die nicht automatisiert in das ALKIS[®]-Modell überführt werden konnten, müssen durch Nachmigrationen überführt werden.

Geoinformation

Mit Inkrafttreten des GDIG hat sich die Aufgabe des ressortübergreifenden Geodatenmanagements im LVermGeo SH erweitert und eine formale Grundlage bekommen. Die Bereitstellung und Verwendung der Geobasisdaten ist in diesem Zusammenhang über die Nutzung der fachneutralen Kernkomponenten geregelt. Damit ist eine wesentliche Grundlage für die GDI-SH in Form von einheitlichen Geobasisdaten gelegt. Die Aufgaben werden im Rahmen von Servicestellen wahrgenommen. Erweitert hat sich die Zuständigkeit des LVermGeo SH als Kst. GDI-SH, die für Land und Kommunen als zentrale Kontaktstelle für die Datenbereitstellung gemäß der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft - INSPIRE - fungiert. Über die INSPIRE-Initiative sind künftig Geodaten aus 34 Annexthemen standardisiert bereitzustellen. Neben den eigenen Geobasisdaten sind auch Fachdaten von Land und Kommunen als Dienste anzubieten. Da über INSPIRE ein eigenes Datenmodell gesetzlich verpflichtend eingebracht worden ist, sind landesweit die betroffenen Geodaten aufzubereiten und in Form von Diensten bereitzustellen. Mit Beschluss 2013-1 des LG GDI-SH vom 13.01.2013 ist das Konzept Zielarchitektur Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein angenommen worden. Die GDI wird nunmehr auf dieser Basis ausgebaut und wird INSPIRE-relevante Geodaten standardisiert und zentral bereitstellen. Vorhandene GDI-Bausteine für die Präsentation (DigitalerAtlasNord - DANord) und der Recherche von Daten (Metadatenrecherche über das schleswig-holsteinische Metainformationssystem - SH-MIS) werden integriert. Dem Geoserver kommt hierbei die zentrale Funktion als Daten- und Dienstzugriffsstelle für Geobasisdaten zu.

Reorganisation

Die zentrale Zusammenfassung der Aufgaben der Vermessungs- und Katasterverwaltung erforderte die organisatorische Bündelung der Aufgaben der acht Katasterämter und des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein in einer Landesbehörde. Abgeleitet von notwendigen Grundgrößen der Behördenteile an einzelnen Standorten sieht das Konzept vor, dass es nach Abschluss der Reorganisation neben der zentralen Stelle in Kiel an vier weiteren Standorten im Land Dienststellen geben soll.

	<p>Strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen. ➤ Schutz des Eigentums an Grund und Boden. ➤ Aufgabenerfüllung auf der Grundlage moderner und betriebswirtschaftlich optimaler Arbeitsprozesse (Satellitenvermessung, Laserscan-Erfassung, digitale Orthophotos, automatische Modell- und Kartographische Generalisierung, zentrale Photogrammetrie und Datenanalyse, Kst. GDI-SH und IT-Leitstelle). ➤ Reorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung.
--	---

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Landesvermessung</u>	Kennzahlen/Indikatoren für			Qualitäten / Bürgerorientierung
	Mengen			
	2012 (Ist)	2013 (Plan)	2014 (Plan)	
Grundlagenvermessung				
- Pflege geodätisches Grundnetz	49	49	49	<p>Das geodätische Grundnetz bildet zusammen mit den Höhen- und Schwere-netzen 1. Ordnung die Basis und Langzeitsicherung für den Raumbezug und den Satellitenpositionierungsdienst.</p> <p>Der amtliche Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS®) wird für ganz Deutschland von den in der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) organisierten Vermessungsverwaltungen der Bundesländer und den Fachbehörden mit Vermessungsaufgaben der Bundesministerien für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, des Innern und der Verteidigung im Rahmen ihres hoheitlichen Auftrags betrieben. Er bildet mit seinen Referenzstationssystemen eine geodätische Grundinfrastruktur für den Raumbezug im Zentrum Europas. Eine hohe Verfügbarkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Einsatz des SAPOS® und die dadurch</p>
- Positionierungsdienst	99,9	100	100	

		möglich werdende Einschränkung der Pflege und Erhaltung sowie des trigonometrischen Netzes als auch des Höhenfestpunktnetzes.
--	--	---

<p>Topographische Landesaufnahme</p> <p>Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS®)</p>	Fläche in km ²			<p>Durch die Umstellung auf das AFIS®-ALKIS®-ATKIS® (AAA)-Modell konnte die periodische Aktualisierung nicht in vollem Umfang erbracht werden. Der in der periodischen Aktualität geforderte 5-jährige Zyklus wird voraussichtlich in 2013 wieder erreicht werden. Die Spitzenaktualität ist für die gesamte Landesfläche gewährleistet.</p> <p>Die DOP bilden einen wesentlichen Bestandteil aktueller Geobasisdaten. Intern dienen sie im Wesentlichen zur Aktualisierung des Basis-DLM. Sie sind im 3-jährigen Zyklus fortzuführen. Der Bildflug wird in Kooperation mit dem MELUR durchgeführt.</p> <p>Das auf Laserscan-Befliegung basierende DGM ist mit Hilfe der digitalen Photogrammetrie zu aktualisieren, Bruchkanten sind festzulegen und an das Basis-DLM anzupassen. Um die Arbeitsleistung zu gewährleisten, sind weitere Entwicklungen und Softwaremodule erforderlich. Die geplante Aktualisierung von 6000 km² konnte aufgrund knapper Personalressourcen nicht realisiert werden.</p> <p>Zur Vorhaltung eines aktuellen großmaßstäbigen topographischen Kartenwerks 1:5000 (DTK5) ist die jährliche Bearbeitung der Landesfläche erforderlich. Die Daten des Basis-DLM werden dabei durch weitere aus ALKIS® ergänzt (Flurstücke, Gebäude).</p>	
	- ATKIS® - Digitales Landschaftsmodell 1:5.000 (Basis-DLM)	9.444	9.000		9.000
	- ATKIS® - Digitales Orthophoto (DOP)	6.764	7.000		7.000
	- ATKIS® - Digitales Gelände-Modell (DGM)	2.253	6.000		6.000
	- ATKIS® - Digitale Topographische Karte 1:5.000 (DTK5), 4359 Stück	16.000	16.000		16.000

		Die DTK5 wird aus diesen beiden Datensätzen jährlich, landesweit, vollautomatisiert abgeleitet.
--	--	---

Kartenwerke und digitale Modelle	Kartenblätter			Aufgrund der Priorität der Digitalen Topographischen Karte 1:100.000 (DTK100), um den vereinbarungsgemäß festgelegten Bedarf der Bundeswehr bis Ende 2011 zu erfüllen, wurde diese landesweit im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt) auf der Grundlage des ATKIS® Basis-DLM neu erstellt. Im Rahmen dieses AdV-Projektes sollen in 2013 und 2014 zunächst die DTK50, und parallel dazu von 2014 bis 2015 die DTK25 neu erstellt werden. Aufgrund von knappen Personalressourcen verzögert sich die Neuerstellung. Aktuell kann der 5-jährige Fortführungszyklus der DTK25 und DTK50 nicht eingehalten werden. Aufgrund des höheren Automationsgrades bei der Modell- und kartographischen Generalisierung kann ab 2015 der Fortführungszyklus für diese drei DTK-Produkte voraussichtlich wieder erreicht werden.
- Topographische Karte 1: 100.000 (TK100), 17 Stück	0	0	0	
- Topographische Karte 1: 50.000 (TK50), 54 Stück	0	36	18	
- Topographische Karte 1:25.000 (TK25), 177 Stück	0	35	71	
- Kreis- und Freizeitkarten	4	4	4	Die Kreiskarten und die flächendeckend geführten Freizeitkarten sind im Rahmen des Verwaltungsbedarfs und im Interesse des Tourismusbereichs zu aktualisieren.
		Fläche in km ²		
- ATKIS®-Internetkarte	27.000	27.000	27.000	Die für Online-Dienste erstellten Internetkarten sind jährlich landesweit auf der Grundlage des ATKIS® Basis-DLM zu aktualisieren. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Online-Dienste bzw. des DANord.

<p>IT-Leitstelle</p>	<p>Hard- und Softwareausstattung werden laufend ersetzt, jeweils 120 PCs im Jahr. Ergänzungsbeschaffung von Flachbildschirmen für das AAA-Projekt:</p> <table border="1" data-bbox="590 448 973 560"> <thead> <tr> <th colspan="3">Anzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>40</td> <td>100</td> <td>100</td> </tr> </tbody> </table> <p>Migration des Infrastruktursystems von IKOTECH III auf „+1“ in 2012 und 2013.</p> <p>2013: Migration der ESRI-Basissoftware auf Version 10 und der Fachsoftware von AED-SICAD auf Version 6.3.</p> <p>2013: Einrichtung eines Anfangsbetriebes eines zentralen Digitalen Archives für Vermessungsschriften bei Dataport.</p> <p>Umzug mit den zentralen Komponenten des AAA-Verfahrens in das neue Dataport ZaBI-Rechenzentrum in 2014.</p>	Anzahl			40	100	100	<p>Die in Kooperation mit weiteren Bundesländern entwickelten Softwarekomponenten zur Führung der Daten des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV sind unerlässlich zur einheitlichen Datenhaltung der amtlichen Geodaten des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung. Mit dem AAA-Projekt wird das Ziel verfolgt, bessere, einheitliche Produkte und eine stärkere Verwendung der Geobasisdaten zu erreichen.</p> <p>Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei fachlichen IT-Maßnahmen unterstreicht die Notwendigkeit einer IT-Leitstelle innerhalb des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein.</p>
Anzahl								
40	100	100						

	Kennzahlen/Indikatoren für			
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich <u>Liegenschaftskataster</u>	Mengen			Qualitäten / Bürgerorientierung
	2012 (Ist)	2013 (Plan)	2014 (Plan)	
<p>Zeitnahe Durchführung von Vermessungen und Aktualisierung der Nachweise (Fortführung des Liegenschaftskatasters)</p> <p>Produkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eigene Zerlegungen - eigene Gebäudeeinzelmessungen - eigene Grenzherstellungen - eigene langgestreckte Anlagen 	<p>Anzahl der Auftragseingänge (Antragszahlen) je Produkt p.a.</p>			<p>Ordnungsgemäße und kundengemäße Auftragsabwicklung.</p>
	651	650	600	
	3.907	4.000	3.500	
	204	180	170	
	8 km	8 km	8 km	

- beigebrachte Zerlegungen	3.420	3.400	3.400	
- beigebrachte Gebäudeeinmessungen	10.201	9.500	9.500	
- beigebrachte Grenzherstellungen	1.150	1.200	1.200	
- beigebrachte langgestreckte Anlagen	41 km	40 km	40 km	
- Katasterbenutzungen	45.492	44.000	43.000	Seit 2010 können auch Kommunen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure über den Geoserver amtliche Auszüge erteilen.
- Erneuerungsarbeiten	<p>Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach Flurbereinigungen.</p> <p>Insgesamt ist das Liegenschaftskataster noch für eine Fläche von ca. 59.000 ha neu aufzustellen (Stand 31.12.2012).</p> <p>Ist 2011: 7.000 ha Ist 2012: 4.000 ha</p> <p>In den Jahren 2013 bis 2014 soll jeweils das Liegenschaftskataster für eine Fläche von 10.000 ha neu aufgestellt werden.</p> <p>Dies ist auch Aufgabe für die Folgejahre.</p> <p style="text-align: center;">Fläche in km²</p>			<p>Flurbereinigerungsverfahren verursachen umfangreiche Arbeiten, in der Regel sind sie mit Neuvermessungen der Verfahrensgebiete verbunden. Nach Abschluss der Flurbereinigungsschlussvermessungen ist das Liegenschaftskataster zu erneuern, um den Belangen der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem gerecht zu werden.</p>
- Photogrammetrie	10	100	100	Zentral werden die Katasterabteilungen in ihrer Aufgabe zur Flurbereinigungsschlussvermessung durch Einsatz der Photogrammetrie und durch eine Methode der intensiven mathematischen Datenanalyse unterstützt.
- Koordinatenbestimmung	1,5	20	30	
- Analyseverfahren	4,6	20	30	
- Topographische Erfassung von Gebäuden	1.503	1.500	1.500	Durch die Bereitstellung topographisch erfasster Gebäudedaten wird ein wichtiger Beitrag zur Vollständigkeit und Aktualität der Gebäude im Liegenschaftskataster geleistet. Die Vervollständigung der Adressdaten ist ein wesentliches Qualitätskriterium des Liegenschaftskatasters.

<p>- Nachmigration</p>	<p>Folgearbeiten nach dem Umstieg auf das bundeseinheitliche System ALKIS®.</p> <p>Bei der Migration der Altdaten konnten ca. 11.000 Objekte nicht automatisch umgesetzt werden. Diese Migrationsobjekte sind in 2012 und 2013 händisch zu überführen. Um dem Anspruch an ein Informationssystem gerecht zu werden, sind Informationen nach zu erfassen bzw. zu ergänzen. Parallel dazu ist der Datenbestand einer ständigen Qualitätskontrolle zu unterziehen.</p>	<p>Das ALKIS®-Konzept ist Bestandteil des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV und ist unerlässlich zur Schaffung eines einheitlichen amtlichen Geodatenbestands der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters, der Topographie und der Landesvermessung. Mit ALKIS® werden mehrere Ziele verfolgt, die letztlich zu besseren Produkten und einer stärkeren Kundenorientierung führen sollen.</p>
<p>- Qualitätssicherung</p>	<p>Start eines Pilotverfahrens in 2013 zur integrativen Aktualisierung der tatsächlichen Nutzung auf Grundlage von Luft- und Fernerkundungsdaten.</p>	<p>Die digitale Führung der Daten soll die Originale ersetzen und gleichzeitig als Gebrauchsarchiv dienen. Durch die Digitalisierung werden die bis zu 125 Jahre in Gebrauch befindlichen Dokumente vor dem Verfall bewahrt.</p>
<p>- Digitalisierung</p>	<p>Aufbau des Digitalen Archivs</p> <p>Die Katasterabteilungen führen umfangreiche Vermessungsunterlagen in analoger Form. Diese bestehen aus Papier und Folien in unterschiedlichen Formaten und Qualitäten. Zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten im täglichen Gebrauch, zur Sicherung neuer Dokumente, zur Realisierung eines multiplen Zugriffs und zum Erhalt des Bestandes wird dieses Archiv auf digitale Führung umgestellt.</p>	<p>In absehbarer Zukunft soll für die Vermessungsstellen nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ein Online-Zugriff auf die Vermessungsunterlagen möglich sein.</p>

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung im Bereich Geoinformation	Kennzahlen/Indikatoren für	Qualitäten / Bürgerorientierung
<p>Geoportal als Baustein der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein</p>	<p>1. Geoserver (Internetvertriebssystem) Nutzungswege:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Shop, 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus dem Liegenschaftskataster (ALKIS) 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 5. Geo-Webdienste <p><i>Plan 2013: Fertigstellung des digitalen (Geo)datenvertriebs</i></p> <p>2. SH-MIS: Bereitstellung von Metadaten für die GDI-SH und INSPIRE</p>	<p>Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten und Geodatendienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung vertrieben und bereitgestellt. Der Geoserver ist eine wesentliche Grundlage der Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein und Bestandteil der E-Government-Strategie des Landes</p>

	<p>3. DANord: Präsentation von Geodaten</p> <p>4. INSPIRE-Datenbereitstellung: Daten- und Dienstebereitstellung von INSPIRE betroffenen Geodaten</p> <p><i>Plan 2011-2017: Aufbau Zielarchitektur</i></p>	<p>Schleswig-Holstein. Im Rahmen des GDIG ist ein Geoportal aufgebaut worden, über das Daten recherchiert (SH-MIS), präsentiert (DANord, ein Kooperationsprojekt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg mit Beteiligung der Kommunen) und bereitgestellt (Geoserver, INSPIRE-Komponente) werden können.</p>
--	---	--

	Kennzahlen/Indikatoren für	Qualitäten / Bürgerorientierung
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung bei der <u>Reorganisation</u>		
Zusammenlegung räumlich getrennter Abteilungen	<p>Zusammenlegung der Standorte</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Abteilung 4 in Lübeck, - der Abteilung 6 in Husum und - der Abteilung 7 in Elmshorn. 	<p>Geeignete schlankere Strukturen öffentlicher Verwaltung zu schaffen, Bürokratie abzubauen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, Effizienzpotentiale zu heben, vorhandene Ressourcen sparsam einzusetzen und eine konsequente Bürgerorientierung zu verwirklichen.</p>

	Wirtschaftlichkeit / Kosten	Fachliche Zielerreichung
Analyse und Optimierung sowie Standardisierung der internen Arbeitsabläufe zur Auftragsabwicklung (insbesondere) in den Marktleistungsbereichen zur Reduzierung der Produktkosten (Benchmarking zwischen den Katasterabteilungen).	<p>Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens.</p> <p>In Folge des Umstiegs auf das Verfahren ALKIS® in 2011 und der Einarbeitung in 2012 wurden anders als in den Vorjahren die eigenen Vermessungen nicht kostendeckend durchgeführt.</p> <p>Für die Jahre 2013-2014 soll weiterhin eine Kostendeckung von 100% erzielt werden.</p>	<p>Optimierung der Leistungserstellung bei mindestens gleichbleibend hoher Qualität.</p>
Externe Zielgruppen	<p>Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft</p>	
Vereinbarungszeitraum	<p>2013 bis 2014</p>	

<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0403 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind ab dem HH-Jahr 2013 anstatt im Kapitel 1103 im Kapitel 1402 nachgewiesen.</p>
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 782). Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 717), geändert durch Gesetz vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89, 94). Landesverordnung zur Durchführung des Vermessungs- und Katastergesetzes vom 12. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 312). Landesverordnung zum Lenkungsgremium und zur Koordinierungsstelle Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein (Lenkungs- und Koordinierungsverordnung zur GDI-SH - GDILenkVO) vom 14. Februar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 288). Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermGebVO) vom 6. November 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 716).</p> <p>Entgeltordnung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (VermEgO) vom 1. Januar 2013. Konzept „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ vom 20.04.2010.</p>
<p>Zeitplan / Meilensteine</p>	<p>SAPOS®: - 100 % Verfügbarkeit in 2013 und 2014.</p> <p>ATKIS®: - Einhaltung des 5-Jahres-Zyklus in 2013 und 2014.</p> <p>IT-Leitstelle: - Abschluss der Plus1-Migration in 2013</p> <p>Erneuerungsarbeiten: - Für die Flurbereinigungsverfahren (Stand 31.12.2012), für die die Schlussvermessungen durchgeführt werden können, soll das Liegenschaftskataster in den nächsten 8 Jahren neu aufgestellt werden.</p> <p>Geoserver: - Fertigstellung wesentlicher Bausteine in 2013.</p> <p>Zusammenlegung: - Abteilung 4 in 2013.</p>

Anlage zum Kapitel 0403

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich: Vermessung und Geoinformation

Ländervergleich Vermessung und Geoinformation

Ausgaben der Länder im Aufgabenbereich

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2010	Einwohner am 31.12.2010	Ausgaben je Einwohner
Sachsen-Anhalt	54	2.335.006	23,13 €
Hamburg	53	1.786.448	29,67 €
Rheinland-Pfalz	82	4.003.745	20,48 €
Thüringen	46	2.235.025	20,58 €
Hessen	104	6.067.021	17,14 €
Berlin	55	3.460.725	15,89 €
Niedersachsen	126	7.918.293	15,91 €
Bremen	11	660.706	16,65 €
Mecklenburg-Vorpommern	22	1.642.327	13,40 €
Bayern	142	12.538.696	11,32 €
Schleswig-Holstein	27	2.834.259	9,53 €
Sachsen	28	4.149.477	6,75 €
Brandenburg	25	2.503.273	9,99 €
Saarland	11	1.017.567	10,81 €
Baden-Württemberg	78	10.753.880	7,25 €
Nordrhein-Westfalen	26	17.845.154	1,46 €
Flächenländer West	596	62.978.615	9,46 €
Deutschland	886	81.751.602	10,84 €

Quellen

Ausgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Ergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8 (Bereinigte Ausgaben der Länder [Zeile 54] in den Funktionen 421 Kataster- und Vermessungsverwaltung & 422 Raumordnung und Landesplanung), Ausgabe 2010, erschienen am 06. 12. 2012.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2010, erschienen am 13. Februar 2012.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Feuerwehrwesen

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Das Globalziel ist die Sicherstellung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein. Das Feuerwehrwesen umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Bekämpfung von Bränden und den Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),• die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (Technische Hilfe),• die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz, Mitwirkung der Feuerwehren bei Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung),• die Mitwirkung im Katastrophenschutz. <p>Es ist ein besonderes Teilgebiet der Gefahrenabwehr, das den Gemeinden und Kreisen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe übertragen ist. Die Gemeinden halten öffentliche Feuerwehren vor, die Kreise überörtliche Einrichtungen.</p> <p>Zurzeit bestehen 4 Berufsfeuerwehren mit circa 740 Beamten und mehr als 1.370 freiwillige Feuerwehren mit circa 48.000 aktiven Mitgliedern. Den mehr als 425 Jugendfeuerwehren gehören circa 8.400 Jugendliche an. Weiter gibt es 27 Werkfeuerwehren mit mehr als 1.100 haupt- und nebenberuflichen Mitgliedern. Sie alle sind mit rund 2.000 Löschfahrzeugen und etwa 800 Spezialfahrzeugen ausgerüstet.</p> <p>Das Land fördert das Feuerwehrwesen. Seine Aufgaben sind im besonderen,</p> <ul style="list-style-type: none">• die Gemeinden und Kreise auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens zu unterstützen und zu beraten,• eine Landesfeuerweherschule zu unterhalten,• den Gemeinden und Kreisen für den abwehrenden Brandschutz und die Technische Hilfe Zuwendungen zu gewähren und• die Brandschutzforschung und -normung zu unterstützen. <p>Das vielfältige Einsatzspektrum der Feuerwehren und der sachgerechte Einsatz der vorhandenen Ausrüstung erfordert besonders von den aktiven Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren intensive Ausbildung und ständige Fortbildung in den Feuerwehren.</p> <p>Die Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein (LFS) mit Sitz in Harrislee ist eine nichtrechtsfähige Anstalt im Geschäftsbereich des Innenministeriums und bildet Fach- und insbesondere Führungskräfte in den Bereichen Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz aus. Sie konzipiert und unterstützt die Ausbildung auf Kreis- und Ortsebene. Es werden jährlich über 250 Lehrgänge für ca. 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (gerechnet auf Tagesbasis) angeboten. Alle Führungspositionen in den Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins haben als Voraussetzung eine oder mehrere Ausbildungen an der LFS.</p> <p>Weiterhin werden Angehörige der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren geschult. Ergänzt wird das Angebot durch Ausbildungsveranstaltungen für Dritte sowie durch zahlreiche Veranstaltungen wie Arbeitstreffen von Fachverbänden, Workshops zu ausgewählten Themen und Seminaren.</p> <p>Strategische Ziele:</p> <ol style="list-style-type: none">1) Erhalt und Fortentwicklung des flächendeckenden Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein2) Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen3) Führungsausbildung im Katastrophenschutz4) Unterstützung der Forschung und Normung im Bereich des Feuerwehrwesens.
---	--

Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2012 (Ist)	2013 (Plan)	2014 (Plan)		2012	2013	2014	2015
Lehrgangsteilnehmertage – freiwillige Feuerwehren	14.981	16.000	16.000					
Lehrgangsteilnehmertage – Berufsfeuerwehren	6.735	5.000	4.500					
Lehrgangsteilnehmertage – Katastrophenschutz	3.230	3.500	3.500					
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	2012 (Ist)	2013 (Plan)	2014 (Plan)		2012	2013	2014	2015
Kosten der LFS pro Einwohner (in €)	1,07	0,93	1,02					
Investitionsmittel pro Einwohner (in €)	3,40	2,95	2,85					
Investitionsmittel pro Feuerwehrangehöriger (in €)	163,04	141,62	136,45					
Unterstützung von Gremien und Verbänden pro Feuerwehrangehöriger (in €)	4,47	5,42	5,05					
Kosten der Forschung und Normung pro Feuerwehrangehöriger (in €)	0,46	0,64	0,46					
Externe Zielgruppen	Die Menschen in Schleswig-Holstein.							
Vereinbarungszeitraum	2014							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0405, 1204, 1220							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren, Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein, Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein.							
Zeitplan / Meilensteine	Daueraufgabe							
Berichtswesen	Jahresbericht der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.							

Anlage zum Kapitel 0407

**Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: Integration von Migrantinnen und Migranten (MG 02)**

<p>Globale Zielbeschreibung</p>	<p>Die Förderung des Integrationsprozesses von Migrantinnen und Migranten durch migrationspezifische Beratung ist eine wichtige Säule der Integrationsförderung und wurde im November 2011 vom Kabinett beschlossenen Aktionsplan Integration ausdrücklich hervorgehoben. Ihre Aufgabe ist es, den Integrationsprozess der Migranten und Migrantinnen mit Daueraufenthalt frühzeitig zu initiieren, zu steuern und zu begleiten insbesondere für Personen mit vorübergehendem Aufenthalt bietet sie Beratung in konkreten migrations-spezifischen Krisensituationen an. Schleswig-Holstein ergänzt damit die nicht flächen-deckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Beratungsangebote nach § 45 Aufenthaltsgesetz zu einem landesweiten wohnortnahe Angebot.</p> <p>Daneben stehen ab 2013 die Ziele des Aktionsplanes Integration im Fokus, d.h. die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit in den staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen sowie der Aufbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur. Hierzu werden Projekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Teilhabe gefördert.</p>			
<p>Maßnahmen und Kennziffern zur Zielerreichung</p>	<p>Mengenergebnisse</p>	<p>Qualitätskennzahl / - Indikator</p>	<p>Wirtschaftlichkeit / Kosten</p>	<p>fachliche Zielerreichung</p>
<p>Informationsveranstaltungen</p>	<p>2012</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2 Veranstaltungen ▪ 400Teilnehmer ▪ 5 Koordinierungsrunden bzw. Arbeitskreise 		<p>Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentlicher Diskurs integrationspolitischer Inhalte
<p>Integrationspreis</p>	<p>2012</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 2 Erste Preise 		<p>Breite Wirksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber geringen Gesamtkosten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Würdigung von Integrationsengagement
<p>Landesweite Beratungsprojekte / Projekte zum Aktionsplan Integration</p>	<p>2012</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 17 Veranstaltungen für Migrantinnen und Migranten ▪ 8 Veranstaltungen für Fachdienste ▪ 88 Schulungen für 157 Multiplikatoren (weitere 285 von diesen durchgeführte Veranstaltungen mit 1762Teilnehmern) 			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsvermittlung zur Ermöglichung von mehr Teilhabe ▪ Schulung von Multiplikatoren ▪ Bessere Zusammenarbeit an Schnittstellen
<p>Migrationssozialberatung</p>	<p>2012</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 28 Beratungsstellen mit 28,25 Personalstellen ▪ 4. Quartal 2012 3.283 Teilnehmer (58 % Frauen) ▪ 1.912 Migrantinnen und Migranten in der Beratung zur Integrationsförderung ▪ 1.371 Migrantinnen und Migranten in der Krisenberatung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landesweites bedarfsgerechtes Angebot an migrations-spezifischer Beratung ▪ 4. Quartal 2012 ▪ Ausgewählte Wirkungskennzahlen der Beratung zur Integrationsförderung: Sprachkursteilnahme 71 % Jobcenter-Übermittlung 78 % Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen 18 % 	<p>Geringere Kosten bei Trägern öffentlicher Leistungen durch Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt</p> <p>Geringere Folgekosten bei den Regeldiensten durch adäquate Inanspruchnahme</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Deckung des Beratungsbedarfs im Integrationsprozess und in migrations-spezifischen Bedarfslagen ▪ Bessere Zusammenarbeit an Schnittstellen

		Kita-Besuch der Kinder 91 % Elternbezogene Aktivitäten 84 % ■ Kennzahlen aus der Krisenberatung Fachdienst-Weiterleitung 74 % Fachdienst – Aufsuchen 81 %		
--	--	---	--	--

Position im Landeshaushalt	Einzelplan 04 Kapitel 0407			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Freiwillige Leistungen des Landes. - Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (Migrationssozialberatung) vom 10.01.2006, das in 2013 überarbeitet werden soll. - Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und Projekten zum Aktionsplan Integration vom 29. April 2013 (Amtsbl. Schl.-H. 2013, S.187), die zum 1. Januar 2013 rückwirkend in Kraft getreten und bis zum 31. Dezember 2015 befristet ist. - Wirkung und Erfolge der Migrationssozialberatung – Controllingkonzept – vom 3.12.2007 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 T€	Soll 2013 T€	SOLL 2014 T€
	Gesamteinnahmen	124,8	10,0	10,0
	Gesamtausgaben	1.490,4	2.017,0	2.022,0
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	2,3	4,5	2,0
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	1.488,1	2.012,5	2.020,0
	Saldo	- 1.365,6	- 2.007,0	- 2.012,0

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich:

Ausländer- und Integrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)

hier: Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten (MG 03)

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Weitestgehende Freihaltung der Kommunen von den Aufwendungen für dort untergebrachte Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zu diesem Zweck werden den Kreisen (auch für die Ämter und Gemeinden) und kreisfreien Städten die Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) leistungsberechtigten Personen entstehen, vom Land erstattet.					
Kennzahlen/Indikatoren für die Erstattung von Aufwendungen nach dem AsylbLG						
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen			Qualitäten / Bürgerorientierung		
Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	5.162	6.330	7.400			
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten			Fachliche Zielerreichung		
Durchschnittlicher Erstattungsaufwand des Landes je Leistungsempfänger und Jahr (in €)	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	4.700	5.000	5.130			
Erstattungsausgaben je 1000 Einwohner/innen (in €)	8.500	11.100	13.300			
Externe Zielgruppen	Landkreise und kreisfreie Städte					
Vereinbarungszeitraum	2014					
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 07 Maßnahmegruppe MG 03					
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	§ 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 43 der Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Art. 46 der Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 143), Verwaltungsvorschriften in Form des Erstattungserlasses vom 25.2.2004.					
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 T€	Soll 2013 T€	SOLL 2014 T€		
	Gesamteinnahmen	277,9	250,0	250,0		
	Gesamtausgaben	27.232,6	30.865,0	39.605,0		
	davon Sachausgaben inkl. Investitionen	3.005,4	3.400,0	3.530,0		
	Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	24.227,2	27.465,0	36.075,0		
	Saldo	- 26.954,7	- 30.615,0	- 39.355,0		

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (Kapitel 0407)
hier: Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein (TG 65)

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Ziele des Landesamtes sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Beschleunigung des asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrens sowie • die Beschleunigung der Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Personen. <p>Zu erstem Ziel gehören die Erstaufnahme- und Verteilverfahren folgender Personengruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asylbegehrende im Sinne von § 1 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), • unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer gemäß § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG), • Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Ehegattinnen und Ehegatten und Abkömmlinge, • Ausländerinnen und Ausländer, die nach § 22 AufenthG aufgenommen werden, • Ausländerinnen und Ausländer, die auf Grund einer Anordnung nach § 23 AufenthG einreisen und eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis erhalten, • Ausländerinnen und Ausländer, denen nach § 24 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. <p>Zu zweitem Ziel gehört, dass das Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) als landesweite Koordinierungsstelle für die Beschaffung von Heimreisedokumenten und die organisatorische Vorbereitung der Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützt. Die Konzentrierung der Rückkehrförderung beim LfA dient der Bündelung von fachspezifischem Know-how und damit der Beschleunigung der Ausreise von nicht-bleibeberechtigten Personen einschließlich der damit verbundenen Reduzierung der Landesausgaben.</p> <p>In der Titelgruppe 65 sind die Personalausgaben und die Verwaltungsausgaben für das LfA zentral veranschlagt.</p>			
Externe Zielgruppen	<p>Ausländer, Spätaussiedler, Ausländer-, Jugend- und Sozialbehörden der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, Bundespolizei und Landespolizei, Abschiebebehafteinrichtung</p>			
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	<p>Einzelplan 04 Kapitel 0407 Titelgruppe 65</p>			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<p>Das Land Schleswig-Holstein hat gem. § 44 AsylVfG und § 15a AufenthG Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende und unerlaubt eingereiste Ausländer vorzuhalten. Gem. § 1 i.V.m. § 3 Landesaufnahmegesetz (LAufnG) verantwortet für das Innenministerium das LfA die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung der genannten Personen, derzeit zusätzlich u.a. die von Spätaussiedler/innen und jüdischen Zuwander/innen. Die Landesbehörde ist gem. § 3 Abs. 2 u. 3 Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) zudem Ausländerbehörde für die in der Landesunterkunft Wohnverpflichteten. Die Verpflichtung für Asylsuchende, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, erwächst aus § 53 AsylVfG. Die Ausreisepflicht von nicht bleibeberechtigten Ausländern statuieren die §§ 50 ff AufenthG. Gem. § 4 AuslAufnVO ist das Landesamt Koordinierungsstelle für Abschiebungen.</p>			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 T€	SOLL 2013 T€	SOLL 2014 T€
Gesamteinnahmen		0,1	2,0	2,0
Gesamtausgaben		1.311,6	1.570,5	1.373,5
davon				
Personalausgaben		1.237,3	1.430,0	1.280,0
Sachausgaben inkl. Investitionen		74,3	140,5	93,5
Saldo		- 1.311,5	- 1.568,5	- 1.371,5

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die Polizei hat die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Ihr Handeln zielt dabei auf die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen ab.</p> <p>Die Landespolizei leistet für die Menschen in Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein vor Kriminalität, • den Schutz der Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs (Unfallhäufigkeit/Unfallfolgen), • die Steigerung der Lebensqualität durch Erhöhung der subjektiven Sicherheit (erlebbarer Raum von Freiheit, Sicherheit und Rechtsfrieden), • die Intensivierung der Bekämpfung des (islamistischen) Terrorismus und die Gewährleistung der Anti-Terror-Maßnahmen zur Verhütung entsprechender Anschläge. <p>Die wesentlichen Aufgaben der Polizei sind der weitestgehende Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Verkehrsunfällen mit Toten und Verletzten und schnelle Hilfeleistung bei Gefahren- und Notfälle. Eine effektive reaktive und präventive Kriminalitätsbekämpfung, eine offensive repressive und präventive Verkehrssicherheitsarbeit, die Vermittlung eines hohen Sicherheitsgefühls sowie eine schnelle Einsatzreaktionsfähigkeit sollen durch eine effiziente Polizeiorganisation gewährleistet werden.</p> <p>Für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden unter anderem folgende strategische Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bekämpfung des Terrorismus/Extremismus, ○ Bekämpfung der Organisierten und schweren Kriminalität (inkl. Rockerkriminalität), der Korruptions- und Wirtschaftskriminalität, ○ Bekämpfung der Sexualdelikte, der Kinderpornografie, ○ Bekämpfung der Cybercrime. • Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ Reduzierung der Verkehrsunfälle mit den Unfallursachen Alkohol, Medikamente und Drogen im Straßenverkehr sowie überhöhte Geschwindigkeit. ○ Reduzierung der Anzahl der verunglückten Radfahrer. • Im Bereich der Gefahrenabwehr: <ul style="list-style-type: none"> ○ Hohe Präsenz und schnelle Hilfeleistung bei Sofortlagen. ○ Gewährleistung der Fischereiaufsicht und der maritimen Terrorabwehr. 	
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>		
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz: Erstellung von Sicherheitskonzepten durch die Behörden der Landespolizei. Umsetzung der Sicher-</p>	<p>8 Sicherheitskonzepte</p>	<p>Die Nachstreifenkon-</p>

<p>heitskonzepte einschließlich der <u>Nachtstreifenkonzepte</u>.</p> <p>Gewährleistung der jederzeitigen Erreichbarkeit durch Polizeiruf 110.</p> <p>Sicherstellung der schnellen Verfügbarkeit von Polizeikräften vor Ort bei Kriminalitätsslagen.</p>		<p>zepte gewährleisten die schnelle Verfügbarkeit (in der Regel innerhalb von 10 min) von Polizeikräften bei Sofortlagen.</p>
--	--	---

<p>Besondere Projekte:</p> <p>Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und paralleler Aufbau von vier Regionalleitstellen</p> <p>Optimierung von Führungsprozessen durch systematische Nutzung der Instrumente Zielvereinbarung und Controlling</p> <p>Kontinuierliche Verbesserung zur Optimierung des Ressourceneinsatzes</p> <p>Akkreditierung Kriminaltechnik</p> <p>Rechen- und Dienstleistungszentrum TKÜ Polizei</p> <p>AG Kriminalitätsbekämpfung</p>	<table border="0"> <thead> <tr> <th data-bbox="424 712 595 745">Ist-Ausgaben</th> <th data-bbox="647 712 898 745">Geplante Ausgaben</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="424 775 643 804">2008: 15.068,0 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="424 806 643 835">2009: 37.789,7 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="424 837 643 866">2010: 36.964,6 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="424 869 643 898">2011: 28.729,1 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="424 900 643 929">2012: 23.394,0 T€</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td data-bbox="663 958 874 987">2013: 9.831,6 T€</td> </tr> <tr> <td></td> <td data-bbox="663 990 874 1019">2014: 5.747,6 T€</td> </tr> </tbody> </table>	Ist-Ausgaben	Geplante Ausgaben	2008: 15.068,0 T€		2009: 37.789,7 T€		2010: 36.964,6 T€		2011: 28.729,1 T€		2012: 23.394,0 T€			2013: 9.831,6 T€		2014: 5.747,6 T€	<p>Nutzung eines effektiven und institutionalisierten Controllings mit einem dazugehörigen Berichtswesen.</p> <p>Durchführung von jährlichen Controllinggesprächen vom Landespolizeiamt, ständiger Vertreter, mit den Stabsleitern der Polizeidirektionen und Behördenleitern mit den Dienststellenleitern.</p> <p>Initiierung und Durchführung von Maßnahmen im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation. Nutzung von Methoden des Prozessmanagements.</p> <p>EU-Vorgaben, zeitlich gestaffelt.</p> <p>Kooperation Norddeutschland.</p> <p>Umsetzung der AG-Empfehlungen, Anpassung der Organisation und Aufgaben in der Kriminalitätsbekämpfung.</p>
Ist-Ausgaben	Geplante Ausgaben																	
2008: 15.068,0 T€																		
2009: 37.789,7 T€																		
2010: 36.964,6 T€																		
2011: 28.729,1 T€																		
2012: 23.394,0 T€																		
	2013: 9.831,6 T€																	
	2014: 5.747,6 T€																	

Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Insbesondere: <ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG - i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243; ber. S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2012 (GVOBl. Schl.-H. Nr. 20 S. 749-752).▪ Strafprozessordnung (StPO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074; 1319), zuletzt geändert durch Artikel des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 89).▪ Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353).
Zeitplan/Meilensteine	Umsetzung des systematischen Zielvereinbarungsverfahrens ab 2009. Nutzung eines effektiven Controllings und Berichtswesens. Einführung des Digitalfunks bis Ende 2013. Akkreditierung Kriminaltechnik LKA: DNA bis 2013, Daktyloskopie bis 2015.
Berichtswesen	Controllingberichte

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei

Beschäftigte der Polizei (Polizeidichte)

Bundesland	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten am 30.06.2012	Einwohner am 31.12.2012	Polizeidichte je 100.000 Einw.
Berlin	22.461	3.375.222	665
Hamburg	9.373	1.734.272	540
Bremen	3.247	654.774	496
Brandenburg	8.813	2.449.511	360
Sachsen-Anhalt	8.158	2.259.393	361
Mecklenburg-Vorpommern	5.706	1.600.327	357
Saarland	3.347	994.287	337
Sachsen	13.606	4.050.204	336
Thüringen	7.269	2.170.460	335
Rheinland-Pfalz	11.716	3.990.278	294
Bayern	37.481	12.519.571	299
Hessen	17.636	6.016.481	293
Niedersachsen	22.705	7.778.995	292
Schleswig-Holstein	7.680	2.806.531	274
Baden-Württemberg	28.539	10.569.111	270
Nordrhein-Westfalen	47.364	17.554.329	270
Flächenländer West	176.468	62.229.583	284
Deutschland	255.101	80.523.746	317

Quellen

Beschäftigte:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 6 (Personal des öffentlichen Dienstes), Tabelle 4.2, Ausgabe 2012, erschienen am 18. Juli 2013.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung für 2012 auf Grundlage des Zensus 2011. Erschienen am 27.08.2013.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei**Personalausgaben je Beschäftigten**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2010	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten am 30.06.2010	Ausgaben je Beschäftigten
Berlin	878	22.288	39.393 €
Hessen	715	17.350	41.210 €
Nordrhein-Westfalen	1.956	46.422	42.135 €
Hamburg	382	9.134	41.822 €
Bayern	1.509	36.382	41.477 €
Baden-Württemberg	1.151	27.987	41.126 €
Niedersachsen	902	22.335	40.385 €
Bremen	128	3.164	40.455 €
Rheinland-Pfalz	503	11.713	42.944 €
Schleswig-Holstein	309	7.629	40.503 €
Sachsen	559	13.778	40.572 €
Sachsen-Anhalt	346	8.390	41.240 €
Mecklenburg-Vorpommern	254	5.825	43.605 €
Brandenburg	340	9.243	36.785 €
Thüringen	280	7.320	38.251 €
Saarland	132	3.410	38.710 €
Flächenländer West	7.177	173.228	41.431 €
Deutschland	10.343	252.369	40.984 €

QuellenAusgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8, Ausgabe 2010, Version vom 06. Dezember 2012

Beschäftigte:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 6 (Personal des öffentlichen Dienstes), Tabelle 4.2, Ausgabe 2010, Version vom 26. Juli 2011, korrigiert am 28. Juli 2011.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei**Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Aufgabenbereich Polizei**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2010	Einwohner am 31.12.2010	Ausgaben je Einwohner
Berlin	1.123	3.460.725	324,50 €
Hamburg	496	1.786.448	277,65 €
Bremen	154	660.706	233,08 €
Mecklenburg-Vorpommern	329	1.642.327	200,33 €
Sachsen-Anhalt	415	2.335.006	177,73 €
Brandenburg	437	2.503.273	174,57 €
Sachsen	883	4.149.477	212,80 €
Hessen	1.023	6.067.021	168,62 €
Thüringen	369	2.235.025	165,10 €
Bayern	1.888	12.538.696	150,57 €
Rheinland-Pfalz	639	4.003.745	159,60 €
Saarland	157	1.017.567	154,29 €
Niedersachsen	1.093	7.918.293	138,03 €
Nordrhein-Westfalen	2.482	17.845.154	139,09 €
Schleswig-Holstein	376	2.834.259	132,66 €
Baden-Württemberg	1.370	10.753.880	127,40 €
Flächenländer West	9.028	62.978.615	143,35 €
Deutschland	13.204	81.751.602	161,51 €

QuellenAusgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8 (Polizei - Bereinigte Ausgaben der Länder Lfd.Nr. 54), Ausgabe 2010, erschienen am 06. Dezember 2012.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt: Detaillierte Daten und lange Zeitreihen zur Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nach Bundesländern (Datenbank: GENESIS-Online). Stand: 19. 03. 2013.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen sowie Zahlungen zwischen den Ländern.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Polizei

Ländervergleich Polizei**Ausgaben der Bundesländer im Aufgabenbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Bundesland	Ausgaben Mio. € im Jahr 2010 (nur Länder)	Einwohner am 31.12.2010	Ausgaben je Einwohner (nur Länder)	<i>informatorisch:</i> Ausg. je Einw. inkl. Kommunen
Baden-Württemberg	1.454	10.753.880	135,21 €	211,64 €
Bayern	1.983	12.538.696	158,15 €	241,49 €
Berlin	1.556	3.460.725	449,62 €	449,62 €
Brandenburg	461	2.503.273	184,16 €	321,98 €
Bremen	232	660.706	351,14 €	351,14 €
Hamburg	673	1.786.448	376,73 €	376,73 €
Hessen	1.157	6.067.021	190,70 €	298,66 €
Mecklenburg-Vorpommern	340	1.642.327	207,02 €	334,28 €
Niedersachsen	1.151	7.918.293	145,36 €	257,13 €
Nordrhein-Westfalen	2.565	17.845.154	143,74 €	252,56 €
Rheinland-Pfalz	688	4.003.745	171,84 €	253,26 €
Saarland	182	1.017.567	178,86 €	253,55 €
Sachsen	938	4.149.477	226,05 €	354,26 €
Sachsen-Anhalt	434	2.335.006	185,87 €	319,49 €
Schleswig-Holstein	398	2.834.259	140,42 €	241,33 €
Thüringen	388	2.235.025	173,60 €	276,95 €
Flächenländer West	9.578	62.978.615	152,08 €	247,94 €
Deutschland	14.569	81.751.602	178,21 €	271,98 €

QuellenAusgaben:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 (Finanzen und Steuern), Reihe 3.1 (Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts), Tabelle 8 (Öffentliche Sicherheit: Bereinigte Ausgaben der Länder Lfd.Nr. 53 und 54; zur Information auch Ausgabensumme der Länder und Kommunen), Ausgabe 2010, erschienen am 06. Dezember 2012.

Einwohner:

Statistisches Bundesamt: Detaillierte Daten und lange Zeitreihen zur Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nach Bundesländern (Datenbank: GENESIS-Online). Stand: 19. 03. 2013.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen. Differenzen in den Summen durch Rundungen sowie Zahlungen zwischen den Ländern.

Anlage zum Kapitel 0410

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich

Polizei

Ländervergleich Polizei

Aufklärungsquote und Kriminalitätsverteilung 2012

Bundesland	Aufklärungsquote ¹⁾	Aufklärungsquote Mord & Totschlag	Häufigkeitszahl ²⁾
Thüringen	64,3%	100,0%	6.128
Bayern	63,2%	99,0%	4.969
Niedersachsen	61,0%	98,3%	6.974
Rheinland-Pfalz	60,2%	92,4%	6.861
Mecklenburg-Vorpommern	58,5%	97,6%	7.820
Baden-Württemberg	57,7%	94,0%	5.420
Hessen	58,8%	97,5%	6.541
Sachsen-Anhalt	57,4%	95,9%	8.021
Sachsen	55,4%	98,8%	7.083
Saarland	53,5%	95,7%	6.807
Brandenburg	53,3%	94,9%	7.896
Schleswig-Holstein	48,1%	96,6%	7.751
Nordrhein-Westfalen	49,1%	93,7%	8.470
Bremen	50,1%	96,9%	14.077
Berlin	44,7%	91,8%	14.286
Hamburg	43,1%	90,7%	12.812
Deutschland	54,4%	95,9%	7.328

1) Kennzeichnet das prozentuale Verhältnis von aufgeklärten zu bekannt gewordenen Fällen.

2) Gibt die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder innerhalb einzelner Deliktsarten je 100.000 Einwohner im jeweiligen Berichtsjahr an.

Quellen

Bundesministerium des Innern: "Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2012". Veröffentlicht am 14. Mai 2013.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen und dort auch die methodischen Hinweise.

Anlage zum Kapitel 0416

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Soziale Wohnraumförderung**

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die soziale Wohnraumförderung verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnraumversorgung für Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind, • Erhaltung und Schaffung angemessener Wohnumfelder und stabiler Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse sowie Bewohner- und Quartiersstrukturen, • Unterstützung des effizienten Einsatzes und Verbrauchs von Energie bei Wohngebäuden als Beitrag zum Klimaschutz. <p>Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung sind insbesondere Haushalte mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.</p> <p>Mit den Fördergegenständen für investive und soziale Maßnahmen der Wohnumfeld- und Quartiersförderung bzw. für Konzepte, Pilot- und Modellprojekte sowie vorbereitende Untersuchungen, soweit sie der Energieeinsparung und dem Klimaschutz im Bereich Wohnen besonders dienen bzw. die Ziele der sozialen Wohnraumförderung unterstützen, wurden Fördermöglichkeiten geschaffen, die Wohnraumförderung und Stadtentwicklung u. a. stärker miteinander verknüpfen sollen.</p>			
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>				
<p>Ausgewählte Maßnahmen / Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen (in Wohneinheiten)</p>			<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
	<p>2011 (Ist)</p>	<p>2012 (Ist)</p>	<p>2011 bis 2014 (Plan pro Jahr)</p>	
<p>I. Mietwohnungsbau (MW) a) Neubau b) Bestand Summe MW</p>	<p>792 523 1.315</p>	<p>21 263 284</p>	<p>780 340 1.120</p>	<p>Ausrichtung der Förderbestimmungen auf die Zielgruppe durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mietobergrenzen: - Regionalstufe I 4,85 €/m² - Regionalstufe II 5,20 €/m² - Regionalstufe III 5,50 €/m² • Kostenobergrenzen der Bau- oder Erwerbsmaßnahme: - RMH/ETW* 163,0 T€ - DHH/REH* 178,0 T€ - freist. EFH* 190,0 T€ • Einkommensgrenzen für MW und ET nach § 8 Abs. 2 SHWoFG i. V. m. Abschnitt III der SHWoFG-DVO • Wohnflächengrenzen • Höhe der Förderdarlehen
<p>II. Eigentum (ET) a) Neubau davon Oberzentren Umland HH Sonst. Kreise b) Bestandserwerb Summe ET</p>	<p>392 130 129 133 69 461</p>	<p>187 48 68 71 12 199</p>	<p>350 175 525</p>	

		<p>in Abhängigkeit von regionaler Prioritätensetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Niedrigverzinsten und zinslosen Krediten <p>* RMH = Reihenmittelhaus, ETW = Eigentumswohnung, DHH = Doppelhaushälfte, REH = Reihenendhaus, EFH = Einfamilienhaus</p>
<p>Ausgewählte Maßnahmen / Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Wirtschaftlichkeit / Kosten in Mio. €</p> <p>2011 (Ist) 2012 (Ist) 2011 bis 2014 (Plan)</p>	<p>Fachliche Zielerreichung</p> <p>2011/2012 (Ist)</p>
<p>Programmvolumen inkl. Bundesmitteln:</p> <p>I. Mietwohnungsbau (MW)</p> <p> a) Neubau 36,7 1,1</p> <p> b) Bestand 31,9 13,4</p> <p> c) Abriss/Neubau u.a. <u>15,8</u> <u>1,3</u></p> <p>Summe MW 84,4 15,8</p> <p>II. Eigentum (ET)</p> <p> a) Neubau 22,2 10,2</p> <p> b) Bestandserwerb <u>3,7</u> <u>0,7</u></p> <p>Summe ET 25,9 10,9</p>	<p>360,0</p> <p>240,0</p> <p>120,0</p>	<p>Programmzielerfüllung:</p> <p>1. Wohneinheiten (WE)</p> <p>I.a 813 WE</p> <p>I.b <u>786 WE</u></p> <p> 1.599 WE</p> <p>II.a 579 WE</p> <p>II.b <u>81 WE</u></p> <p> 660 WE</p> <p>2. Fördervolumen (€)</p> <p>Mietwohnungsbau 100,2 Mio. €</p> <p>Eigentum 36,8 Mio. €</p>
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.</p>	
<p>Vereinbarungszeitraum</p>	<p>2013/2014</p>	
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0416 Die Finanzierung der Programme erfolgt aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der IB.SH.</p>	
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz, Kabinettsbeschluss für das jeweilige Programmjahr, Investitionsbankgesetz, Föderalismusreformbegleitgesetz, Entflechtungsgesetz</p>	
<p>Zeitplan / Meilensteine</p>		
<p>Berichtswesen</p>	<p>Fördercontrolling des IM</p>	

Anlage zum Kapitel 0416

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Städtebauförderung**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Ziel ist die Stärkung der Städte – insbesondere der Ober-, Mittel- und Unterzentren des Landes. Sie sollen als attraktive, zukunftsfähige Wohn- und Wirtschaftsstandorte und als Versorgungszentren auch für die Region weiterentwickelt werden.							
	Kennzahlen/Indikatoren für							
Ausgewählte Maßnahmen/ Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (Mindestanzahl der Fördergebiete)				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2012 Ist	2013 Soll	2014 Soll	2015 Soll	2012 Ist	2013 Soll	2014 Soll	2015 Soll
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme)					Die Messung der Beteiligungsverfahren und -veranstaltungen im Zusammenhang mit Städtebauförderungsmaßnahmen, bei denen in geeignetem Zusammenhang durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern auch die „Kundenzufriedenheit“ ermittelt werden kann, ist künftig geplant.			
1. Sanierung und Entwicklung	3	1	0	0				
2. Soziale Stadt	6	2	6	6				
3. Stadtumbau	5	6	6	6				
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	4	4	6	6				
5. Städtebaulicher Denkmalschutz	2	1	3	3				
6. Kleinere Städte und Gemeinden	4	5	5	5				

Ausgewählte Maßnahmen /Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (Verwaltungskosten je 1000 € Zuwendungsbetrag)				Fachliche Zielerreichung			
	2012 Ist	2013 Soll	2014 Soll	2015 Soll	2012 Ist	2013 Soll	2014 Soll	2015 Soll
Städtebau- förderung (B-L- Programme)					Ländervergleichskennzahl: Einsatz von mindestens 90% der Fördermittel in OZ , MZ und UZ			
1. Sanierung und Entwicklung	15,51	7,26	6,40	11,05	100 %	100 %	100 %	100 %
2. Soziale Stadt	7,09	10,70	10,76	12,90	100 %	100 %	100 %	100 %
3. Stadtumbau	15,27	11,60	14,13	15,14	100 %	100 %	100 %	100 %
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	22,20	22,79	17,83		100 %	100 %	100 %	100 %
5. Städtebau-licher Denkmalschutz	22,85	12,34	13,92	23,91	100 %	100 %	100 %	100 %
6. Kleinere Städte und Gemeinden	98,40	28,59	17,59	11,68	100 %	100 %	100 %	100 %
Externe Zielgruppen	Städte, insbesondere Ober-, Mittel- und Unterzentren, Bürgerinnen und Bürger der geförderten Städte und ihrer Umlandgemeinden / Region.							
Vereinbarungszeitraum	2014							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Artikel 104 b GG, Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, Besonderes Städtebaurecht (zweites Kapitel des BauGB), Städtebauförderungsrichtlinien 2005 und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO							
Zeitplan / Meilensteine	Jahresprogramme							
Berichtswesen	Jährliche Sachstands- und Ergebnisberichte der geförderten Gemeinden							

Anlage zum Kapitel 0416

Kennzahlen

für den

Aufgabenbereich:

Wohnraumförderung

Ländervergleich Wohnraumförderung

Bundeszuschüsse (jährliche Kompensationsleistung 2007-2013)

Bundesland	Bundesmittel (jährlich)	Einwohner am 31.12.2011	Volumen je Einwohner
Sachsen	59.638.000 €	4.054.182	14,71 €
Thüringen	29.106.000 €	2.181.603	13,34 €
Mecklenburg-Vorpommern	21.321.000 €	1.606.899	13,27 €
Brandenburg	30.277.000 €	2.453.180	12,34 €
Sachsen-Anhalt	23.967.000 €	2.276.736	10,53 €
Berlin	32.584.000 €	3.326.002	9,80 €
Saarland	6.547.000 €	997.855	6,56 €
Nordrhein-Westfalen	97.072.000 €	17.544.938	5,53 €
Hamburg	9.516.000 €	1.718.187	5,54 €
Niedersachsen	39.860.000 €	7.774.253	5,13 €
Hessen	30.311.000 €	5.993.771	5,06 €
Bayern	61.317.000 €	12.443.372	4,93 €
Bremen	3.138.000 €	652.182	4,81 €
Rheinland-Pfalz	18.709.000 €	3.990.033	4,69 €
Schleswig-Holstein	12.620.000 €	2.802.266	4,50 €
Baden-Württemberg	42.218.000 €	10.512.441	4,02 €
Flächenländer West	308.654.000 €	62.058.929	4,97 €
Deutschland	518.201.000 €	80.327.900	6,45 €

Quellen

Bundesmittel: Jährliche Kompensationsleistung laut § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 4 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG).

Einwohner:

Statistisches Bundesamt:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Erschienen am 31.05.2013.

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich: Wohnraumförderung

Ländervergleich Wohnraumförderung

Anteil geförderter Wohneinheiten (nur Neubau) an allen fertiggestellten Wohnungen

Bundesland	Neubauförderung Wohneinheiten 2006 bis 2008	Fertiggestellte Wohnungen insg. 2006 bis 2008	Anteil Förderung an Fertigstellungen 2006 bis 2008	zur Info: Anteil Bindungsbestand per 31.12.2008
Hamburg	4.836	11.209	43,1%	13,4%
Nordrhein - Westfalen	28.469	127.372	22,4%	7,7%
Rheinland - Pfalz	5.878	38.348	15,3%	4,1%
Schleswig - Holstein	3.183	24.155	13,2%	4,4%
Sachsen - Anhalt	835	9.919	8,4%	3,8%
Bayern	10.403	137.699	7,6%	2,8%
Bremen	182	3.278	5,6%	3,6%
Hessen	2.380	46.083	5,2%	4,7%
Baden - Württemberg	4.005	98.118	4,1%	1,5%
Niedersachsen	2.121	58.023	3,7%	2,2%
Thüringen	370	10.135	3,7%	1,0%
Brandenburg	550	24.278	2,3%	3,4%
Saarland	36	5.476	0,7%	1,0%
Berlin	0	10.677	0,0%	12,7%
Mecklenburg - Vorpommern	0	14.557	0,0%	0,8%
Sachsen	0	16.765	0,0%	4,1%
Flächenländer West	56.475	535.274	10,6%	...
Deutschland	63.248	636.092	9,9%	4,6%

Quellen

Neubauförderung (Anzahl Wohneinheiten) & Anteil Bindungsbestand aus Wohnraumförderung am gesamten Wohnungsbestand:
Erhebung der Fachkommission Wohnungsbauförderung / Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Bremen, wiedergegeben in
Mezler/Seyfried, Neue Datenbasis Wohnraumförderung, in: Bundesbaublatt 11/2010, S. 12 - 15; beachte dort auch methodische
Hinweise zur **eingeschränkten Vergleichbarkeit**.

Fertiggestellte Wohnungen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 (Bauen und Wohnen), Lange Reihen Baugenehmigungen /
Baufertigstellungen, Tabelle 4.4, Ausgabe 2010, Version vom 11.08.2011.

Einwohner: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 1.3
(Bevölkerungsfortschreibung), Tabelle 3.1, Ausgabe 2009, korrigierte Version vom 31.05.2011.

Für weitergehende Informationen zur Datenermittlung vgl. auch die Angaben in den o.g. Quellen.

Anlage zum Kapitel 0416

Kennzahlen

für den
Aufgabenbereich:

Städtebauförderung

Ländervergleich Städtebauförderung**Abruf der Bundesfinanzhilfen**

Bundesland	Bundesfinanzhilfen im Jahr 2011	Einwohner am 31.12.2011	Volumen je Einwohner
Baden-Württemberg	38.555.000 €	10.512.441	3,67 €
Bayern	45.731.000 €	12.443.372	3,68 €
Berlin	23.551.000 €	3.326.002	7,08 €
Bremen	3.224.000 €	652.182	4,94 €
Hamburg	6.267.000 €	1.718.187	3,65 €
Hessen	11.745.000 €	5.993.771	1,96 €
Niedersachsen	29.775.000 €	7.774.253	3,83 €
Nordrhein-Westfalen	70.944.000 €	17.544.938	4,04 €
Rheinland-Pfalz	14.839.000 €	3.990.033	3,72 €
Saarland	3.949.000 €	997.855	3,96 €
Schleswig-Holstein	13.193.000 €	2.802.266	4,71 €
Brandenburg	35.191.000 €	2.453.180	14,35 €
Mecklenburg-Vorpommern	25.989.000 €	1.606.899	16,17 €
Sachsen	62.938.000 €	4.054.182	15,52 €
Sachsen-Anhalt	34.894.000 €	2.276.736	15,33 €
Thüringen	33.305.000 €	2.181.603	15,27 €
Flächenländer West	228.731.000 €	62.058.929	3,69 €
Deutschland	454.090.000 €	80.327.900	5,65 €

Einwohner:

Statistisches Bundesamt:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Erschienen am 31.05.2013.

Ländervergleich Städtebauförderung

Aufteilung der Bundesfinanzhilfen auf die Förderungsprogramme

Bundesland	Städtebauförderungsprogramme im Jahr 2012																		
	Sanierung und Entwicklung			Soziale Stadt			Stadtumbau			Aktive Stadt-/ Ortsteilzentren			Städtebaulicher Denkmalschutz			Kleinere Städte und Gemeinden			Summe
	Anteil an Bfh in %	Bfh in € pro geförderter Maßnahme	Anzahl	Anteil an Bfh in %	Bfh in € pro geförderter Maßnahme	Anzahl	Anteil an Bfh in %	Bfh in € pro geförderter Maßnahme	Anzahl	Anteil an Bfh in %	Bfh in € pro geförderter Maßnahme	Anzahl	Anteil an Bfh in %	Bfh in € pro geförderter Maßnahme	Anzahl	Anteil an Bfh in %	Bfh in € pro geförderter Maßnahme	Anzahl	Bfh in € pro geförderter Maßnahme
Baden-Württemberg	10	176.125	24	12	311.563	16	7	343.344	32	14	186.825	45	4	205.353	17	11	125.097	31	238.412
Bayern	6	52.538	52	15	92.045	66	7	124.989	93	15	137.298	91	8	100.273	77	14	88.500	52	105.940
Berlin	5	289.000	7	5	70.690	29	7	658.824	17	5	715.333	6	6	820.286	7	0	0	0	383.439
Brandenburg	6	209.308	13	3	117.818	11	9	625.000	23	4	304.545	9	11	342.548	31	6	241.375	8	360.968
Bremen	0	174.000	1	1	33.727	11	1	846.500	2	1	194.250	4	0,3	255.000	1	0	0	0	172.105
Hamburg	5	382.833	6	2	132.286	7	1	297.250	4	2	163.667	9	1	284.500	2	0	0	0	230.500
Hessen	3	92.375	16	6	105.087	23	2	114.226	31	4	218.471	17	2	178.250	8	0	0	0	132.379
Mecklenburg-Vorpommern	9	185.238	21	2	96.556	9	6	188.231	52	3	233.700	7	8	385.579	19	3	213.250	4	223.777
Niedersachsen	7	426.857	7	9	133.750	28	6	302.774	31	8	375.333	18	4	243.765	17	9	211.400	15	260.259
Nordrhein-Westfalen	11	449.600	10	23	454.750	20	13	654.469	32	23	253.620	47	9	457.222	18	28	323.828	29	462.763
Rheinland-Pfalz	3	140.750	8	5	130.429	14	3	421.000	11	5	214.300	17	1	139.400	10	5	138.846	13	206.411
Saarland	1	41.867	15	1	97.800	5	1	194.000	7	1	155.500	6	1	184.333	3	1	118.333	3	118.641
Sachsen	15	96.030	66	5	178.917	12	15	238.206	102	7	287.333	16	21	307.238	63	8	451.667	6	229.743
Sachsen-Anhalt	9	150.000	25	3	176.000	7	10	217.229	70	3	114.217	13	11	370.759	29	8	203.538	13	230.656
Schleswig-Holstein	1	636.000	1	3	220.833	6	2	568.000	5	3	332.000	4	2	1.007.000	2	3	271.250	4	464.727
Thüringen	7	62.878	49	3	73.267	15	9	181.558	77	3	157.789	12	11	425.042	24	4	175.375	8	177.092
insgesamt	100	3.565.399	321	100	2.425.517	279	100	5.975.599	589	100	4.044.183	321	100	5.706.547	328	100	2.562.459	186	3.997.813

Finanzministerium						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Ausg. u. Einnahmen öffentlicher Haushalte			260,0	337,2	264,7	
71121	Haushaltsansätze des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71126	Haushaltsansätze der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71136	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				vierteljährlich
71137	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz				vierteljährlich
71146	Rechnungsergebnisse der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71147	Rechnungsergebnisse der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71148	Rechnungsergebnisse der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
Steuerhaushalt			3,3	4,1	5,0	
71211	Statistik über das Steueraufkommen des Bundes und der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				monatlich
71231	Realsteuervergleich	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
Schulden Länder, Gemeinden, Zweckverbände			60,1	57,5	68,1	
71316	Vierteljährliche Schulden der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				vierteljährlich
71321	Jährliche Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71325	Jährliche Schulden der Sozialversicherungen	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71326	Jährliche Schulden der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71327	Jährliche Schulden der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71328	Jährliche Schulden der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
Vermögen (Aktiva)			8,6	16,8	12,2	
71411	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71415	Finanzvermögen der Sozialversicherung	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71416	Finanzvermögen der Länder	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71417	Finanzvermögen der Gemeinden	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
71418	Finanzvermögen der Zweckverbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
Sonstiges Öffentliche Haushalte			74,0	40,9	42,8	
71911	Berichtskreismanagement Finanz- und Personalstatistiken	Bundesstatistikgesetz				unregelmäßig
Jahres- und Vierteljahresabschlüsse			51,1	54,8	52,0	
72111	Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
72112	Vierteljahresdaten öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz				vierteljährlich
Schulden (öffentliche Fonds, Einrichtungen, Unternehmen)			9,9	9,3	26,0	
72211	Jährliche Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
72212	Vierteljährliche Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz				vierteljährlich
Vermögen			0,8	1,9	1,3	
72311	Finanzvermögen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich

Finanzministerium						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Sonstiges ÖFEU, Unternehmen mit Rechnungswesen.			1,1	2,2	0,0	
72900	Sonstiges im Bereich öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	Finanz- und Personalstatistikgesetz				unregelmäßig
Lohn- und Einkommensteuer			87,9	110,9	127,8	
73111	Lohn- und Einkommensteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				3-jährlich
73121	Statistik im Feststellungsverfahren	Steuerstatistikgesetz				jährlich
Körperschaftsteuer			7,2	16,2	36,3	
73211	Körperschaftsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				3-jährlich
Umsatzsteuer Voranmeldungen			144,3	192,9	127,6	
73311	Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)	Steuerstatistikgesetz				jährlich
Umsatzsteuer Veranlagungen			0,6	19,6	26,7	
73321	Umsatzsteuer (Veranlagungen)	Steuerstatistikgesetz				jährlich
Gewerbesteuern			6,5	1,8	18,6	
73511	Gewerbesteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				3-jährlich
Steuern vom Vermögen			58,5	37,4	27,4	
73611	Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				5-jährlich
Steuerverteilung			12,6	73,3	30,3	
73711	Lohnsteuererlegung	Steuerstatistikgesetz				jährlich
73721	Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer: Schlüsselzahlermittlung	Steuerstatistikgesetz				3-jährlich
73722	Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer: Modellrechnungen	Steuerstatistikgesetz				3-jährlich
Personal im öffentlichen Dienst			123,8	81,2	103,7	
74111	Personalstandstatistik des Bundes	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
74121	Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
74211	Versorgungsempfängerstatistik	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
74900	Sonstiges im Bereich Personal im öffentlichen Dienst	Finanz- und Personalstatistikgesetz				jährlich
Geschäftsstatistiken Steuern			0,0	0,0	2,0	
79911	Tabaksteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				vierteljährlich
79921	Biersteuer-, Schaumweinsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				monatlich
79931	Energiesteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				jährlich
79941	Branntweinmonopol- und Branntweinsteuerstatistik	Steuerstatistikgesetz				jährlich
79951	Geschäftsstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer	Steuerstatistikgesetz				jährlich
Programmierung Umsatzsteuerstatistik			20,1	22,8	26,6	
79200	Verbundprogrammierung Umsatzsteuer					jährlich
Laufende Verdiensterhebungen			0,0	0,0	0,0	
Summen			930,3	1.081,1	999,1	

Sozialministerium						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Todesursachen			103,2	110,3	96,4	
23211	Todesursachenstatistik	Bevölkerungstatistikgesetz				jährlich
Schulstatistik			16,7	13,7	13,6	
21131	Statistik der Schulen des Gesundheitswesens	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Sozialhilfe			155,2	114,4	115,1	
22111	Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe	Sozialgesetzbuch				jährlich
22121	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempänger) - Empfänger am 31.12.	Sozialgesetzbuch				jährlich
22122	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempänger) - Zu- und Abgänge	Sozialgesetzbuch				vierteljährlich
22123	Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung	Sozialgesetzbuch				vierteljährlich
22124	Stichprobe der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	Sozialgesetzbuch				jährlich
22131	Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	Sozialgesetzbuch				jährlich
22132	Stichprobe über die Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	Sozialgesetzbuch				jährlich
22151	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Sozialgesetzbuch				jährlich
22152	Stichprobe über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Sozialgesetzbuch				jährlich
Pflege			26,7	74,0	28,4	
22411	Statistik über ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste)	Pflegestatistikverordnung				2-jährlich
22412	Statistik über stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime)	Pflegestatistikverordnung				2-jährlich
22421	Statistik über die Empfänger von Pflegegeldleistungen	Pflegestatistikverordnung				
Kinder- und Jugendhilfe – ohne Kindertagesbetreuung			181,0	156,2	141,9	
22517	Statistik der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte und der Hilfe für junge Volljährige	Sozialgesetzbuch				jährlich
22521	Statistik der Adoptionen	Sozialgesetzbuch				jährlich
22522	Statistik der Pflegeerlaubnis, Pfleg-, Vormund-, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen	Sozialgesetzbuch				jährlich
22523	Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen	Sozialgesetzbuch				jährlich
22531	Statistik der Maßnahmen der Jugendarbeit	Sozialgesetzbuch				4-jährlich
22542	Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen	Sozialgesetzbuch				4-jährlich
22551	Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe	Sozialgesetzbuch				jährlich
Kindertagesbetreuung			59,3	92,1	93,3	
22541	Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen	Sozialgesetzbuch				4-jährlich
22543	Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege	Sozialgesetzbuch				jährlich
22544	Statistik der Plätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege	Sozialgesetzbuch				jährlich
22545	Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder	Sozialgesetzbuch				jährlich
Behinderte, Kriegsoffer			8,0	4,4	3,4	
22711	Statistik der schwerbehinderten Menschen	Sozialgesetzbuch				2-jährlich
22731	Statistik der Kriegsofferfürsorge	Kriegsofferfürsorgestatistikgesetz				2-jährlich
Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik			6,4	5,8	6,7	
22811	Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik	Sozialgesetzbuch				jährlich
Sonstige Öffentliche Sozialleistungen			0,0	0,0	0,0	
22922	Statistik zum Elterngeld	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit				vierteljährlich

Sozialministerium						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Krankenhausstatistik			75,5	70,0	63,3	
23111	Grunddaten der Krankenhäuser	Krankenhausstatistik-Verordnung				jährlich
23112	Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Krankenhausstatistik-Verordnung				jährlich
23121	Kostennachweis der Krankenhäuser	Krankenhausstatistik-Verordnung				jährlich
23131	Diagnosen der Krankenhauspatienten	Krankenhausstatistik-Verordnung				jährlich
23132	Diagnosen der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungspatienten	Krankenhausstatistik-Verordnung				jährlich
Strafverfolgung und -vollzug			1,6	0,8	0,7	
24321	Anteil Maßregelvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Summen			633,6	641,7	562,8	

Ministerium für Bildung und Wissenschaft						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Allgemeinbildende u. berufliche Schulen			539,0	442,3	439,8	
21111	Statistik der allgemeinbildenden Schulen	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
21121	Statistik der beruflichen Schulen	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
21141	Statistik der Lehrerseminare, des Lehrernachwuchses	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Hochschulen			97,4	87,7	91,0	
21311	Statistik der Studenten	Hochschulstatistikgesetz				halbjährlich
21321	Statistik der Prüfungen	Hochschulstatistikgesetz				halbjährlich
21331	Statistik der Gasthörer	Hochschulstatistikgesetz				jährlich
21341	Personal- und Stellenstatistik	Hochschulstatistikgesetz				jährlich
21351	Statistik der Habilitationen	Hochschulstatistikgesetz				jährlich
21371	Hochschulfinanzstatistik, jährlich	Hochschulstatistikgesetz				jährlich
21372	Hochschulfinanzstatistik vj	Hochschulstatistikgesetz				vierteljährlich
21381	Hochschulstatistische Kennzahlen	Hochschulstatistikgesetz				
Ausbildungsförderung			6,0	2,8	2,8	
21411	Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)	Bundesausbildungsförderungsgesetz				jährlich
21421	Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG / Meister-BAföG)	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz				jährlich
Schulstatistik			0,0	77,4	94,5	
	Projekt Schulstatistik	Vereinbarung ab 2011				laufend
Sonstiges Bildung und Kultur			55,7	59,4	19,9	
21901	Lehrerstatistik	Runderlass über die Durchführung der Erhebung stat. Daten für die Zwecke der Schulaufsicht-Verwaltung-Planung (Schulstatistik)				laufend
21902	Schulfinanzstatistik					
Summen			698,1	669,5	648,0	

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Kultur			2,8	3,9	5,6	
21611	Kulturstatistik					
Insolvenzen, Jahresabschlüsse			105,7	81,4	88,2	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren	Gerichtsverfassungsgesetz				monatlich
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	Gerichtsverfassungsgesetz				jährlich
Justizgeschäftsstatistiken			154,9	125,9	108,1	
24211	Statistik bei den Staats- und Amtsanwaltschaften (StA-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24221	Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24231	Statistik über Zivilsachen (ZP-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24241	Statistik über Familiensachen (F-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24251	Statistik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				vierteljährlich
24261	Statistik in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				vierteljährlich
Strafverfolgung und -vollzug			66,1	43,3	36,0	
24311	Strafverfolgungsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24321	Anteil Strafvollzugvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Bewährungshilfe			6,7	19,6	10,7	
24411	Bewährungshilfestatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Arbeits- und Sozialgerichte			27,7	36,2	24,8	
24271	Sozialgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
24281	Arbeitsgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
Summen			364,0	310,4	273,4	

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden			1,6	1,5	1,5	
42341	Holzbearbeitungsstatistik	Agrarstatistikgesetz				jährlich
Abfallwirtschaft			154,4	145,2	125,5	
32111	Erhebung der Abfallentsorgung	Umweltstatistikgesetz				jährlich
32121	Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung	Umweltstatistikgesetz				4-jährlich
32131	Erhebung der Einsammlung und Rücknahme von Verpackungen	Umweltstatistikgesetz				jährlich
32141	Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen	Umweltstatistikgesetz				2-jährlich
32151	Erhebung der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind	Umweltstatistikgesetz				jährlich
32161	Erhebung über die Abfallerzeugung	Umweltstatistikgesetz				4-jährlich
Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung			119,0	68,8	116,1	
32211	Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung	Umweltstatistikgesetz				3-jährlich
32212	Erhebung der öffentlichen Abwasserbeseitigung	Umweltstatistikgesetz				3-jährlich
32213	Erhebung der öffentlichen Abwasserbehandlung	Umweltstatistikgesetz				3-jährlich
32214	Erhebung des Klärschlammes	Umweltstatistikgesetz				jährlich
32221	Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	Umweltstatistikgesetz				3-jährlich
32251	Erhebung über die Wassereigenversorgung und -entsorgung privater Haushalte	Umweltstatistikgesetz				3-jährlich
32271	Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte	Umweltstatistikgesetz				3-jährlich
Wassergefährdende Stoffe			22,3	41,2	11,6	
32311	Statistik über Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Umweltstatistikgesetz				jährlich
32331	Erhebung der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Umweltstatistikgesetz				5-jährlich
Luftverunreinigungen			20,1	17,7	11,7	
32421	Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe	Umweltstatistikgesetz				jährlich
Umweltschutzausgaben und -produkte			49,2	37,7	24,5	
32511	Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	Umweltstatistikgesetz				jährlich
32531	Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	Umweltstatistikgesetz				jährlich
Umweltstatistiken (GLU)			17,7	1,5	11,8	
32911	Gesamtleitdatei "Umweltstatistiken"(GLU)	Umweltstatistikgesetz				
Energiestatistiken			129,7	116,3	82,3	
43311	Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung	Energiestatistikgesetz				monatlich
43321	Monatsbericht über die Gasversorgung	Energiestatistikgesetz				monatlich
43331	Erhebung über Stromabsatz, Erlöse	Energiestatistikgesetz				jährlich
43341	Erhebung über Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas sowie Erlöse	Energiestatistikgesetz				jährlich
43351	Erhebung über Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Energiestatistikgesetz				jährlich
43371	Jahreserhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	Energiestatistikgesetz				jährlich
43381	Jahreserhebung über Klärgas	Energiestatistikgesetz				jährlich
43391	Jahreserhebung über Flüssiggas	Energiestatistikgesetz				jährlich
43411	Jahreserhebung über Erzeugung, Verwendung, Bezug und Abgabe von Wärme	Energiestatistikgesetz				jährlich
43421	Erhebung über Geothermie	Energiestatistikgesetz				jährlich
43521	Erhebung über Biotreibstoffe	Energiestatistikgesetz				jährlich
43531	Jahreserhebung über die Energieverwendung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Energiestatistikgesetz				jährlich
Energiebilanz			40,3	67,1	65,8	
43611	Projekt Energiebilanz	Vertrag mit dem Land SH				jährlich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
UGR			103,2	101,8	135,2	
85111	Emittentenstruktur (Luftschadstoffe, Abfall, Abwasserentsorgung etc.)	Landtagsbeschluss				
85121	Physische Input-, Outputtabellen	Landtagsbeschluss				
85131	Einzelne Materialien	Landtagsbeschluss				
85211	Bodennutzung	Landtagsbeschluss				
85311	Umweltzustandsindikatoren	Landtagsbeschluss				
85411	Ausgaben und Anlagevermögen für Umweltschutz	Landtagsbeschluss				
85421	Umweltbezogene Steuern und Gebühren	Landtagsbeschluss				
85511	Vermeidungskosten	Landtagsbeschluss				
85900	Sonstiges im Bereich UGR	Landtagsbeschluss				
Betriebsregister Landwirtschaft			172,4	101,7	181,0	
41111	Betriebsregister Landwirtschaft	Agrarstatistikgesetz				monatlich
Landwirtschaftszählung - Gartenbau			1,6	1,7	0,5	
41145	Landwirtschaftszählung - Gartenbau	Agrarstatistikgesetz				10-jährlich
Bodennutzung und Ernte			271,2	220,0	254,7	
41213	Allgemeine Zierpflanzenerhebung	Agrarstatistikgesetz				4-jährlich
41214	Erhebung über die Speisepilze	Agrarstatistikgesetz				jährlich
41215	Gemüseerhebung	Agrarstatistikgesetz				halbjährlich
41221	Baumshulerhebung	Agrarstatistikgesetz				4-jährlich
41231	Baumobstanbauerhebung	Agrarstatistikgesetz				5-jährlich
41232	Erhebung über die Strauchbeeren	Agrarstatistikgesetz				jährlich
41241	Ernte- und Betriebsberichterstattungen (EBE): Feldfrüchte und Grünland (einschließlich Anbauflächen und Vorräte)	Agrarstatistikgesetz				9 x je Jahr
41243	Ernte- und Betriebsberichterstattungen (EBE): Obst	Agrarstatistikgesetz				vierteljährlich
41246	Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	Agrarstatistikgesetz				jährlich
41255	Erhebung der Weinbestände	Agrarstatistikgesetz				jährlich
Sonstiges Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			42,9	9,5	14,1	
41900	Sonstiges im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Agrarstatistikgesetz				laufend
Preise Land- und Forstwirtschaft			0,0	0,0	0,0	
61211	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Preisstatistikgesetz				
61221	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Preisstatistikgesetz				
61231	Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	Preisstatistikgesetz				
Bodenmarkt			7,0	5,6	14,7	
61521	Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke	Preisstatistikgesetz				jährlich
Verdiensterhebung in der Landwirtschaft			0,2	11,9	11,8	
62311	Verdiensterhebung in der Landwirtschaft	Verdienststatistikgesetz				4-jährlich
Struktur land- und forstwirtschaftliche Betriebe			378,0	47,3	10,6	
41121	Allgemeine Agrarstrukturhebung (ASE)	Agrarstatistikgesetz				4-jährlich
41122	Repräsentative Agrarstrukturhebung (ASE)	Agrarstatistikgesetz				4-jährlich
Bodennutzungshaupterhebung			0,0	0,0	102,1	
41271	Bodennutzungshaupterhebung	Agrarstatistikgesetz				jährlich
Viehbestand und tierische Erzeugung			96,8	89,0	183,9	
41312	Erhebung über die Viehbestände (Rinder im Mai und November)	Agrarstatistikgesetz				halbjährlich
41313	Repräsentative Erhebung über die Viehbestände (Schweine) im Mai und November	Agrarstatistikgesetz				halbjährlich
41314	Repräsentative Erhebung über die Viehbestände (Schafe) im November	Agrarstatistikgesetz				jährlich
41323	Geflügelstatistik: Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung	Agrarstatistikgesetz				monatlich
41331	Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik	Agrarstatistikgesetz				monatlich
41341	Milcherzeugungs- und Milchverwendungsstatistik	Agrarstatistikgesetz				monatlich
EG ASE 2005			84,5	0,0	79,8	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturhebung (EG-ASE)	Agrarstatistikgesetz				2-jährlich

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
EG ASE 2007			59,1	-9,7	34,7	
41123	Gemeinschaftliche Agrarstrukturhebung (EG-ASE)	Agrarstatistikgesetz				2-jährlich
Landwirtschaftszählung - LZ 2010			31,3	79,9	222,4	
41141	Landwirtschaftszählung - Haupterhebung, allgemein: Landwirtschaft, nationaler Teil	Agrarstatistikgesetz				10-jährlich
Aquakulturstatistik			0,2	3,9	13,3	
41362	Aquakulturstatistik	Agrarstatistikgesetz				
EG Landwirtschaftszählung und ASE 2010			417,4	1.122,8	306,5	
41151	Landwirtschaftszählung - Erhebung über landwirtsch. Produktionsmethoden (ELPM)	Agrarstatistikgesetz				
41141	Landwirtschaftszählung	Agrarstatistikgesetz				10-jährlich
Klimaschutz			0,3	4,3	114,6	
99148	Klimaschutz	Emissionsberichterstattungsverordnung zum Agrarstatistikgesetz				nur in 2011
Summen			2.220,4	2.286,7	1.971,0	

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Berufsbildung			27,7	19,7	18,4	
21211	Berufsbildungsstatistik zum 31.12.	Berufsbildungsgesetz				jährlich
Laufende Wirtschaftsrechnungen			148,6	109,6	61,0	
63111	Laufende Wirtschaftsrechnungen: Allgemeine Angaben	Wirtschaftsrechnungsgesetz				jährlich
63121	Laufende Wirtschaftsrechnungen: Haushaltsbuch	Wirtschaftsrechnungsgesetz				jährlich
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe			84,6	3,3	7,8	
63211	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Einführungsinterview, Allgemeine Angaben	Wirtschaftsrechnungsgesetz				5-jährlich
63221	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Haushaltsbuch	Wirtschaftsrechnungsgesetz				5-jährlich
63231	Einkommens- und Verbrauchsstichproben: Feinschreibung NGT	Wirtschaftsrechnungsgesetz				5-jährlich
Dauerstichprobe			50,2	35,9	56,2	
63311	Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	Mikrozensusgesetz				jährlich
EU-SILC			65,3	74,2	47,1	
63411	EU-SILC: Personenbogen	EU-SILC-Verordnung				jährlich
63421	EU-SILC: Haushaltsbogen	EU-SILC-Verordnung				jährlich
IKT (Haushalte) Allgemein			14,5	23,5	8,0	
99161	Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien	Informationsgesellschaftsstatistikgesetz				jährlich
IKT (Haushalte)			12,1	1,2	13,0	
Kreditinstitute			0,0	0,0	0,0	
47211	Kreditstatistik	Gesetz über Deutsche Bundesbank				
47241	Statistik der Bausparkassen					
47251	Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite	Gesetz über Deutsche Bundesbank				
47271	Statistik der Forderungen und Verbindlichkeiten	Gesetz über Deutsche Bundesbank				
42000S Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden			156,1	147,7	150,6	
42221	Jahresbericht für Unternehmen im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
42231	Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
42261	Schätzung von Angaben für fachliche Unternehmensteile im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EU-Strukturverordnung				jährlich
42271	Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
42331	Wehrgüterstatistik	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				monatlich
Monatsbericht Verarbeitendes Gewerbe			279,0	217,2	193,1	
42111	Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				monatlich
Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe			219,8	173,4	155,0	
42121	Monatliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				monatlich
42131	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				vierteljährlich

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Energie- und Wasserversorgung			55,4	42,3	40,1	
43111	Monatsbericht im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				monatlich
43211	Investitionserhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
43221	Kostenstrukturerhebung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
Baugewerbe			396,2	333,4	323,9	
44111	Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragsindex)	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				monatlich
44131	Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				vierteljährlich
44141	Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Indizes)	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				vierteljährlich
44211	Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
44221	Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
44231	Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
44241	Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe	Produzierendes Gewerbe-Statistikgesetz				jährlich
Eisenbahnverkehr, Straßenpersonenverkehr			19,8	20,1	23,3	
46181	Vierteljährliche Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	Verkehrstatistikgesetz				vierteljährlich
46182	Jährliche / 5-jährliche Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	Verkehrstatistikgesetz				jährlich
Gewerbeanzeigen			199,7	158,4	130,7	
52311	Gewerbeanzeigenstatistik	Gewerbeordnung				monatlich
Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen			20,7	15,5	12,0	
52911	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	Informationsgesellschaftsstatistikgesetz				jährlich
Handwerk, handwerksähnliches Gewerbe			27,5	63,4	59,2	
53111	Handwerkszählung	Handwerksstatistikgesetz				jährlich
53211	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	Handwerksstatistikgesetz				vierteljährlich
VGR der Länder			153,5	159,2	147,4	
82111	Entstehungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82211	Verteilungsrechnung Inländerkonzept	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82311	Verteilungsrechnung Inlandskonzept	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82411	Umverteilungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82511	Verwendungsrechnung	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82611	VGR-Bezugszahlen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82711	Kreisberechnungen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
82900	Sonstiges im Bereich VGR der Länder	ESVG95				

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Erwerbstätigenrechnung			101,8	103,5	100,2	
13311	Länderberechnung Erwerbstätige	verschiedene Verordnungen zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				vierteljährlich
13312	Kreisberechnungen Erwerbstätige	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				jährlich
13313	Länderberechnungen zum Arbeitsvolumen	VO zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen				vierteljährlich
Tourismus			373,6	409,2	355,9	
45511	Monatserhebung im Tourismus	Beherbergungsstatistikgesetz				monatlich
Verbraucherpreise			327,5	418,3	375,1	
61131	Index der Einzelhandelspreise	Preisstatistikgesetz				monatlich
Verbraucherpreisindex für Deutschland			0,1	0,5	0,5	
61111	Verbraucherpreisindex für Deutschland	Preisstatistikgesetz				monatlich
Harmonisierter Verbraucherpreisindex in der EU			7,2	5,7	9,0	
61121	Harmonisierter Verbraucherpreisindex in der EU	Preisstatistikgesetz				monatlich
61241	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Preisstatistikgesetz				
61281	Index der Großhandelsverkaufspreise	Preisstatistikgesetz				
Preise für Bauleistungen			44,9	33,2	36,3	
61261	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke	Preisstatistikgesetz				vierteljährlich
Bodenmarkt			7,0	5,6	14,7	
61511	Statistik der Kaufwerte für Bauland	Preisstatistikgesetz				vierteljährlich
Handel, Instandhaltung, Reparatur Kfz, Gebrauchsgüter			141,6	162,1	170,7	
45211	Monatserhebung im Großhandel und in der Handelsvermittlung	Handelsstatistikgesetz				monatlich
45212	Monatserhebung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Handelsstatistikgesetz				monatlich
45213	Jahreserhebung im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Handelsstatistikgesetz				jährlich
Gastgewerbe			54,4	69,7	68,8	
45411	Monatserhebung im Gastgewerbe	Handelsstatistikgesetz				monatlich
45421	Jahreserhebung im Gastgewerbe	Handelsstatistikgesetz				jährlich
URS (95)			654,6	575,2	546,9	
52111	Unternehmensregister-System 95 (URS 95)	Europäische und nationale Vorschriften, u. a. : • Verordnung (EWG) Nr. 2186/93, Nr. 696/93 und Nr. 177/2008 • Statistikregistergesetz - StatRegG • Verwaltungsdatenverwendungsgesetz				laufend
URS (neu)			1,2	22,1	33,4	
52121	Unternehmensregister-System neu	gleiche Rechtsgrundlagen wie für 52111 URS 95				laufend
MEG II und andere neue Aufgaben			25,3	40,0	39,0	
99137	MEG II und andere neue Aufgaben	Mittelstandsentlastungsgesetz				laufend/ monatlich
Verwaltungsdatenspeicher Beschäftigte			3,4	1,3	0,5	
99141	Verwaltungsdatenspeicher Beschäftigte	Verwaltungsdatenverwendungsgesetz				monatlich
Binnen- und Seeschifffahrt			120,6	96,2	86,1	
46321	Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt	Verkehrsstatistikgesetz				monatlich
46331	Seeverkehrsstatistik	Verkehrsstatistikgesetz				monatlich
Dienstleistungen			168,7	67,9	0,0	
47400	Dienstleistungen					laufend

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Konjunkturverordnung der EU			0,0	120,0	31,4	
47414	Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Konjunkturverordnung der EU	Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz				vierteljährlich
Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Strukturverordnung der EU			0,0	90,8	170,1	
47415	Dienstleistungsstatistik auf Grundlage der Strukturverordnung der EU	Dienstleistungsstatistikgesetz				jährlich
Piloterhebungen im Bereich Dienstleistungen			0,0	0,0	0,0	
47416	Piloterhebungen					unregelmäßig
Außenhandel			36,8	45,6	42,1	
51900	Sonstiges im Bereich Außenhandel	Außenhandelsstatistikgesetz				unregelmäßig
Verdienststruktur			0,7	45,7	160,2	
62111	Verdienststrukturerhebung	Verdienststatistikgesetz				4-jährlich
Verdiensterhebung Prod. Gewerbe, Handel etc.			110,7	137,7	115,8	
62321	Vierteljährliche Verdiensterhebung	Verdienststatistikgesetz				vierteljährlich
Arbeitskosten			294,9	44,7	0,6	
62411	Arbeitskostenerhebung	Verdienststatistikgesetz				4-jährlich
Summen			4.405,5	4.093,2	3.803,9	

Innenministerium			2009	2010	2011	
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	T€	T€	T€	Periodizität
Fortschreibung Bevölkerungsstand			63,9	52,9	65,2	
12411	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
Bevölkerungsvorausberechnungen			14,6	11,3	16,3	
12421	Bevölkerungsvorausberechnungen	Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Ländern				3-jährlich
Einbürgerungen Ausländer			8,2	4,8	3,4	
12511	Einbürgerungsstatistik	Staatsangehörigkeitsgesetz				jährlich
12521	Ausländerstatistik	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz)				
Natürliche Bevölkerungsbewegungen			113,4	121,3	127,0	
12611	Statistik der Eheschließungen	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
12612	Statistik der Geburten	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
12613	Statistik der Sterbefälle	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
12621	Sterbetafeln					
12631	Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen	Bevölkerungstatistikgesetz				jährlich
12651	Begründung von Lebenspartnerschaften	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
12661	Aufhebung von Lebenspartnerschaften	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
Wanderungen			375,8	401,0	174,4	
12711	Wanderungsstatistik	Bevölkerungstatistikgesetz				monatlich
Überprüfung der Einwohnerzahlen			49,3	31,9	28,9	
12920	Überprüfung der Einwohnerzahlen					laufend
Volkszählungen - Zensus			853,3	2.045,6	4.729,0	
12111	Volkszählung	Zensusgesetz 2011				10-jährlich
Mikrozensus			740,6	721,2	678,3	
12211	Grundprogramm des Mikrozensus	Mikrozensusgesetz				jährlich
12212	Zusatzprogramm des Mikrozensus	Mikrozensusgesetz				jährlich
Bundestagswahlen			104,1	15,7	5,7	
14111	Allgemeine Bundestagswahlstatistik	Wahlstatistikgesetz				4-jährlich
14121	Repräsentative Bundestagswahlstatistik	Wahlstatistikgesetz				4-jährlich
Europawahlen			115,7	2,3	0,5	
14211	Allgemeine Europawahlstatistik	Wahlstatistikgesetz				5-jährlich
14221	Repräsentative Europawahlstatistik	Wahlstatistikgesetz				5-jährlich
Landtagswahlen			45,3	34,8	88,1	
14311	Landtagswahlstatistik	Landeswahlgesetz				5-jährlich
Kommunalwahlen			0,5	9,4	4,6	
14411	Kreistagswahlen	Gemeinde- und Kreiswahlgesetz				5-jährlich
Volksentscheide			0,0	0,0	0,0	
14511	Volksentscheide	Volksabstimmungsgesetz/Landeswahlgesetz				unregelmäßig
Sonstiges im Bereich Wahlen			233,2	179,0	178,3	
14901	Wahlkoordination					
Verwaltungsdatenspeicher Umsatz und Beschäftigte			10,4	0,0	0,0	
52941	Verwaltungsdatenspeicher					
Kommunale Finanzstatistiken			123,5	68,0	72,9	
79901	Kommunaler Finanzausgleich SH	Finanzausgleichsgesetz S-H				jährlich
79902	Berechnung Gemeindeanteil Einkommsteuer und	Gemeindefinanzreformgesetz				5 x p. a.
79903	Berechnung Gemeindeanteil Umsatzsteuer	Gemeindefinanzreformgesetz				1/4-jährlich
79904	Berechnung Sonderausgleich § 35 FAG	Finanzausgleichsgesetz S-H				jährlich
Straßenverkehr (o. Personenbeförderung)			174,3	160,2	153,1	
46241	Statistik der Straßenverkehrsunfälle	Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz				monatlich

Innenministerium						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Sonstige Gemeinkosten						
	Forschungsdatenzentrum		22,9	20,5	13,3	
	Projekt "ESARI" (IT-Verfahren im Statistikaamt)		193,5	0,0	48,0	
	Projekt "SIGMA" (Zentrale Dokumenten-Eingangsverarbeitung)		325,5	415,4	284,3	
	Betrieb Eingangsverarbeitungszentrum		0,0	138,2	337,1	
	Projekt "TFO" (Organisationsoptimierung)		6,8	0,0	0,0	
	Projekt "Einführung Landesinformationssystem"		213,8	218,9	1,0	
	Projekt "Geschäftsmodell" (Prüfauftrag LRH)		69,5	112,5	0,0	
	Projekt Neuorganisation „ProNeuS“		0,0	0,0	179,9	
	Auftragsarbeiten für Dritte		0,7	0,6	0,0	
	Referenzsystem Eingangsverarbeitung Zensus 2011		40,3	18,4	3,5	
	Übriges		1,8	0,0	14,4	
			5.712,5	6.732,9	8.616,4	

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 04 01 Ministerium	162
Kap. 04 03 Vermessungswesen und Geoinformation	167
Kap. 04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	170
Kap. 04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	172
Kap. 04 10 Polizei	173
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	180
Hebungen 2014	182
Umwandlungen 2014	183
Übertragungen 2014	184
kw-Vermerke	185
ku-Vermerke	187
Neue Stellen 2014	188
Einsparungen 2014	189

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte					
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4		
B2	Ministerialräte/-innen	6	5		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		12	11	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Planmäßige Beamtinnen und Beamte					
A16	Ministerialräte/-innen	21	19		2
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbaudirektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	20	19		1
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	7	6		1
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Brandräte/-innen	3	3		1
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	68	61 ¹⁾		1
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	2	2		
A12	Amtsräte/-innen	51	47		3
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbrandamtmänner/-frauen, Regierungsbauamtmänner/-frauen, Bibliotheksamtmänner/-frauen	43	42		6
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Bibliotheksoberinspektoren/-innen	8	10		
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	4	1		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	18	24 ²⁾		1
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	22	16		2

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 LG 1.1 Oberamtsmeister/-innen	1	0		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:	268	250	0	18
Summe :	280	261	0	18

- 1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 11 zur Bes.Gruppe A 13 BesO ausgestattet.
- 2) 7 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.Gruppe A 9 BesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1		für ein freigestelltes Personalratmitglied	(aus HH 1992)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2016	gem. § 15 Nr. 1 HG 2013 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren	(aus HH 2014)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B7	in B5	Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012	(aus HH 2011/2012)
----------	----	-------	---	--------------------

Vermerke:

1 Stelle	A11	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden		(aus HH 2001)
1 Stelle	A10	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden		(aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung mit Dienstbezügen

- die Planstelle ist im Stellenplan enthalten -

				2013	2014
1.	für die Tätigkeit an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz gemäß § 14 Abs. 16 HG 2013 - Fachbereich Allgemeine Verwaltung				
1.1	A 15	LG 2.2		1	1
		<i>Summe zu 1.</i>		1	1
Zusammen				1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	B2				1							-1	Übertragen nach 0301 42201
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
2	A16				2							-2	Übertragen nach 0301 42201
3	A15				1							-1	Übertragen nach 0301 42201
4	A14				1							-1	Übertragen nach 0301 42201
5	A13 LG 2.1				7							-7	Übertragen nach 0301 42201
6	A12				4							-4	Übertragen nach 0301 42201
7	A11				1							-1	Übertragen nach 0301 42201
8	A10				1							+2	Übertragen nach 0301 42201
9								3					Hebungen aus A9 LG 2.1 (Beförderungspaket 2014)
10	A9 LG 2.1	1										-3	gem. § 15 Nr. 1 HG 2013 - Übernahme Nachwuchskräfte
11					1								Übertragen nach 0301 42201
12									3				Hebungen nach A10 (Beförderungspaket 2014)
13	A9 LG 1.2							6				+6	Hebungen aus A8 (Beförderungspaket 2014)
14	A8								6			-6	Hebungen nach A9 LG 1.2 (Beförderungspaket 2014)
15	A6 LG 1.1						1					-1	nach E 5 aufgrund Realisierung ku-Vermerk aus HH 2001
Summe:		1			19		1	9	9			-19	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG am 31.07.2016 gem. § 15 Nr. 1 HG 2013 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren (aus HH 2014)

Stellenanzahl
2013 2014

428 01

Entgeltgruppe

E15	4	4
E13	16	15
E12	12	7
E11	13	10
E10	10	8
E9	12	12
E8	12	9
E7	2	2
E6	13	13
E5	26	27

Summe : 120 107

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E15 (aus HH 2004/2005)

Vermerke:

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 10 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (aus HH 2013)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13				1							-1	Übertragen nach 0301 42801
2	E12				5							-5	Übertragen nach 0301 42801
3	E11				3							-3	Übertragen nach 0301 42801
4	E10				2							-2	Übertragen nach 0301 42801
5	E9				2							0	Übertragen nach 0301 42801
6								2					Hebungen aus E8 (Beförderungspaket 2014)
7	E8				1							-3	Übertragen nach 0301 42801
8										2			Hebungen nach E9 (Beförderungspaket 2014)
9	E5					1						+1	von A 6 LG 1.1 - Oberamtsmeister/-innen - aufgrund Realisierung ku-Vermerk aus HH 2001
Summe:					14	1		2	2			-13	

Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 62 (62)

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A13 LG	Regierungsräte/-innen	21	21
2.2			
Anw. LG	Regierungsinspektoranwärter/-innen	56	61
2.1			
Anw. LG	Anwärter/-innen mittlerer Dienst	35	35
1.2			

Summe :	112	117	0	0
----------------	-----	-----	---	---

Planstellen künftig wegfallend:

- 5 Stellen Anw. LG am 31.07.2016 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
2.1
- 5 Stellen Anw. LG am 31.07.2017 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2014)
2.1
- 6 Stellen Anw. LG am 31.07.2015 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2013)
1.2

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	5										+5	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
Summe:		5										+5	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

5 Stellen Anw. LG am 31.07.2017 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen. (aus HH 2014)
2.1

Stellenanzahl
2013 **2014**

428 63 (63)

Entgeltgruppe

Cheffahrer	23	23
PKW-Fahrer	13	13

Summe : 36 **36**

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesamt für Vermessung und Geoinformation					
B3	Direktor/-in des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation	1	1		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		1	1	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesamt für Vermessung und Geoinformation					
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	3	3		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	9	9		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	11	11		1
A13 LG 2.2	Regierungsvermessungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	12	12		
A12	Amtsräte/-innen	28	28		
A11	Regierungsvermessungsamt männer/-frauen, Regierungskartographenamt männer/-frauen	29	29		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	18	17 ¹⁾		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenhauptsekretäre/-innen	5	5		
Anw. LG 2.2	Regierungsvermessungsreferendare/-innen	3	3		
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:		122	121	0	1
Summe :		123	122	0	1

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes. Gruppe A 9 BesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A12	am 30.09.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A12	am 31.10.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A8	am 31.08.2014	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle A8 am 31.05.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit (aus HH 2009/2010)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
1	A9 LG 1.2		1									-1	Realisierung kw-Vermerk aus HH 2011/2012 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)
Summe:			1									-1	

Stellenanzahl
2013 2014

428 01

Entgeltgruppe

Landesamt für Vermessung und Geoinformation

E13	2	2
E12	24	24
E11	63	63
E10	10	10
E9	125	130
E8	102	97
E7	2	2
E6	115	115
E5	32	32
Auszubild.	28	28
Summe [Landesamt für Vermessung und Geoinformation]:	503	503
Summe :	503	503

Vermerke:

130 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (ehemals 125) (aus HH 2013)

1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

04 03 Vermessungswesen und Geoinformation

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesamt für Vermessung und Geoinformation													
1	E9							5				+5	Hebungen aus A8 (Beförderungspaket 2014)
2	E8								5			-5	Hebungen nach E9 (Beförderungspaket 2014)
Summe:								5	5			0	

geänderte Vermerke

Vermerke:

130 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) (ehemals 125) (aus HH 2013)

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Branddirektoren/-innen	1	1	
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	1	1	
A12	Amtsräte/-innen	3	3	2
A11	Regierungsbrandamtmänner/-frauen	5	6	
A10	Regierungsobersbrandinspektoren/-innen	1	0	
A9 LG 2.1	Regierungsbrandinspektoren/-innen	1	1	1
Summe :		12	12	3

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11							1				+1	Hebung aus A10 (Beförderungspaket 2014)
2	A10								1			-1	Hebung nach A11 (Beförderungspaket 2014)
Summe:								1	1			0	

	Stellenanzahl	
	2013	2014
422 03		
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst		
<i>Bes.Gruppe</i>		
Anw. LG 2.2	Brandreferendare/-innen	1 1
Anw. LG 2.1	Regierungsobersbrandinspektorwärter/-innen	1 1
Summe :		2 2

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E12	2	2
E11	4	4
E9	1	2
E8	4	4

04 05 Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	3	2
E5	5	5
E4	4	4
Summe :	23	23

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9							1				+1	Hebung aus E8 (Beförderungspaket 2014)
2	E8							1				0	Hebung aus E6 (Beförderungspaket 2014)
3									1				Hebung nach E9 (Beförderungspaket 2014)
4	E6								1			-1	Hebung nach E8 (Beförderungspaket 2014)
Summe:								2	2			0	

04 07 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 65 (65)				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten Landesamt für Ausländerangelegenheiten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1	
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	2	2	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	1	1	
A11	Regierungsamt männer/-frauen	3	3	
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	1	1	1
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	5	5 ¹⁾	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	1	1	
Summe :		15	15	0
				1

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BesO ausgestattet.

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 65 (65)		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E11	2	2
E9	7	7
E8	2	2
E6	9	9
E5	1	1
Summe :	21	21

Vermerke:

4 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B3	Landespolizeidirektor/-in, Direktor/ -in des Landeskriminalamtes	2	2		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsmedizinalkon- rektoren/-innen	1	1		
A16	Leitende Polizeidirektoren/-innen, Leitende Kriminaldirektoren/-innen	13	13		3)
A15	Regierungsmedizinalkonrektoren/- innen	5	0		
A15	Wissenschaftliche Direktoren/- innen	3	0		
A15	Polizeischulrektoren/-innen	1	0		
A15	Polizeidirektoren/-innen, Kriminaldirektoren/-innen	30	30		
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsmedizinalkonrektoren/- innen, Wissenschaftliche Direktoren/- innen, Polizeischulrektoren/- innen	2	11		
A14	Polizeischulkonrektoren/-innen	1	0		
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	7	0		
A14	Polizeioberräte/-innen, Kriminaloberräte/-innen	32	32		
A14	Oberregierungsräte/-innen, Poli- zeischulkonrektoren/-innen, Wis- senschaftliche Oberräte/-innen	1	9		
A13 LG 2.2	Wissenschaftliche Räte/-innen	0	0		
A13 LG 2.2	Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/- innen	18	18		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Wissen- schaftliche Räte/-innen	3	3		
A13 LG 2.1	Polizeischuloberlehrer/-innen	6	0		
A13 LG 2.1	Erste Kriminalhauptkommissare/- innen	63	0		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen, Polizeischu- loberlehrer/-innen	11	17		
A13 LG 2.1	Erste Polizeihauptkommissare/- innen, Erste Kriminalhaupt- kommissare/-innen	110	173		
A12	Amtsräte/-innen	15	15		
A12	Kriminalhauptkommissare/-innen	122	0		
A12	Polizeihauptkommissare/-innen, Kriminalhauptkommissare/-innen	215	347		
A11	Regierungsamt männer/-frauen	17	17		
A11	Kriminalhauptkommissare/-innen	274	0		
A11	Polizeihauptkommissare/-innen, Kriminalhauptkommissare/-innen	505	949		
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	15	15		

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A10	Kriminaloberkommissare/-innen	353	0		
A10	Polizeioberkommissare/-innen, Kriminaloberkommissare/-innen	1.410	1.583		
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	5	5		
A9 LG 2.1	Kriminalkommissare/-innen	234	0		
A9 LG 2.1	Polizeikommissare/-innen, Kriminalkommissare/-innen	630	864		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	51	51	¹⁾	
A9 LG 1.2	Polizeihauptmeister/-innen	1.408	1.408	²⁾	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	6	6		
A8	Polizeiobermeister/-innen	763	763		
A7	Polizeimeister/-innen	356	356		
Summe :		6.688	6.688	0	0

- 1) 15 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9, Anlage 1, SH BesG ausgestattet.
- 2) 100 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes. Gruppe A 9, Anlage 1, SH BesG ausgestattet.
- 3) 4 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 5, Anlage 1, SH BesG ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)
2 Stellen	A10	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)

Dienstwohnungen:

2014

0 Beamtinnen, Beamte des ländlichen Dienstes BesGr. A 7 bis A 9

Nachrichtlich:

Freistellung von Polizeivollzugsbeamten/-innen für Tätigkeiten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz gemäß § 14 Abs. 16 Haushaltsgesetz 2013:

				2013	2014
1.	Fachbereich Polizei				
1.1	A 15	LG 2.2		1	2
1.1	A 14	LG 2.2		1	
1.2	A 13	LG 2.2		1	
1.3	A 13	LG 2.1		1	1
1.4	A 12	LG 2.1		1	2
<i>Summe zu 1.</i>				5	5
Zusammen				5	5

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15						5					-5	Zusammenfassung Statusämter
2	A15						3					-3	Zusammenfassung Statusämter
3	A15						1					-1	Zusammenfassung Statusämter
4	A15						1					+9	Zusammenfassung Statusämter
5							3						Zusammenfassung Statusämter
6							5						Zusammenfassung Statusämter
7	A14						1					-1	Zusammenfassung Statusämter
8	A14						7					-7	Zusammenfassung Statusämter
9	A14						1					+8	Zusammenfassung Statusämter
10							7						Zusammenfassung Statusämter
11	A13 LG 2.2						1					0	Umwandlung gemäß tatsächlicher Besetzung
12							1						Zusammenfassung Statusämter
13	A13 LG 2.2						1					0	Zusammenfassung Statusämter
14							1						Umwandlung gemäß tatsächlicher Besetzung
15	A13 LG 2.1						1					-6	Umwandlung gemäß tatsächlicher Besetzung
16							5						Zusammenfassung Statusämter
17	A13 LG 2.1						63					-63	Zusammenfassung Statusämter
18	A13 LG 2.1						1					+6	Umwandlung gemäß tatsächlicher Besetzung
19							5						Zusammenfassung Statusämter
20	A13 LG 2.1						63					+63	Zusammenfassung Statusämter
21	A12						122					-122	Zusammenfassung Statusämter
22	A12						122					+132	Zusammenfassung Statusämter
23								10					Hebung aus A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
24	A11						314					-274	Zusammenfassung Statusämter
25								50					Hebung aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
26									10				Hebung nach A 12 (Strukturverbesserungen Polizei)
27	A11						314					+444	Zusammenfassung Statusämter
28								130					Hebung aus A 10 (Strukturverbesserungen Polizei)
29	A10						303					-353	Zusammenfassung Statusämter
30									50				Hebung nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
31	A10						303					+173	Zusammenfassung Statusämter
32									130				Hebung nach A 11 (Strukturverbesserungen Polizei)
33	A9 LG 2.1						234					-234	Zusammenfassung Statusämter
34	A9 LG 2.1						234					+234	Zusammenfassung Statusämter
Summe:						1.061	1.061	190	190			0	

Stellenanzahl

2013

2014

422 03

Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Anw. LG 2.1	Polizeikommissaranwärter/-innen, Kriminalkommissaranwärter/-innen	210	260
Anw. LG 1.2	Polizeimeisteranwärter/-innen, Kriminalmeisteranwärter/-innen	405	460
Summe :		615	720

Planstellen künftig wegfallend:

25 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2016	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2013)
50 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2017	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2014)
55 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2016	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	(aus HH 2013)
55 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2017	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2014)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	50										+50	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen, kw zum 31.12.2017
2	Anw. LG 1.2	55										+55	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen, kw zum 31.12.2017
Summe:		105										+105	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

50 Stellen	Anw. LG 2.1	am 31.12.2017	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2014)
55 Stellen	Anw. LG 1.2	am 31.12.2017	Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen	(aus HH 2014)

Einstellungen 2014: 275 Anwärterinnen und Anwärter

428 01	Entgeltgruppe	Stellenanzahl	
		2013	2014
E15		1	1
E14		4	4
E13		5	5
E12		1	5
E11		24	46
E10		47	21
E9		146	146
E8		55	56
E7		16	16
E6		354	354
E5		178	180
E4		48	45
E3		18	18

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Auszu- bild.	3	3
Summe :	900	900

Vermerke:

86 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. kleine E 9: Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6)	(aus HH 2013)
4 Stellen	E8	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
4 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2006)
15 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
4 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
5 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	E3	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12							4				+4	gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
2	E11							26				+22	gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
3									4				gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
4	E10								26			-26	gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
5	E8							1				+1	gem. tatsächlicher Besetzung
6	E6							1				0	gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
7									1				gem. tatsächlicher Besetzung
8	E5							3				+2	gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
9									1				gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
10	E4								3			-3	gem. § 11 Abs. 3 HG 2013, Inkrafttreten Entgeltordnung zum 1. Jan. 2012
Summe:								35	35			0	

Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 67 (67)

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsdirektoren/-innen	0	0		
A14	Oberregierungsräte/-innen	0	0		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	0	0		
A12	Amtsräte/-innen	0	0		
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	0	0		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	0	0		
Summe :		0	0	0	0

Stellenanzahl	
2013	2014

428 67 (67)

Entgeltgruppe

E14	0	0
E12	0	0
E11	0	0
E8	0	0
E5	0	0
Summe :	0	0

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2013	2014
428 68	(68)		
	<i>Entgeltgruppe</i>		
	E12	0	0
	E11	0	0
	E10	0	0
	E9	0	0
	E8	0	0
	E6	0	0
	E5	0	0
	E4	0	0
Summe :		0	0

04 Innenministerium

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 428 01 428 TG	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01	Ministerium	2014	378	-	-	143	-	521
		2013	392	-	-	156	-	548
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation	2014	122	-	-	475	28	625
		2013	123	-	-	475	28	626
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz	2014	12	-	2	23	-	37
		2013	12	-	2	23	-	37
04 07	Ausländer- und Integrationsangelegenheiten	2014	15	-	-	21	-	36
		2013	15	-	-	21	-	36
04 10	Polizei	2014	6.688	-	720	897	3	8.308
		2013	6.688	-	615	897	3	8.203
Summe		2014	7.215	-	722	1.559	31	9.527
		2013	7.230	-	617	1.572	31	9.450

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2014	Ministerium	04 01
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Vermessungswesen und Geoinformation	04 03
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Feuerwehrwesen, Katastro- phen- und Zivilschutz	04 05
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Ausländer- und Integra- tionsangelegenheiten	04 07
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Polizei	04 10
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014		Summe
-	-	-	-	-	2013		

04 Innenministerium

Hebungen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 01	Ministerium				3 6 2
	A9 LG 2.1 A8	A10 A9 LG 1.2	E8	E9	
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation				5
			E8	E9	
04 05	Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz				1 1 1
	A10	A11	E8	E9	
			E6	E8	
04 10	Polizei				10 130 50 4 26 1 1 3
	A11 A10 A10	A12 A11 A11			
			E11	E12	
			E10	E11	
			E6	E8	
			E5	E6	
			E4	E5	
Summe	200	200	44	44	244

04 Innenministerium

Umwandlungen 2014

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 01	Ministerium						
	A6 LG 1.1					E5	1
04 10	Polizei						
	A15			A15			5
	A15			A15			3
	A15			A15			1
	A14			A14			7
	A14			A14			1
	A13 LG 2.2			A13 LG 2.2			1
	A13 LG 2.2			A13 LG 2.2			1
	A13 LG 2.1			A13 LG 2.1			63
	A13 LG 2.1			A13 LG 2.1			5
	A13 LG 2.1			A13 LG 2.1			1
	A12			A12			122
	A11			A11			314
	A10			A10			303
	A9 LG 2.1			A9 LG 2.1			234
Summe	1062	0	0	1061	0	1	1062

04 Innenministerium

Übertragungen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 01	Ministerium				
nach 03 01					
	B2	B2			1
	A16	A16			2
	A15	A15			1
	A14	A14			1
	A13 LG 2.1	A13 LG 2.1			7
	A12	A12			4
	A11	A11			1
	A10	A10			1
	A9 LG 2.1	A9 LG 2.1			1
			E13	E13	1
			E12	E12	5
			E11	E11	3
			E10	E10	2
			E9	E9	2
			E8	E8	1
Summe	19	19	14	14	33

04 Innenministerium

kw-Vermerke 2013

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 01 Ministerium							
422 01							
A13 LG 2.1	1	1992	für ein freigestelltes Personalratsmitglied			1	
422 62							
Anw. LG 2.1	5	2013	am 31.07.2016 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.			5	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
Anw. LG 1.2	6	2013	am 31.07.2015 Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.			6	Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.
428 01							
E15	1	2004/2005				1	
04 03 Vermessungswesen und Geoinformation							
422 01							
A12	1	2007/2008	am 30.09.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit			1	
A12	1	2007/2008	am 31.10.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit			1	
A9 LG 1.2	1	2011/2012	am 28.02.2013 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	1(*)			Wegfall mit Ablauf des 28.02.2013
A8	1	2007/2008	am 31.08.2014 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit			1	
A8	1	2009/2010	am 31.05.2018 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit			1	
04 10 Polizei							
422 01							
A13 LG 2.1	1	2009/2010	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)			1	
A10	2	2009/2010	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)			2	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

04 Innenministerium

kw-Vermerke 2013

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
422 03							
Anw. LG 2.1	25	2013	am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestands- zahlen			25	Die Festlegung für die Anzahl der not- wendigen Anwärterstellen erfolgt mit der jeweiligen Haushaltsaufstellung.
Anw. LG 1.2	55	2013	am 31.12.2016 Bedarf aufgrund steigender Ruhestand- zahlen.			55	Die Festlegung für die Anzahl der not- wendigen Anwärterstellen erfolgt mit der jeweiligen Haushaltsaufstellung.
Summe				1	0	100	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

04 Innenministerium

ku-Vermerke 2013

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01 Ministerium								
422 01								
B7	B5	1	2011/2012	Änderung Landesbesoldungsord- nung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012			1	Von 0901-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsver- teilung wegen Regierungs- neubildung
A6 LG 1.1	E5	1	2001	jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2)	1(*)			Umwandlung mit Ablauf des 31.10.2012
Summe					1	0	1	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

04 Innenministerium

Neue Stellen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
04 01	Ministerium			1 5
	A9 LG 2.1 Anw. LG 2.1		gem. § 15 Nr. 1 HG 2013 - Übernahme Nachwuchskräfte Ressortübergreifender Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen.	
04 10	Polizei			50 55
	Anw. LG 2.1		Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen, kw zum 31.12.2017	
	Anw. LG 1.2		Bedarf aufgrund steigender Ruhestandszahlen, kw zum 31.12.2017	
Summe	111	0		111

04 Innenministerium

Einsparungen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
04 03	Vermessungswesen und Geoinformation			1
	A9 LG 1.2		Realisierung kw-Vermerk aus HH 2011/2012 (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020)	
Summe	1	0		1